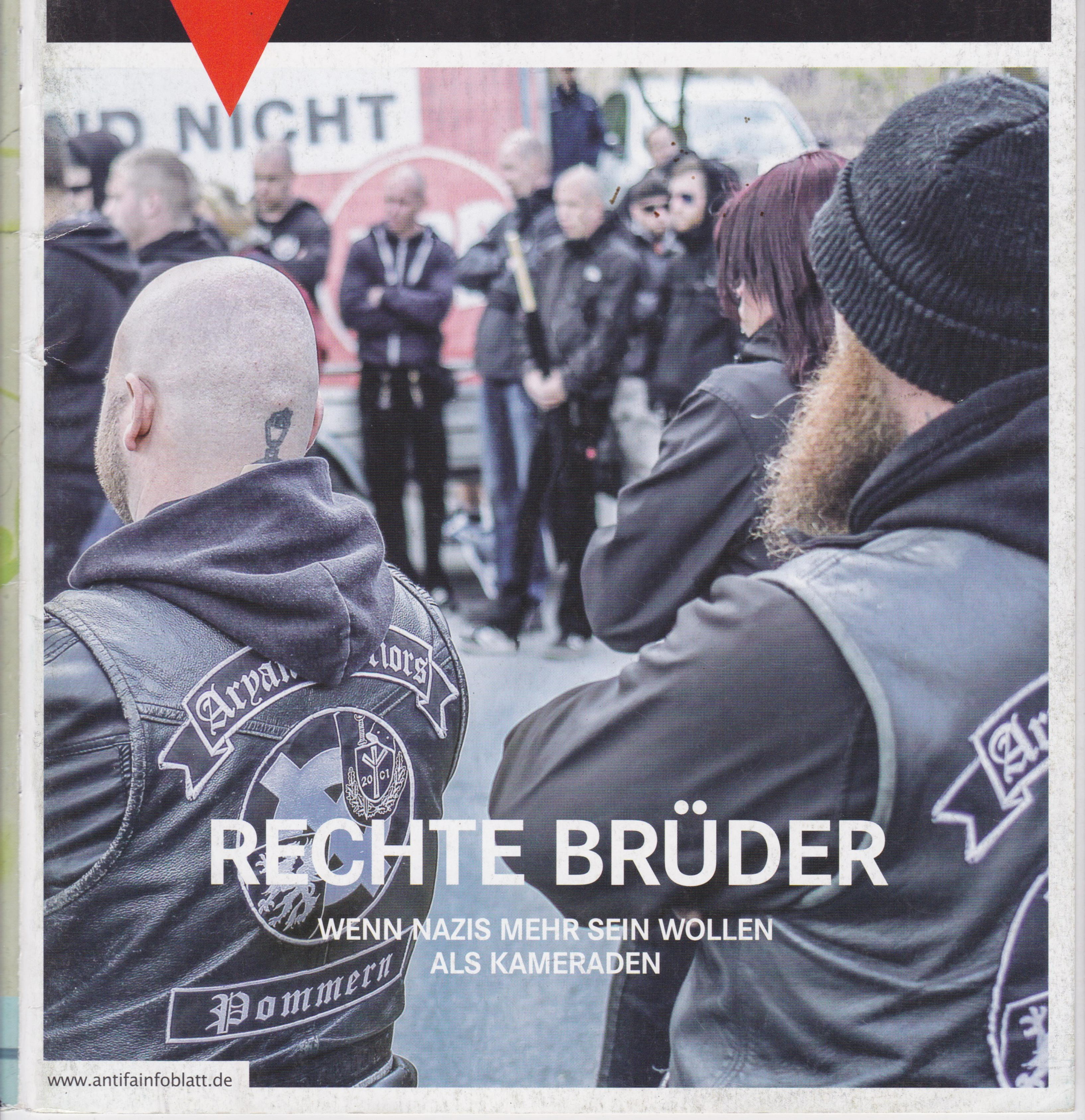
Antifaschistisches Blatt
info
Nr. 110 | Frühjahr 2016 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR



RECHTE BRÜDER

WENN NAZIS MEHR SEIN WOLLEN ALS KAMERADEN

www.antifainfoblatt.de

6



Mehr als nur Kameraden

Neonazistische Bruderschaften bedienen augenscheinlich die Bedürfnisse vieler Neonazis, die der Jugendkultur und dem Bewegungsaktivismus entwachsen sind und in ihrer eigenen Szene nach Distinktion trachten.

24



Foto: www.u-berg.at

Spurensuche im rechten Söldner-Millieu

Das momentane Aufleben der rechten Bewegung lässt altbekannte Akteure wieder in Erscheinung treten. Wir begeben uns auf Spurensuche im Netzwerk von Reinhard R. und den Neonazis und ehem. Söldnern Hans-Jörg Schimanek und Nicolas Peucelle

46

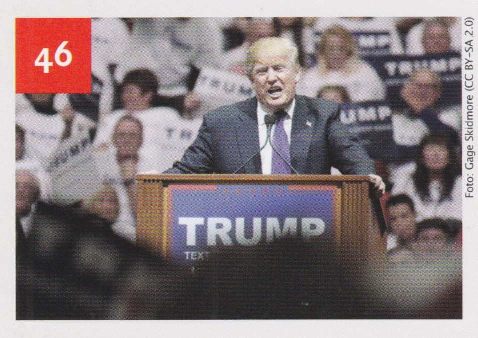


Foto: Gage Skidmore (CC BY-SA 2.0)

Eine Brücke zum Faschismus

Seit Monaten steht Trump im Rennen der Republikanerkandiaten um die Nominierung für die Präsidentschaftskandidatur weit vorne. Eine „beängstigende Phase für diejenigen von uns, die die bürgerlichen Rechte und Freiheiten und die Demokratie selbst verteidigen", so Noam Chomsky.

60



Foto: Piotr Drabik (CC BY-SA 2.0)

Im nationalistischen Taumel fällt Polen nach rechts

Nach dem Wahlsieg von Jaroslaw Kaczynski wird das Land autoritär umgestaltet. Während sich die Neonazi-Szene ermutigt sieht, fürchten Linke und fortschrittliche Zivilgesellschaft den sich vollziehenden gesellschaftlichen Wandel.

Titelbild: Kameradschaft „Aryan Warriors", 1. Mai 2015 Neubrandenburg, Foto: Hans Schlechtenberg

TITEL

Mehr als nur Kameraden ... 6
Das Spektrum der neonazistischen Bruderschaften ... 10
Männlichkeit in Bruderschaften ... 14
„Männerbund" — Geschichte eines Mythos ... 18
MC Preatorius ... 20
Neonazis im Hamburger Rotlichtmilieu .. 22

NS-SZENE

Spurensuche im rechten Söldner-Millieu .. 24
Das lange Ende: Zwischenstand im NSU-Prozess: ... 30
Die Brandstifter aus der Nachbarschaft .. 32
Sicherheit für Deutsche ... 36

BRAUNZONE

Institut für Staatspolitik: Im Zeichen des Widerstandes ... 38

ANTIFA

SocialCenter4All — Ort der Solidarität ... 40
Mord an Burak Bektaş ... 42

RASSISMUS

Vom Wandel der „Willkommenskultur" 44
Eine Brücke zum Faschismus ... 46

GESELLSCHAFT

Feministische Intervention von rechts? .. 48
Die Anbiederung an den rechten Zeitgeist ... 52

GESCHICHTE

Sieg der Volksfront ... 54

REPRESSION

Über 19 Monate Haft und kein Ende absehbar ... 56
Der „Fall Simon Brenner" ... 58

INTERNATIONAL

Polen: Im nationalistischen Taumel fällt Polen nach rechts ... 60
Österreich: Identitäre Gewalt in Wien ... 62

RUBRIKEN

Editorial ... 3
Kurzmeldungen ... 4
Rezensionen ... 64

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen,

Frühjahr 2016 — 20 Jahre ist er her, der folgenschwerste rassistische Brandanschlag in der Geschichte der Bundesrepublik, bei dem 10 Menschen starben. Im Stil der späteren NSU-Ermittlungen wurden in der Gegend herum irrende Neonazis mit angesengten Haaren und Benzin-Geruch von den Ermittlern unverzüglich als Brandstifter ausgeschlossen, ein den Flammen entronnener Geflüchteter dafür jahrelang drangsaliert, in zwei Prozessen angeklagt — und freigesprochen. Als sich abzeichnete, dass das wiedervereinigte Deutschland ein ernstzunehmendes ökonomisch schädliches Imageproblem bei den Handelspartnern bekam, propagierte und initiierte die Zivilgesellschaft einen ‚Aufstand der Anständigen'. Lichterketten gegen den rassistischen Mob und Mordbrennerei. Und es hat funktioniert, nicht weil der rassistische Mob sich besonnen hätte oder gar ‚bekehrt' worden wäre, sondern schlicht, weil die ‚Anständigen' eine Linie im Sagbaren gezogen haben — ein Tabu wieder eingesetzt haben. Kein Tabu mittels eines Sprechverbots, keine Zensur, sondern banal des ‚und tschüss' für Hetze. Es war schlicht keine Parteikarriere für rassistisch hetzende Hinterbänkler mehr möglich, da ihnen die erste Reihe den Stecker zog. Es gab schnell kein Forum mehr für die geistigen Brandstifter, in dem sie durch ‚Diskussionen' und Medienberichterstattung hoffähig gemacht wurden. Das ist der Unterschied zu heute. Geändert hat sich nichts Prinzipielles. Die gesellschaftlichen und ökonomischen Quellen von Rassismus und Faschismus sind unverändert. Der Anteil der Bevölkerung mit dezidiert rassistischen und autoritären Einstellungen liegt stabil bei ca. 30%. Dieses Potential finden wir nicht nur auf den Straßen, in Gestalt von PEGIDA und Co., sondern jüngst auch in des Landtagen in Form der AfD. Dieser Rechtsruck und der Erfolg rechts-populistischer Parteien ist also auch in Deutschland angekommen. Zudem brennt durchschnittlich jeden dritten Tag eine Unterkunft in der BRD und selbst das BKA zählt eine Vervierfachung der Straftaten gegenüber dem Vorjahr. Ob die pogromartige Stimmung an die vom letzten Jahr anknüpfen kann oder sich weiter zuspitzen wird, ist nicht einschätzbar — aber zu befürchten. Eine genaue Aufmerksamkeit unsererseits bedarf es unbedingt.

Dem Rassismus, welcher sich im Nachgang der Übergriffe an Frauen in der Silvesternacht in Köln offenbarte, widmen wir in dieser Ausgabe drei Beiträge: Einerseits über die Begutachtung des parlamentarischen Diskurses auf Seite 52, andererseits über die Beschreibung des Meinungsumschwungs auf Seite 44 und vor allem durch die Behandlung des reaktionären Vereinnahmungsversuchs feministischer Kämpfe auf Seite 48.

Da trotz der hiesigen Verhältnisse den bizarr erscheinenden Vorwahlen der USA ein gewisses Staunen zugestanden werden muss, haben wir auch auf Seite 46 einen Blick auf den Trumpismus geworfen.

Der österreichische antifaschistische Journalist Wolfgang Purtscheller ist am 6. Januar 2016 nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 60 Jahren verstorben. Mit Wolfgang Purtscheller verliert die antifaschistische Bewegung einen engagierten Mitstreiter und einen Kenner der österreichischen Neonaziszene und Braunzone. Sein Buch „Aufbruch der Völkischen. Das braune Netzwerk" von 1993 ist noch heute lesenswert und half uns u.a. bei den aktuellen Recherchen zu Reinhard R. (Seite 24). Wolfgang Purtscheller wird uns in guter Erinnerung bleiben. Unser Mitgefühl gilt seinen FreundInnen und Angehörigen. •

In Liebe, Respekt und tiefer Trauer um

Angelika Lex

22. Juni 1958 – 9. Dezember 2015

Kämpferin, Kollegin, Freundin.

Deine Kolleginnen und Kollegen vom RAV



Brandenburger NPD-Funktionär in U-Haft

Nach zahlreichen rassistischen Protesten, Brandanschlägen und zuletzt Anleitungen zum Bombenbau und Bombendrohungen im brandenburgischen Nauen seit Anfang 2015 wurde nun der NPD-Funktionär Maik Schneider (29) am 1. März 2016 festgenommen. Gegen ihn und mindestens vier weitere Neonazis wird wegen des Verdachts der Bildung — bzw. Mitgliedschaft — in einer kriminellen Vereinigung ermittelt. Ihnen wird vorgeworfen, für mehrere



Foto: Presseservice Rathenow

Dennis Wilsky (links) und NPD-Funktionär Mike Schneider (rechts) am 7. November 2015 bei einer AfD-Demo in Berlin

Brandanschläge verantwortlich zu sein, wie im Mai 2015, als das Auto eines polnischen Staatsbürgers in Nauen angezündet wurde, oder am 25. August 2015, als eine Turnhalle, in der eine Unterkunft für Geflüchtete eingerichtet werden sollte, in Brand gesetzt wurde. Daneben werden ihnen verschiedene Sachbeschädigungen zu Last gelegt. Außerdem wird geprüft, ob es Verbindungen zum Sprengstoffanschlag auf den Treffpunkt für Geflüchtete in einer evangelischen Kirche in Jüterbog gibt. Im Zuge der ersten Festnahmen von Maik Schneider, Frauke S. (22) und Dennis Wilsky (28) wurden außerdem mindestens sechs Gebäude und Wohnungen in Potsdam, Nauen und Schönwalde-Glien durchsucht. Dabei wurden verschiedene Laptops, Handys, Kameras und Datenträger, sowie RechtsRock-CDs, mehrere tausend Euro Bargeld und Drogen sichergestellt. Dennis Wilsky versuchte sich dem Haftbefehl zu entziehen und konnte drei Tage später in einer Wohnung in Nauen festgenommen werden. Mittlerweile wird auch gegen drei weitere Neonazis, darunter Christian B. (26) und Christopher L. (31), wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung sowie der oben genannten Delikte ermittelt. Im Februar 2015 protestierten während einer Stadtverordnetenversammlung mehrere Neonazis und rassistische Bürger_innen im und vor dem Saal gegen die geplante Unterbringung von Asylsuchenden. Anlass war die Abstimmung über den Verkauf eines Grundstückes, das für den Bau einer Unterkunft bereitgestellt wird. Maik Schneider initiierte die Proteste und Störungen und führte sie auch außerhalb der Versammlung an. Insgesamt beteiligten sich knapp 150 Personen, circa 50 Neonazis und etwa 100 rassistische Bürger_innen an der Aktion.

Im Laufe des Jahres folgten zahlreiche von Schneider organisierte rassistische und neonazistische Kundgebungen, hauptsächlich unter dem „Nein zum Heim"-Label, an denen jeweils zwischen 30 und 150 RassistInnen und Neonazis teilnahmen. Das Antifaschistische Pressearchiv Potsdam (APAP) zählt in der Chronik neonazistischer Aktivitäten für das Jahr 2015 mindestens neun Versammlungen, die von Schneider in Nauen angemeldet oder geleitet wurden. Im April 2015 zerstachen Neonazis die Reifen am Kleinbus eines Jugendfördervereins und hinterließen die Botschaft: „Liebe Asylantenfreunde, Tröglitz ist auch hier. Bis bald!" — der Verein hatte einen Tag zuvor Proteste gegen eine rassistische Versammlung mitorganisiert. Über das Jahr 2015 verübten Neonazis außerdem mindestens sieben Anschläge auf das Büro der Partei DIE LINKE. Nachdem die geplante Unterkunft für Asylsuchende in Brand gesetzt worden war erschienen einen Tag später organisierte Neonazis aus dem Umfeld der NPD und der „Freien Kräfte Osthavelland/Neuruppin" bewaffnet mit Eisenstangen und versuchten, eine antirassistische Demonstration von örtlichen Parteien und Zivilgesellschaft anzugreifen, die in Reaktion auf den Brandanschlag organisiert wurde. Auch hier war Schneider anwesend.

Schneider ist mit Ausnahme einer einjährigen Pause seit 2008 für die NPD in der Nauener Stadtverordnetenversammlung und im Kreistag aktiv. Im Jahr 2013 kandidierte er für die NPD zur Bundestagswahl. Durch sein biederes Auftreten in der öffentlichen Wahrnehmung oftmals in seiner Gefährlichkeit unterschätzt oder nicht wahrgenommen, gilt er als einer der Köpfe der „Freie Kräfte Neuruppin/Osthavelland" und ist gut vernetzt mit der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg" und Aktiven der Neonazi-Kampagne „Ein Licht für Deutschland gegen Überfremdung" sowie der Gruppierung „Licht und Schatten". Dadurch hat Schneider auch enge Kontakte zur organisierten Neonazi-Szene in Potsdam, insbesondere zu Maik Eminger, dem Bruder des im NSU-Prozess angeklagten mutmaßlichen Unterstützers André Eminger.

Seit Herbst 2015 tritt Schneider als "Ansprechpartner bei Fragen aus Potsdam" für den neu gegründeten Stadtverband der NPD in Potsdam auf — er ist außerdem mutmaßlicher Initiator und Verantwortlicher der Neugründung.

Auch in diesem Jahr führten RassistInnen und Neonazis ihre militant-einschüchternden Aktivitäten in Nauen fort. Im Februar 2016 wurde ein Fahrzeug von Politiker_innen der Partei DIE LINKE angezündet, wenige Tage später wurden Bombenbauanleitungen zum Einsatz gegen Geflüchtete in Briefkästen verteilt. Ob die Inhaftierung Schneiders tatsächlich weiteren Aktivitäten entgegenwirkt, wird sich in den nächsten Wochen und Monaten zeigen — Ende März soll die Unterkunft für Geflüchtete in Nauen bezugsfertig sein. •

Razzien gegen „Altermedia Deutschland“

Ende Januar 2016 kam es in Baden-Württemberg, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Thüringen und in Llorett-de-Mar (Spanien) zu polizeilichen Durchsuchungen gegen die Betreiber_innen von „Altermedia Deutschland“, einer der wichtigsten deutschsprachigen Neonaziwebsites. Die Homepage wurde durch den Bundesinnenminister wegen Volksverhetzung und der „massenhaften und systematischen Verbreitung rechtsextremistischen und nationalsozialistischen Gedankenguts“ verboten. Die beiden Hauptbeschuldigten Jutta V. aus Bielefeld und Ralph K. aus St. Georgen im Schwarzwald befinden sich in Untersuchungshaft. Der Generalbundesanwalt ermittelt gegen die Beiden und die drei weiteren Angeklagten wegen „Gründung einer kriminellen Vereinigung“. Nach Recherchen der Autonomen Antifa Freiburg (AAF) prahlte der Informatiker Ralph K. bereits vor Monaten gegenüber anderen Neonazis mit einem gegen ihn laufenden Antiterror-Verfahren. Ralph K. trieb demnach auch die rassistischen Demonstrationen von „SBH-Gida“ und „Nein zum Heim Schwarzwald-Baar-Heuberg“ maßgeblich voran und baute im Schwarzwald einen Ableger der Neonazigruppierung „Recht und Wahrheit“ auf. Bei der Kreistagswahl 2014 kandidierte er zudem für die Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH). In den Räumen von Raplh K. in St. Georgen sollen neben Neonazikonzerten und Neonaziveranstaltungen auch Sitzungen des NPD-Landesvorstands stattgefunden haben. Eine der weiteren Angeklagten ist die Neonazi-Funktionärin Irmgard Thomas aus Haselbach in Thüringen, die bereits im Neonaziforum „Thiazi“ unter dem Namen „Osiris“ aktiv war. Nach Recherchen der AAF bezeichnete sie sich im „thiazi frauenwerk“ als seit 1970 für die NPD aktiv und gab an, ihr 500 qm großes Anwesen für politische Treffen zur Verfügung zu stellen und zur „Begegnungsstätte“ auszubauen. Irmgard Thomas war 2002 die Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes in Nürnberg und nahm an einer „Sonnenwendfeier“ auf dem „Reichshof Schwarzenborn“ des Neonazi-Terroristen Manfred Roeder teil. Laut Presseberichten ist sie mittlerweile die Betreiberin des Kulturhauses Oberland und im thüringischen NPD-Landesvorstand für das Schiedsgericht zuständig. •

Neonazis randalieren in Leipzig-Connewitz

Etwa 250 Neonazis und Hooligans haben am 11. Januar 2016 auf einem Straßenzug im Leipziger Stadtteil Connewitz randaliert und Sachschaden in sechsstelliger Höhe verursacht. Mindestens drei Personen wurden angegriffen und leicht verletzt. Die vermummten Täter hatten sich am Rande des alternativen Szeneviertels geasmmelt, zeitgleich zum Beginn der Versammlung von LEGIDA. In Seitenstraßen hatten sie ihre mehr als 70 Pkw abgestellt. Zu Fuß begaben sie sich dann zu einem Abschnitt der Wolfgang-Heinze-Straße. Auf ein Kommando begannen die Vermummten dort zu wüten: Im Spaziergangstempo bewegten sie sich unter „Hooligans“-Rufen in Richtung des Connewitzer Kreuzes, warfen Steine, beschädigten mehr als 20 Geschäfte und feuerten Signalmunition gegen Wohnhäuser. Ein Nebeltopf durchschlug eine geschlossene Scheibe und landete in einer Privatwohnung. Der größte Schaden wurde in einem Imbiss angerichtet, in dem rassistische Parolen gebrüllt, die Tageseinnahmen geraubt und ein pyrotechnischer Sprengsatz gezündet wurden. Augenzeug_innen zufolge wurden auch Äxte mitgeführt.

Nach Antifa-Informationen war ursprünglich ein weit längerer Weg mit weiteren Angriffszielen geplant. Die Gruppe machte allerdings nach einigen Minuten wieder kehrt, als sich die Polizei aus Richtung Innenstadt näherte. Eine schmale Seitenstraße wurde den ortsunkundigen Rechten zum Verhängnis: Sie führte geradewegs zum örtlichen Polizeiposten, wo ihnen der Weg abgeschnitten wurde. Später erfolgte der Abtransport zur zentralen Wache. Mehr als eine Identitätsfeststellung erfolgte dort aber nicht. Bis zum nächsten Morgen waren alle Beteiligten wieder auf freiem Fuß. Ihre Autos wurden in der Zwischenzeit durch Einsatzkräfte bewacht, nicht aber durchsucht — obwohl mögliche Tatwerkzeuge gut sichtbar in Innenräumen lagen. Weder sicherte die Polizei das Transparent, das die Angreifer zunächst bei einer Lichterketten-Aktion gestohlen und dann verkehrt herum getragen hatten. Noch hoben sie weggeworfenes Equipment am Straßenrand auf, darunter mehrere Messer und mögliche Spurenträger wie Mundschutze. Schätzungen zufolge konnten ohnehin knapp drei dutzend Beteiligte in verschiedene Richtungen entwischen. Einige vagabundierende Neonazis wurden hinterher von Autos aufgelesen. Auch diese Chauffeurdienste wurden von der Polizei nicht behelligt. Gegen 215 Neonazis wird nun wegen schweren Landfriedensbruchs ermittelt. Darunter befinden sich Anhänger aus mindestens sieben Fußball-Fanszenen — insbesondere Lokomotive Leipzig und Dynamo Dresden — sowie aus Kameradschaften und mehreren extrem rechten Parteien. Die meisten Tatverdächtigen stammen aus Sachsen (172), andere aus Thüringen (23), Berlin (9), Brandenburg und Sachsen-Anhalt (je 4) sowie aus Bayern (2) und Rheinland-Pfalz (1). Im Namen der sachsen-anhaltischen „Brigade Halle“ waren zuvor ein „Sturm auf Leipzig“ und „Beulen“ angekündigt worden. Die „Freie Kameradschaft Dresden“ versprach eine „Überraschung“ und dass man „keine Gnade“ walten lasse. Unmittelbar nach dem Überfall vermeldete die lokale NPD per twitter, Connewitz sei „eben mit Kärcher gereinigt“ worden. Polizei und Verfassungsschutz beteuern jedoch, im Vorfeld nichts von der offensichtlich koordinierten Aktion erfahren zu haben. •

TITEL

Mehr als nur Kameraden

Das Modell und Label der Bruderschaft

Als neonazistische Bruderschaften benennen wir Männerbünde, die sich selbst als Bruderschaften verstehen und deren Mitglieder zumindest mehrheitlich Neonazis sind. In der Regel sind dies Gruppen mit dem Style und Habitus von Motorradclubs (MCs). Zur Zeit existieren in Deutschland Dutzende derartige Bruderschaften mit insgesamt vielen hundert „Members". Einzelne von ihnen bestehen aus einer Handvoll Personen, andere expandieren bundes- und europaweit. Manche betreiben eine strenge Mitgliederauslese, andere verbreiten ihre Mitgliedspatches über Soziale Netzwerke. Das Modell und Label der Bruderschaft bedient augenscheinlich die Bedürfnisse vieler Neonazis, die der Jugendkultur und dem Bewegungsaktivismus entwachsen und in ihrer eigenen Szene nach Distinktion trachten.

Das Spiel mit den Codes

Schon immer nutzen Neonazis das Label „Bruderschaft". Zwei bekannte Beispiele sind die Hammerskins, die sich als internationale Skinhead-Bruderschaft verstehen, und die Arische Bruderschaft, die der NPD-Funktionär Thorsten Heise ab 1999 als seine Hausmacht aufbaute.

Um eine Clique oder Kameradschaft zur Bruderschaft werden zu lassen, wird ein entsprechendes Emblem entworfen und in der internen Kommunikation der Terminus des „Kameraden" durch die Anrede „Bruder" ersetzt. In der Regel folgt die zumindest teilweise Übernahme des Rockerstyles: Lederwesten, sogenannte Kutten, mit den Emblemen der Gruppe und Abzeichen, die den Träger als deren „Präsidenten", „General" (Brigade 8) oder „Leitwolf" (Hardcore Crew) ausweisen. Oft befinden sich auf den Kutten Patches mit Codes und Kürzeln, die sich Außenstehenden nicht erschließen und die Exklusivität der Gruppe deutlich machen sollen. Gängig ist das aufgenähte Treueversprechen. „HFFH" meint „Hammerskins Forever — Forever Hammerskins" in Anlehnung an das Hells Angels-Kürzel „AFFA" („Angels Forever — Forever Angels"). Oft kopiert man den Organisationsaufbau der Motorradclubs gleich mit: Es gibt eine Führungsebene, die Members, Prospects (Mitgliedsanwärter) und das Umfeld der Supporter. Die Aufnahme in die nächsthöhere Ebene geschieht nach klaren Regeln und Ritualen.

Ein weiterer Aspekt, der den Unterschied zwischen der Kameradschaft und der Bruderschaft markiert, ist das veränderte Selbstverständnis der Protagonisten. Die Identität als Bruderschaft soll etwas Höheres, etwas Erhabeneres darstellen als die Zugehörigkeit zu einer explizit politischen Gruppe. Die Bruderschaft ist ein Sehnsuchtsort, aufgeladen durch den Pathos des Lebensbundes. Sie kennzeichnet das Bedürfnis nach einer Gemeinschaft, die Kontinuität und Ordnung verspricht, die exklusiv, unverbrüchlich, familiär, überschaubar und frei von Widersprüchen ist und in deren Räumen Männerkult und elitäres Gehabe ohne Einschränkungen gelebt werden können. Die Bruderschaft markiert gleichermaßen Erwachsensein und Distinktion, Ausbruch und den Rückzug in eine Gemeinschaft, die sich selbst genug ist.

Nicht nur eine Frage des Stils

Im Spektrum neonazistischer Bruderschaften herrscht in der Realität Kommen und Gehen. Gruppen und Labels entstehen, lösen sich auf, spalten sich und fusionieren. Einzelne Personen schafften es, binnen zwei Jahren drei verschiedenen Bruderschaften „forever" die Treue zu geloben. Brüche erfolgen meist, wenn sich die Gruppe entscheiden muss, ob sie in der Liga der führenden Rockerclubs mitspielen will. So wird manche Bruderschaft eine Marginalie bleiben. Andere — wie die Hammerskins oder die Berliner Gruppe Vandalen — haben hohe Kontinuität und große Einflussbereiche.

Das Gesamtspektrum ist jedoch heterogen, eine Zuordnung fällt bei mancher Gruppe nicht leicht. Drei Beispiele sollen dies verdeutlichen.

Die 80 Neonazis von „Voice of Anger" (VoA) aus Baden-Württemberg und Bayern nennen sich „Bruderschaft" und etliche von ihnen halten enge Kontakte in die Rockerszene. VoA gliedert sich in Chapter und unterhält auch ein Nomad-Chapter. Der Begriff ist Rocker-Terminus und beschreibt eine Sektion (Chapter), die keinen festen



Foto: Facebook



Foto: Facebook

Links: Aufstellung der Neonazi-Bruderschaft „Wolf's Hook" im Clubhaus der Vandalen (siehe rechts). Die Gruppe nannte sich „White Brotherhood" und unterhielt Sektionen in Berlin und England. Führende Berliner Member wechselten zu den „Hammerskins".

Standort hat. Jedoch: VoA tritt gar nicht mit Kutten auf.

Am anderen Ende der Republik, in Ostvorpommern, existiert der „Kameradschaftsbund Anklam" (KBA) als eine der ältesten aktiven Neonazikameradschaften in Deutschland. Längst tritt auch der KBA im Rockerstyle mit Kutten und Patches auf. Doch der KBA versteht sich bis heute vor allem als Kameradschaft.

In der Mitte Deutschlands, in Kassel, existiert die Bruderschaft „Hardcore Crew", die von Neonazis gegründet wurde und sich als Rockergruppe im Umfeld der Hells Angels aufstellt. Im Juli 2015 wurde ein geplanter Schusswaffendeal publik, der zwischen einem bayerischen Neonazi und dem Anführer der „Hardcore Crew" abgewickelt werden sollte. Doch bei einigen der heute knapp 20 Gruppenangehörigen lässt sich keine neonazistische Vergangenheit und Gegenwart feststellen. Je stärker sich die Gruppe im Milieu um die Hells Angels etabliert, umso mehr gelingt es ihr, Personen ohne eindeutigen neonazistischen Hintergrund einzubinden. Ab wann fällt die „Hardcore Crew" aus der Kategorie „neonazistische Bruderschaft" heraus?

Der Weg in Bruderschaft und Rockerszene

Seit jeher sehen Neonazis bewundernd auf die Rocker: Ideale von Stärke, Ehre und Loyalität haben dort hohe Authentizität. Über den medialen Hype um Hells Angels und Bandidos seit Anfang der 2000er Jahre prägten sich Bilder von Rockergruppen ein, die in einer Parallelwelt mit eigenen Gesetzen lebten, ganze Städte im Griff hätten, derweil die Behörden vor ihnen kapitulierten. Die Motoradclubs wurden Unternehmen. Der Kampf um Geschäftsbereiche ließ sie in der Auswahl ihrer Mitglieder und Hilfstruppen immer weniger wählerisch werden.

So schlossen sich in den vergangenen Jahren viele Neonazis Rockergruppen an. Dies nahm stets zu, wenn Neonazigruppen aufgelöst oder verboten wurden. Allenfalls verlangte der Club von den Neumitgliedern, die Politik aus dem Clubleben heraus zu halten, bot ihnen jedoch an, reaktionären Männlichkeitskult und Machtfantasien uneingeschränkt leben zu können. Ganze Chapter und Charter[1] führender Rockerclubs sind heute von Personen dominiert, die in der Neonaziszene politisiert und sozialisiert wurden. Das Antifaschistische Infoblatt hat mehrfach ausführlich darüber berichtet.[2] Viele Rocker, die aus der Neonaziszene kommen, verstehen sich als nicht mehr politisch oder nicht mehr „extremistisch". Doch einen Ausstieg im Sinne eines ideologischen und strukturellen Bruchs haben nur wenige vollzogen. Nicht nur, dass Freundschaften zu Neonazis weiter gepflegt werden: Die Blicke in PEGIDA, in Netzwerke rechter Hooligans, in die sich formierenden rechten „Bürgerwehren" sowie in rassistische Hetzseiten auf Facebook zeigen eine enorme Anzahl von Rockern, die sich dort als knallharte Rechte zu erkennen geben.

Von den Bruderschafts-Neonazis treibt es tatsächlich nur einen Teil zu den „echten" Rockern und ins „Rotlichtmilieu". Am Mythos der Hells Angels oder Bandidos zu schnuppern, auf deren Events mitzufeiern und Kontakt zu deren Fußvolk zu halten, reicht manchen völlig. Härte ausstrahlen und Härte erleben sind unterschiedliche Bedürfnisse. Die neonazistische Bruderschaft „Brigade 8" (B8) stellt vorauseilend klar: „Auch wenn unser auftreten ähnlich wie bei Rockern ist, haben wir nichts mit deren Geschäften und Machenschaften am Hut und distanzieren uns davon". Dies hielt einzelne B8-Member freilich nicht davon ab, sich den Hells Angels anzuschließen.

Die Welt der Erwachsenen

Neonazistische Bruderschaften werden von der Generation 35+ dominiert und haben für junge Aktivisten wenig Integrationsangebote. Die Bruderschaft bewegt sich meist in einem durch und durch ritualisierten Sozialraum, in dem die „Alten" darüber wachen, dass die Jungen ja nichts durcheinander bringen. Gerade die Bikerszene ist keine Kultur, die jugendkulturellen Trends folgt.

Die „Brigade 8" schreibt in ihrem Selbstverständnis: „Immer mehr Brüder konnten sich mit unserer Idee anfreunden und kehrten dem ‚pöbelnden normalen' Skinhead Leben den Rücken. Die Brigade 8 ist erwachsen und macht Schluss mit dem Kli-



Von solch einem Treffpunkt konnten sie jahrelang nur träumen. Neonazis der Kameradschaft „Werwölfe Wismar" gründeten 2008 den Rockerclub „Schwarze Schar MC". 2010 eröffneten sie ihr Clubhaus in Gägelow bei Wismar. 2013 wurde der MC verboten, Haus und Gelände beschlagnahmt.

schee Schubladen denken." Das Identitätsmodell, mit dem viele Neonazis der Generation 35+ in den 1990er und den frühen 2000er Jahren sozialisiert wurden, ist der Männerbund, der eine soziale und politische Einheit darstellt. Dieser verlangt Loyalität und lässt wenig Fluktuation und Widersprüche zu. In den „Aktionsgruppen" und popkulturell anmutenden Cliquen, die heute das Bild der Neonazis prägen, spiegelt sich dies alles nicht wieder. Die Lebenswelt der Rockerszene liegt den „Alten" näher und da dort bereits Kameraden unterkamen, sind die Wege kurz.

Die Bruderschaft bietet eine Plattform, auf der sich ihre Mitglieder als männlich, hart und kompromisslos präsentieren. Zugleich sind sie jedoch keinen politischen Verpflichtungen und persönlichen Konsequenzen ausgesetzt, die der Aktivismus in einer neonazistischen Kameradschaft mit sich bringt.

Gemeinschaft ohne Widersprüche

Die Kernfrage Außenstehender bei Betrachtung der Mischszenen aus Neonazis und Rockern ist oft: Wer ist nun Neonazi, wer ist Rocker? Es werden in dieser Frage politische und kulturelle Kategorien vermengt. Was aber die primäre Identität des Einzelnen ausmacht, beschäftigt Antifaschist_innen und Behörden mehr als diesen selbst. Das Mitglied der Bruderschaft muss sich nicht erklären, es muss sich nicht einmal darüber Gedanken machen. Rocker, Neonazi, Hooligan und Kampfsportler verfließen mit dem Emblem der Bruderschaft zu einer eigenen, übergeordneten Identität. Dies befriedigt das augenscheinliche Bedürfnis nach einer Gemeinschaft, die keine unangenehmen Fragen zulässt und Widersprüche scheinbar mühelos aufzulösen vermag. Die Bruderschaft ist nur sich selbst verpflichtet und immun gegen Kritik von außen. Es zählen die Brüder, die „Familie" und dann kommt lange nichts.

Elitäre Aufwertung

Bikerszene und Brotherhood bieten die vortreffliche Möglichkeit, den Alltag und das Leben an sich aufzuwerten. Der Saufabend in der zum Clubhaus umgestalteten Gartenhütte mit drei Dutzend Brüdern, schlechtem Schnaps und noch schlechterem Liedermacher wird von außen als Inbegriff kultureller Tristesse wahrgenommen. Doch über die Aufnahmezeremonie des neuen Mitglieds mit Fahne, Fackel und Treueschwur wird der Abend für den Einzelnen zu einem bewegenden, spektakulären Event. Rituale und Pathos sind Kernelemente, mit denen Bruderschaften ihr mythisch-elitäres Image aufbauen und ihren Zusammenhalt festigen. Oft zitiert wird der „Blutschwur" der amerikanischen Gefängnis-Gang „Aryan Brotherhood": „Ein arischer Bruder hat keine Sorge. Er geht, wohin die Schwachen und Herzlosen nicht wagen. Für einen arischen Bruder birgt der Tod keine Furcht. Die Rache wird die seine sein, durch seine Brüder, die weiterleben."

Nachordnung des Politischen

Auftritte neonazistischer Bruderschaften auf Aufmärschen geschehen sporadisch und dann geht es ihnen meist um Aufstellung im „eigenen" Territorium. Die Delegation der Bruderschaft „Nordic 12" auf einem Aufmarsch in Dortmund am 28. März 2015 war personell gerade stark genug, um ihr Transparent zu präsentieren. Auf dem hatten sie außer dem Schriftzug „Nordic 12" nichts mitzuteilen.

Offen neonazistische Bekenntnisse im Selbstverständnis bilden zunehmend die Ausnahme. In den Bruderschaften wird die Politik dem Clubleben nachgeordnet. Die „Brigade 8" schreibt: „Natürlich hat bei uns jeder seine politische Gesinnung doch diese ist nicht der Fokus unserer Bruderschaft". Die Neonazis der „Wodan Bruderschaft" aus dem Münchner Raum erklären: „Politische Gesinnung, Weltanschauung und Meinung sind Bestandteil der Indivi-

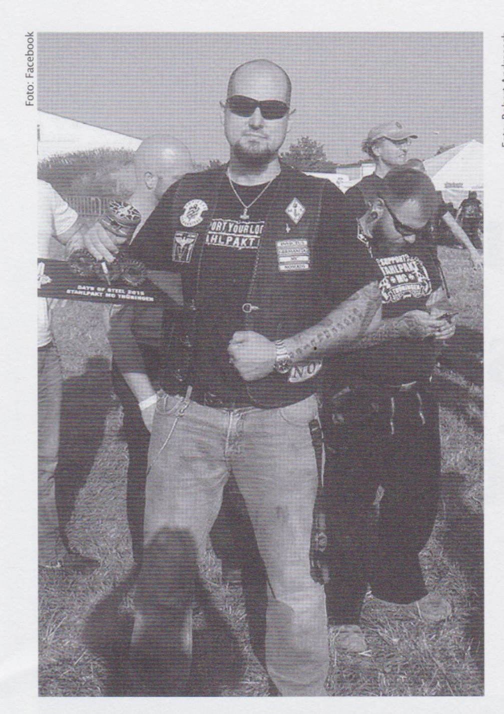


Foto: Facebook

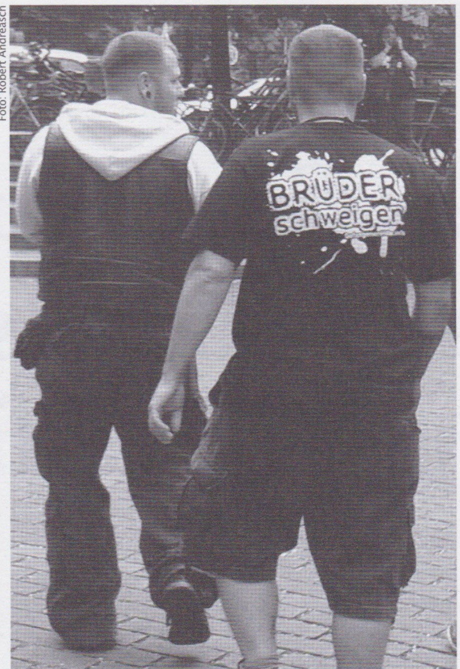


Foto: Robert Andreasch

Links: „Supporter“ des „Stahlpakt MC“ auf einem Rockertreffen im August 2015 in Sachsen. Im Vordergrund Robin Siener aus Cham (Bayern) ehemaliger Aktivist des verbotenen „Freien Netz Süd“. Rechts hinter ihm André Eminger.

Rechts: André (links) und Mike Eminger vor dem Oberlandesgericht München beim NSU-Prozess am 29.07.2014.

dualität und somit jedes Einzelnen. Sie spiegeln nicht die Ansichten oder Interessen der Bruderschaft als Gruppe wieder.” Derartige Aussagen sind freilich Schutzbehauptungen, mit der man sich antifaschistischer Aufmerksamkeit entziehen will. Doch sie verdeutlichen, dass die Bruderschaft für viele zum ausschließlichen Bezugsrahmen wird, der der „politische Kampf“ nachgeordnet wird.

Vollendung des Mannseins

Der Nürnberger „Bombers MC“ wurde 2012 von rechten Hooligans gegründet, ein führendes Mitglied ist aus der Neonaziband „Radikahl“ der 1990er Jahre bekannt. An einer extrem rechten Kundgebung gegen Islamismus im Mai 2014 in Nürnberg nahmen mehrere Member des Clubs teil. Im Interview mit dem Magazin „Bikers News“ im März 2014 betonen Clubmitglieder ihre Verbundenheit mit der Hooliganszene und der Kampfsportszene. Der Weg von Hooligans zu Rockern wird von ihnen nicht als Bruch, sondern als Vollendung des Lebens- und Gemeinschaftsideals beschrieben. „Auch beim Fußball wird ein intensiver Codex gelebt. Es geht um das „Mannsein“ und darum, wie schwer ein Wort oder eine Tat wiegen kann. Es ist der Zusammenhalt aus ehrlichen Gründen, ohne Vertrag oder Zwang. Das war auch der Grund, weswegen wir die für uns nächste, evolutionäre Stufe in eine weitere starke Gemeinschaft gegangen sind.“ Die Bruderschaft erscheint als das höchste erreichbare „evolutionäre“ Level, das die Gemeinschaft, der Männerbund und der Mann an sich erreichen kann. Dieser Aspekt steht so zentral, dass er nachfolgend in einem eigenen Beitrag behandelt wird.

Schutz vor Repression

Die Mimikry mit Rockerstyle bietet Neonazis vielfach wirksamen Schutz vor Repression. Auch wenn in Lagebildern von Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt mittlerweile auf „rockerähnliche Strukturen“ von Neonazis hingewiesen wird, so passen die Gruppen oft in keine polizeilichen Kategorien. Die Akten wandern dann in den Polizeipräsidien vom Staatsschutz zur Abteilung „Rockerkrimininalität“, die sich nicht zuständig sieht und sie liegen lässt.

Auch antifaschistische Gruppen hatten und haben Einschätzungsprobleme. Aufgrund der Nähe vieler Neonazi-Bruderschaften zu Rockern war vorsichtiges Handeln geboten. Die Neonazigruppen erkannten die Unsicherheit, demonstrierten ihre Anbindung an Rocker und platzierten Support-Artikel führender Rockerclubs in den Auslagen ihrer Läden. Antifaschist_innen mussten herausfinden, wie substanziell diese Verbindungen waren, und entscheiden, ob sie Ärger mit den Rockern aushalten konnten. Das Phänomen der Neonazigruppen im Rockerstyle ist heute zwar weit bekannt, doch die Drohkulisse durch Kutte und eine zur Schau gestellte Nähe an eine Rockergruppe wirkt noch immer.

Bruderschaften im militanten Untergrund

Der Teilrückzug aus der Bewegung, den die Gründung einer Bruderschaft in der Regel darstellt, ist in manchen Fällen auch der Rückzug in eine Gruppe, die sich konspirativ abschottet und eine mörderische Militanz entwickelt. Historisches Beispiel ist die US-amerikanische Terrorgruppe „The Order“, die sich auch „Brüder Schweigen“ nannte. Sie beging in den Jahren 1983 und 1984 Überfälle auf Banken und Geldtransporter, verübte Bombenschläge auf eine Synagoge und ein Theater und ermordete einen jüdischen Radiomoderator.

In Deutschland sind Bruderschaften wie die Hammerskins oder die Berliner Vandalen seit über 20 Jahren Kristallisationspunkte militanter und terroristisch ambitionierter Neonazis. Und schließlich war es die Neonazigruppe „Weiße Bruderschaft Erzgebirge“ (WBE), aus deren Reihen der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) maßgebliche Unterstützung erhielt. Angeführt wurde die WBE von den Brüdern André und Maik Eminger. André Eminger ist derzeit im Münchner NSU-Prozess angeklagt und bewegt sich heute im Kreis der Rockergruppe „Stahlpakt MC“. Beide Eminger-Brüder traten — als Angeklagter und Zuschauer — im Prozess mit Shirts mit Schriftzug „Brüder Schweigen“ auf. Dies ist eine Anspielung auf die gleichnamige US-amerikanische Terrortruppe und zugleich die Selbstvergewisserung: Auf Brüder sei immer Verlass. •

1 Ein Chapter bezeichnet eine regionale Sektion, bei den Hells Angels ihrem Support-Club Red Devils heißen diese Charter

2 Siehe z.B. AIB Nr. 87 mit dem Schwerpunkt „Endlich mit den Großen spielen? Neonazis in der Rockerszene“

TITEL

Das Spektrum der neonazistischen Bruderschaften

Derzeit aktive neonazistische Bruderschaften tragen Namen wie „Brigade 8“, „Blood Brother Nation“, „Midgards Wächter“, „Sons of Asgard“, „Wodan Bruderschaft“, „Bruderschaft H8“, „Road Crew“ oder „Sturmgruppe 44“. Manche bestehen aus einem halben Dutzend Personen, andere haben Hunderte Mitglieder und Supporter. Manche werden so schnell von der Bildfläche verschwinden, wie sie erschienen sind, andere gibt es seit über 20 Jahren. Nachfolgend betrachten wir unterschiedliche Facetten des Modells Bruderschaft und stellen Gruppen vor, die dafür exemplarisch stehen.

Die bedeutendste Gruppe in diesem Spektrum sind zweifellos die Hammerskins, die sich als Skinhead-Bruderschaft und Elite der gesamten Neonaziszene verstehen. Das AIB hat in den vergangenen Ausgaben wiederholt ausführlich über Hammerskins berichtet.[1]



Der Vandale David Allan Surette ist Musiker und Tätowierer.

Rechtsrock und Terror seit über 20 Jahren — Die Vandalen

Die älteste rockerähnliche Neonazi-Bruderschaft, die Wert darauf legt, kein MC zu sein, sind die „Berliner Vandalen — Ariogermanische Kampfgemeinschaft“.

Gegründet 1982 in Ostberlin treten sie seit jeher in Kutten auf. Der Kreis aktiver Mitglieder dürfte derzeit nicht mehr als 20 Personen betragen und dennoch sind die Vandalen im neonazistischen Spektrum hochgeachtet und enorm einflussreich. Seit über 20 Jahren betreiben sie das Geschäft mit neonazistischer Musik und die Vermarktung von Bands wie „Landser“, „Tätervolk“, oder „Die Lunikoff Verschwörung“ — Bands, in denen jeweils mindestens ein Vandale mitwirkt. „Landser“ existierte von 1992 bis 2001 als Untergrund- und Kultband der Szene und gab sich das Image der „Terroristen mit E-Gitarre“. Bandleader war der Vandalen-Gründer Michael „Lunikoff“ Regener, der heute mit der Band „Die Lunikoff Verschwörung“ auftritt. Zusammen mit „Blood & Honour“-Aktiven bildeten die Vandalen bis in die 2000er Jahre eine klandestine und kriminelle Struktur zur Herstellung und Verbreitung illegaler Neonazimusik, die im Rechtsrock-Business einmalig gewesen sein dürfte: Aufnahmen der CDs in Tonstudios in Kanada oder Skandinavien, Verschiffung tausender CDs beispielsweise nach Holland, deren Schmuggel nach Deutschland und die flächendeckende Verbreitung über regionale Gewährsleute. 2001 wurde das System von der Polizei ausgehoben, 2003 wurden die Bandmitglieder von Landser verurteilt, eine kriminelle Vereinigung gebildet zu haben. Gegen Personen, die sich als unzuverlässig



Foto: David Janzen / Doku Rechts

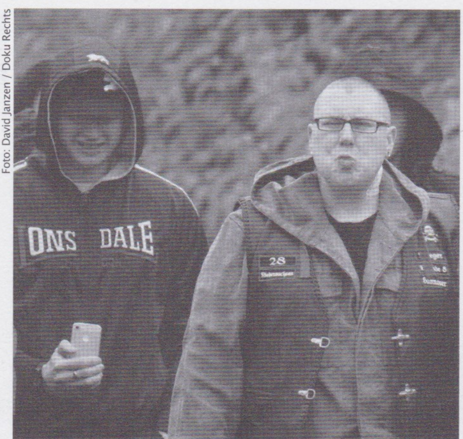


Foto: David Janzen / Doku Rechts

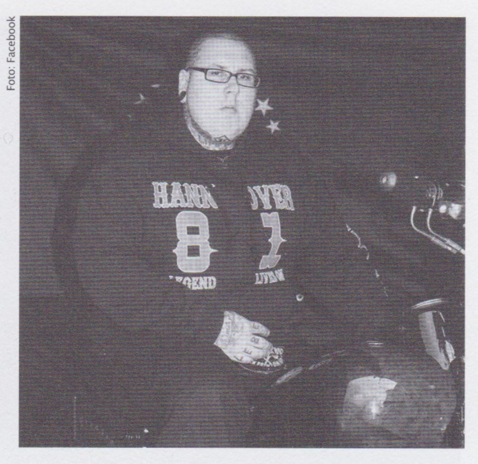


Foto: Facebook

Typischer Werdegang: Sebastian G. aus Hannover bei einem Neonazikonzert 2012 (links), im Jahr 2013 als Mitglied der „Brigade 8" (mitte) und 2014 bei facebook als Anhänger der „Hells Angels" posierend.

erwiesen oder in ihre Geschäfte eindrangen, gingen die Vandalen rigoros vor. Als im Jahr 2000 bekannt wurde, dass der Chemnitzer „Blood & Honour"-Aktivist Thomas Starke gegenüber der Polizei Aussagen bezüglich „Landser" gemacht hatte, wurde er von einem Rollkommando um den Vandalen Jean-René B. zu Hause aufgesucht und verprügelt. Starke zog seine Aussagen zurück. Der bewaffnete Überfall auf den damaligen Betreiber des Neonazi-Ladens Werwolfshop in Wismar, Phillip Schlaffer (siehe S. 12 nachfolgend: Schwarze Schar MC), im Jahr 2006 weist in eine ähnliche Richtung. Alexander Bahls, damals Bandmitglied von „Die Lunikoff Verschwörung", überfiel mit zwei weiteren Personen Schlaffer und forderte 10.500 Euro Entschädigung, da dieser unautorisiert Artikel der Band vertrieben haben soll. Auch Bahls wird dem Kreis der Vandalen zugerechnet.[2]

Ein wichtiger Protagonist der Vandalen ist der Musiker und Tätowierer David Allan Surette, genannt „Griffin". Der Kanadier ist ein Urgestein der internationalen Rechtsrock-Szene und Vandalen-Ehrenmitglied. Ende der 1990er Jahre hatte er „Landser"-Produktionen in Kanada organisiert, zu mehreren Veröffentlichungen von „Landser" und „Die Lunikoff Verschwörung" steuerte er Booklet-Zeichnungen bei. Surette wohnt heute in Erkner bei Berlin, betreibt das „The Mad Piper"-Tattoostudio in Berlin-Kaulsdorf und tritt mit seinem Soloprojekt „Griffin" auf Konzerten im In- und Ausland auf.

Die Drähte mancher Vandalen in rechtsterroristische Kreise sind ausgesprochen kurz. Ein Beispiel ist der Vandale Bendix Wendt („Dr. Vanda"), der Anfang der 1990er Jahre regen Kontakt zu militanten österreichischen Neonazis unterhielt. Dem Österreicher Peter B. lieferte er Zündmaschinen zum Bombenbau und verschaffte ihm Zugang zu zehn Kilogramm Sprengstoff. B. stand 1993 zeitweise unter dringendem Verdacht, Mittäter einer neonazistischen Briefbombenserie in Österreich zu sein, wurde jedoch freigesprochen. Kurz nach den Anschlägen im Dezember 1993 wurde er auf dem Weg nach Berlin festgenommen. Im Kofferraum seines PKWs fanden sich u.a. 13 Gewehre und Zutaten zur Herstellung von Nitroglycerin.

In den letzten Jahren wurde es ruhiger um die Vandalen. Anzutreffen sind sie auf Kampfsportevents („Fight-Nights"), vor allem, wenn Vandalen-Mitglied Matthias Gohlke als Kämpfer antritt. Vandalen wie Surette, Wendt und der mittlerweile 50-jährige Regener haben große Bedeutung als sogenannte „enabler", „Ermöglicher". Sie unterhalten gewachsene Kontakte im In- und Ausland, die vom rechts-terroristischen Milieu über Netzwerke wie „Blood & Honour" (B&H) und „Hammerskins" bis hin in Parteien wie die NPD reichen. Sie sind Autoritätspersonen, die Türen öffnen, Referenzen ausstellen und Leute zusammenführen. Eine Einladung zum jährlichen, nicht öffentlichen Treffen der Vandalen ist eine Art Ritterschlag in der Neonaziszene. 2002 waren es knapp 200 Personen, die daran teilnahmen. Es trafen sich dort unter anderem Bendix Wendt, sein alter Freund Peter B., Personen des ehemaligen Chemnitzer B&H sowie Maik Eminger von der „Weißen Bruderschaft Erzgebirge".

„Brigade 8", „Nordic 12", „Blood Brother Nation"

Die „Brigade 8", kurz B8, wurde im Jahr 2012 vom Neonazi Christian Muff aus Schleswig gegründet und zählt zu den umtriebigsten Neonazi-Bruderschaften in Deutschland. Sie hat einen Ableger in der Schweiz und unterhält nach eigenen Angaben Chapter in sieben Bundesländern. Als „General" der „Brigade 8" tritt derzeit Marc Jekat aus Barsinghausen (bei Hannover) auf. Kernregion der B8 ist Bremen und Umland. Durch den Umzug des Bremer Neonazis Lutz M. nach Weißwasser entstand in Ostsachsen der zweitgrößte Ableger der B8. Schnell fand er in und um Weißwasser „Brüder", die danach drängten, mit Rangabzeichen der B8 ausstaffiert zu werden. Auf dem Grundstück von Lutz M. befindet sich das Clubheim des Chapters Weißwasser, der „Brigade-Bunker", in dem regelmäßig kleinere Konzerte stattfinden, beispielsweise mit dem B8-Liedermacher Mario Graviat (aka „Brauni") aus Oberfranken.

Für einzelne Mitglieder war die B8 das Sprungbrett in führende Rockergruppen. So schloss sich Sebastian G. von der B8-Sektion Hannover 2014 den Hells Angels an und Christian Muffs „Karriere" führte 2015 in den „United Tribuns MC", den er jedoch nach wenigen Monaten aufgrund eines Fehlverhaltens verlassen musste.

Mitglied der „Brigade 8" war auch der Bremer Andreas Lohei, dessen Neonaziband „Legion Germania" der B8 eine eigene Hymne schrieb. Lohei ist das Beispiel eines



Foto: Facebook



Foto: Facebook

Aufstellung des „German Black Metal Commandos“ (GBMC). Unter der linken Fackel fängt die Wiese an zu brennen. Rituale fördern den Zusammenhalt und das elitäre Selbstbild. Rechtes Bild: René Wagner (im Bild links), Sänger der Band Nargaroth, verleiht Benjamin Frank, Sänger der Bands Runenblut und Wurzelkraft, den Status der Vollmitgliedschaft.

Neonazis, der immer groß herauskommen und ganz nach oben wollte, es jedoch nie schaffte. Vor einigen Jahren suchte er Anbindung an die Bremer Hammerskins, bekam mit ihnen aber Ärger, da er seine damalige Band „Endlöser“ unautorisiert als Hammerskin-Band präsentiert hatte. Auch in der B8 hielt es Lohei nicht lange. Er verließ die Gruppe und schuf sich mit „Nordic 12“ seine „eigene“ Bruderschaft, die ebenfalls im Bremer Raum ansässig ist. „Nordic 12“ kann heute auf zwei bis drei Dutzend Mitglieder verweisen, über das Label „Nordic Valkyrien“ sind auch Frauen an die Struktur angebunden.

Ein enges Verhältnis besteht zwischen „Nordic 12“ und der Bruderschaft „Blood Brother Nation“ (BBN), die ihre deutschen Schwerpunkte in den Regionen Oldenburg, Magdeburg und Frankfurt an der Oder hat. Ein Exponent der BBN in Deutschland ist der Rathenower Thomas Lange, der als Liedermacher „Teutonicus“ (auch: „Toitonicus“) bei Demonstrationen des extrem rechten „Bürgerbündnis Deutschland“ in Rathenow auftritt.

Die BBN gründete sich in der Provinz Gävleborg in Schweden und verbreitete sich von dort aus in andere Länder. Anders als manch andere neonazistische Bruderschaft bekennt sich die BBN offen zur „White Power“-Bewegung. In ihrem Selbstverständnis heißt es: „Wir sind eine weiß-nationalistisch denkende Bruderschaft und erwarten von jedem Mitglied mit Vernunft danach zu handeln.“ In Schweden ist die BBN mit den dortigen Strukturen des „Blood & Honour“-Netzwerkes verbunden. Die Rekrutierung von Mitgliedern findet unter anderem in dieser Szene statt und das Label „Sniper-Records“, welches seit vielen Jahren B&H-Bands verlegt, ist für das Merchandise der BBN zuständig.

„Echte Rocker“ — Der „Schwarze Schar MC“

Neonazis der „Werwölfe Wismar“ machten den Schritt von der Neonazikameradschaft zum Rockerclub ohne jeden Umweg und gründeten 2008 den „Schwarze Schar MC“. Präsident des MC war der Wismarer Philipp Schlaffer. Gegenüber der örtlichen Politik und einigen Medien präsentierte sich der „Schwarze Schar MC“ als eine Art Ausstiegsprogramm für Neonazis und das mit durchschlagendem Erfolg: Eine örtliche Unternehmerin und CDU-Politikerin gab Schlaffer ein Darlehen von 90.000 Euro zum Kauf eines Clubhauses in Gägelow bei Wismar. Tatsächlich verstand sich der Club ausdrücklich als „Onepercenter“-Motorradclub. Der Code „1%“, der als Patch auf den Kutten getragen wird, steht in der Rockerszene für das Bekenntnis zu einem kompromisslosen Outlaw-Leben.[3] Der „Schwarze Schar MC“ war wegen Gewalttaten berüchtigt. 2013 stach ein Mitglied auf einen Besucher eines Festes in Hagenow ein, nachdem dieser sich über dessen Kutte lustig gemacht hatte. Dies war nur einer von 75 Fällen, die das LKA Mecklenburg-Vorpommern in Bezug auf den Club registrierte, bis dieser Ende Dezember 2013 verboten und die Clubimmobilie beschlagnahmt wurde. Nach dem Verbot waren mindestens sechs ehemalige Schar-Mitglieder in den Handel mit Drogen verwickelt, der ihnen Haftstrafen bis zu fünfeinhalb Jahren einbrachte. Unter anderem war Kokain von Bremen nach Wismar transportiert worden. Ein Kontaktmann in Bremen war Sascha M., Mitglied der extrem rechten Hooligan-Gruppe „Standarte Bremen“. Den nächsten logischen Schritt im Werdegang einzelner „Schwarze Schar“-Mitglieder markierte jüngst der Übertritt des ehemaligen Vizepräsidenten Sebastian Kairies zum Hells Angels MC.

Männer mit Verantwortung — Das „German Black Metal Commando“

Für das Bedürfnis nach Distinktion in einer

1 Siehe z.B. AIB 61 „Hammerskins“ im Visier der Sicherheitsbehörden“, AIB Nr. 93 „Hammerskins — Elitäre Neonazistruktur im Hintergrund„; AIB Nr. 97 „Internationaler Hass“, AIB Nr. 99 „Waffen für Portugal?“ **2** AIB Nr. 74 „Neonazi Händler beraubt Neonazi Händler“ **3** Der Code „1%“ geht zurück auf ein Rockertreffen im kalifornischen Hollister 1947, bei dem es zu Unruhen kam. Der Veranstalter, die American Motorcyclist Association, verwies damals in einer Stellungnahme darauf, dass nur 1% der amerikanischen Biker Gesetze brechen würden. Der Code „1%“ dient seitdem in ironischer Verkehrung zur Selbstkennzeichnung des Clubs als Outlaw Motorcycle Gang. **4** Vgl.: G.B.M.C — An Emerging Lifestyle of Black Metal, Interview mit René Wagner, in Black Metal Mother vom 11.03.2014, http://blackmetalmother.com/2014/03/11/g-b-m-c-the-emerging-lifestyle-of-black-metal/in

unübersichtlich werdenden Black Metal-Szene steht seit 2013 die Bruderschaft „German Black Metal Commando“ (GBMC). Sie sammelt Neonazis, die sich „alten Werten“ verschreiben und zugleich völkisch und zukunftsorientiert geben.

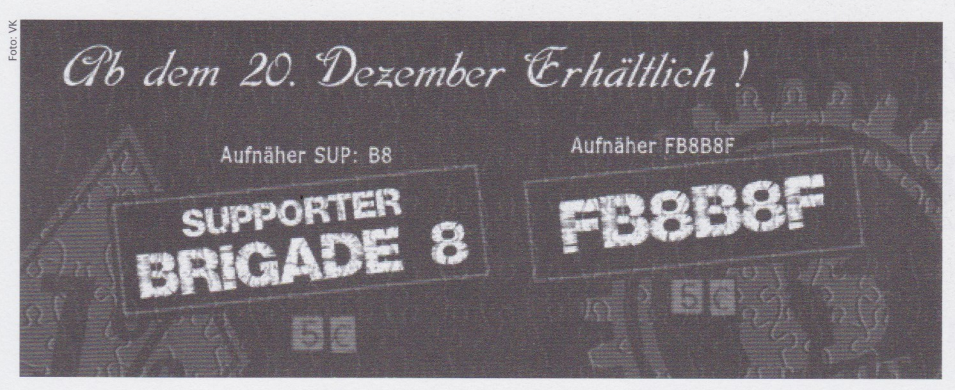


Foto: VK

Eine Anzeige von 2013: Das Treuebekenntnis zur „Brigade 8“, ein Patch mit dem Kürzel FB8B8F („Forever Brigade 8, Brigade 8 Forever“), ist frei verkäuflich und kostet 5,– EUR.

Gegründet wurde das GBMC von René Wagner alias „Ash“ und „Kanwulf“, Macher des extrem rechten Black-Metal-Projektes Nargaroth. Wagner erzählt, dass er „Männer im Black Metal“ vermisse, die „Verantwortung für ihre Familien, ihren Körper und Geist tragen.“ Sein Antrieb zur Schaffung des GBMC seien die „verkrüppelten Existenzen“ gewesen, von denen er im Fitness-Studio umgeben gewesen sei.[4] Der Ex-Soldat Wagner fand für sein GBMC bislang um die 20 Brüder in Österreich, Deutschland und Belgien. Martialische Inszenierungen mit Kutten, Fahnen, Fackeln und Sturmhauben auf Szene-Konzerten, rituelle Zeremonien sowie Camps mit Kampfsport- und Survivaltrainings sollen den Korpsgeist der Bruderschaft stärken. Scheinbar mühelos gelingt es dem GBMC, die destruktiven und misantrophischen Elemente des Black Metal mit Werten wie Familie, Zusammenhalt, Verantwortung und Zukunft zu verbinden.

Neonazistische virtuelle Bruderschaften — „Right Wing Resistance“

Anders als bei den bisher erwähnten Gruppen ist das Label des „Right Wing Resistance“ (RWR) für jeden und jede offen. Seit seiner Gründung 2009 in Neuseeland suggeriert RWR, eine weltumspannende „Brotherhood“ zu sein. Das Design des RWR-Emblems ist stark an eine Rockerkutte angelehnt: Das obere Patch („Top Rocker“) mit dem Namen „Right Wing Resistance“, das untere Patch („Bottom Rocker“) mit dem jeweiligen Chapter-Namen. Hinzu kommt der Treueschwur „RFFR“ („Resistance Forever Forever Resistance“). RWR bekennt sich mit martialischen Posen und Sprüchen zur White-Power-Ideologie und propagiert den bewaffneten Kampf gegen „Islamisierung und Überfremdung“. In Deutschland traten RWR-Angehörige bislang allenfalls durch das Tragen von RWR-Kleidung in Erscheinung. In England hingegen demonstrierte eine britische RWR-Sektion zusammen mit den „North West Infidels“, einer extrem rechten Abspaltung der „English Defence League“ (EDL), am 30. Januar 2016 in Dover dagegen, dass England eine „islamische und afrikanische Müllhalde“ würde.

Bemerkenswert ist, dass RWR über soziale Netzwerke ein offenes Label anbietet. Um dabei zu sein braucht es kein persönliches Kennenlernen, keine Teilnahme an RWR-Treffen und keine Aufnahmeprozedur. Der RWR wird darüber zur Karikatur der Bruderschaft, denn es fehlt ihm an jeglicher Exklusivität und Verschworenheit, zudem bekleiden dort auch Frauen Führungspositionen. Doch deckt RWR die Bedürfnisse von Neonazis, die organisationsfeindlich oder -müde sind, keine Anbindung haben und ihre elitäre Aufwertung nun durch ein Label im Sozialen Netzwerk erfahren. Der RWR markiert eine Mischung aus neonazistischer Organisierung und vitueller Fantasie. Vergleiche mit der Netzgemeinschaft der Online-Gamer, die sich in virtuellen Clans und Bruderschaften zusammenschließen und fiktive Ränge und Funktionen zuweisen, drängen sich auf.

Das Business mit dem Brotherhood-Style

Letztlich ist „Bruderschaft“ in der Neonaziszene noch eines: Eine Geschäftsidee. 35 Dollar kosten die frei verfügbaren Mitglieder-Shirts der RWR im eigenen Versand. Auch Christian Muff begann praktisch mit Gründung der „Brigade 8“ dessen Supporter-Merchandise zu vermarkten. Mit den neonazistischen Bruderschaften stark verbunden ist der floriende „Bad-Boy-Look“. Dieser bedient — im Gegensatz zum Label des „Nationalen Widerstand“ — auch Personen außerhalb neonazistischer Szenen, beispielsweise in Rocker-, Kampfsport-, oder Fußballmilieus.

Mit den Motiven von Kampf, Mafia, Gangster, Waffen, Rotlicht und Sex & Crime gelang bereits Marken wie „Label 23“ oder „Yakuza“ der Sprung aus der rechten Szene. Wenn Christian Muff auch fürs Erste bei den Rockern des „United Tribuns MC“ gescheitert sein mag, so bleibt ihm sein Unternehmen „Kamikaze187 Gangwear & Elite Sportswear Cartel“ sowie seine Bekleidungsmarke „Kamikaze 187“. Darüber bietet Muff auch eine Produktlinie für Frauen an, erhältlich sind unter anderem die Motive „Criminal Outlaw Society Lady“ und „Deutsche Deern“. •

Gary Crane aus England ist „UK Leader“, „Europe Leader“ und „4th World Leader“ des „Right Wing Resistance“ (RWR). Funktionärstitel und Ränge werden bei RWR zum Teil virtuell verliehen.

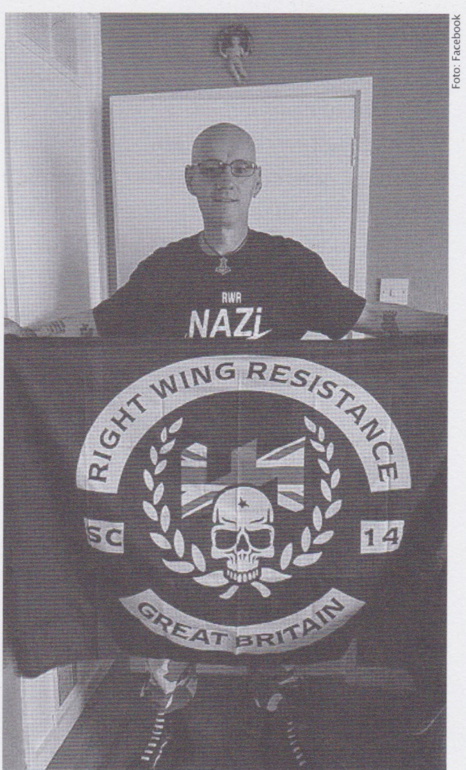


Foto: Facebook

TITEL

Männlichkeit in Bruderschaften

„Frauen kommen und gehen – ein Bruder bleibt ein Leben lang."

Der Aspekt der Männlichkeit ist für Bruderschaften elementar. Zunehmend lässt sich beobachten, dass sich Neonazis in solchen Bünden zusammenschließen. Dabei jagen die Brüder einer Form von Männlichkeit nach, die sich gesamtgesellschaftlich im Untergang befindet. Sie sind bemüht, diese Form von Männlichkeit, die elitär organisiert ist, Frauen konsequent ausschließt, Homosexuelle verachtet und soldatische Tugenden beschwört, in exklusiven Reservaten — den Bruderschaften — aufrecht zu erhalten.

Die Pluralisierung von Männlichkeit

Die moderne Geschlechterordnung ist historisch gewachsen und damit sind auch die Männlichkeitsvorstellungen wandelbar. Selbst zur gleichen Zeit können innerhalb einer Gesellschaft verschiedene Vorstellungen von Männlichkeit existieren. Das betrifft natürlich auch die extrem Rechte, die verschiedene Männlichkeitsentwürfe hervorgebracht hat: von der kriegerischen, archaischen, soldatischen oder wikingerhaften Männlichkeit, über popkulturelle Männlichkeitsentwürfe, in denen die klassische Männlichkeit nicht ausschlaggebend ist (Emo-Nazis, Nipster), zu den Männern, die auch ohne einen klaren Bezug zur Gewalt auskommen (Identitäre, Neurechte) bis hin zu einem bürgerlich-intellektuellen Männlichkeitsentwurf, wie ihn die Burschenschaftler zu verkörpern suchen.[1]

Die Männlichkeit in den Bruderschaften, um die es vorrangig in diesem Artikel gehen wird, ist das Festhalten an einer in vielen Gesellschaften historisch überholten Variante von Männlichkeit. So gibt die „Bridade 8" an, dass die Bruderschaft für ihre Mitglieder die Möglichkeit bietet, ungenutzte „Potentiale, Wissen und Kampfgeist" für die Bruderschaft einzusetzen. „Bruderschaft ist soviel mehr als nur ein Wort, es ist die Kraft, es ist der Mut, es ist die unbedingte Loyalität deinem Bruder gegenüber." Rechte Bruderschaften organisieren sich exkludierend, d. h., sie schließen Frauen und Repräsentanten marginalisierter Männlichkeit aus. Bruderschaften hängen einer regressiven Form von Männlichkeit an, deren Ziel darin besteht, Eindeutigkeit und klare geschlechtliche Zuordnung als Reaktion auf den „Gender-Trouble" herzustellen.[2] Männlichkeit in der Rechten eint der Rückgriff auf biologisierende Vorstellungen von der Natürlichkeit weiblichen und männlichen Verhaltens sowie weiblicher und männlicher Eigenschaften.

Bruderschaften sind zweifelsfrei frauenverachtend. Sie stellen den Mann in seiner Bedeutung für Männer klar vor die Frauen: „Eine Frau findest du an jeder Ecke, gute Freunde findest du nur einmal im Leben" oder „Eine Frau wird bei mir nie den ersten Platz erreichen, da wird immer der Club vorstehen. Egal was sie sagt.", hieß es bei der „Schwarzen Schar MC" aus Wismar/Mecklenburg-Vorpommern. Auch dass sich ein Berliner „Vandale" während einer Razzia anlässlich des Club-Jubiläums von einer Polizeibeamtin deshalb nicht anfassen lassen will, weil sie eine Frau ist, zeugt von dieser Frauenverachtung. Bruderschaften sind die extreme Zuspitzung einer gemäßigten Männlichkeit, deren Inhalte allerdings genuin den Tiefen der bürgerlichen Gesellschaft entspringen. Insbesondere der bevorzugte Umgang von Männern mit Männern (Homosozialität), Konkurrenzdenken sowie Gewalt- und Konfliktbereitschaft sind Idealvorstellungen über Männlichkeit, die auch außerhalb der extrem Rechten verbreitet sind. Die Pluralisierung von Männlichkeit hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Seither ist die Form von Männlichkeit, wie ihn die Bruderschaften verkörpern, zum Fluchtpunkt geworden. Sie ist gleichsam eine Reaktion auf die Krise einer hegemonialen Männlichkeit.

Hegemoniale Männlichkeit

Das Genderkonzept hegemonialer Männlichkeit ist von der australischen Soziologin Rawyn (früher Robert) Connell in den 1980er Jahren als Reaktion auf starre Patriarchatskonzeptionen entwickelt worden. Der Hauptreibungspunkt der Brüder sind nicht zuerst die Frauen, sondern die „weichen", „unmännlichen Männer". Mit Connells Ansatz lassen sich genau diese Dominanzverhältnisse unter Männern systematisch betrachten. Das Pendent zur hegemonialen Männlichkeit ist eben nicht nur eine betonte Weiblichkeit, sondern auch die so genannten marginalisierten Männlich-



Kaffeekränzchen zwischen Brüdern des „MC Schwarze Schar".
(Screenshot der VICE-Dokumentation „Inside Schwarze Schar")

keiten, wie z. B. homosexuelle oder als schwach und „verweiblicht" geltende Männer. Wenn sich Männer einer bestimmten Bruderschaft als hart, zäh, willensstark und mutig inszenieren, können diese Zuschreibungen auf Frauen oder marginalisierte Männlichkeiten nicht zutreffen. Diese müssen notwendig als weich, verletzlich, diffus und schutzbedürftig konstruiert werden. Nur sehr wenige Männer entsprechen dem kulturellen Ideal einer hegemonialen Männlichkeit, aber fast alle Männer profitieren davon. Connell nennt dies komplizenhafte Männlichkeit. Eine weitere Form von Männlichkeit wird als untergeordnete Männlichkeit bezeichnet. Diese Kategorisierung wird auf jene Männer angewendet, die beispielsweise nach der Hautfarbe rassifiziert oder aufgrund ökonomischer Einschränkungen klassiert werden.

Hegemoniale Männlichkeit wird von der gesellschaftlichen Elite definiert. Es ist die Art von Männlichkeit, die sich in einer bestimmten historischen Epoche gegen andere existierende Formen von Männlichkeit durchsetzen kann. Insbesondere am Bild von Männlichkeit, das die Brüder für sich reklamieren (Stärke, Durchsetzungsvermögen, Ernährer der Familie, Väterlichkeit, Kämpfer, Beschützer, Eroberer) ist allerdings nichts mehr hegemonial.

Bruderschaften als Männerbünde

Bruderschaften unterscheiden sich untereinander in Hinblick auf ihre Organisation und Struktur erheblich. Sie alle reklamieren aber für sich einen exklusiven Ort, der nur Männern vorbehalten ist. Ehe die Brüder sich allerdings als männliche Gleiche gegenübertreten können, müssen sie sich in die Hierarchie der Bruderschaft fügen. Die „Hells Angels" und andere Motoradclubs (MCs) beispielsweise haben eine klare Hierarchiefolge. Nur wer Opferbereitschaft, Unterwerfung und (v.a. kriminelle) Einsatzbereitschaft bewiesen hat, kann sich für die nächsthöhere Mitgliedsstufe qualifizieren. Andere Bruderschaften hingegen betonen, dass sie kein MC sind und sich nur optisch an diese anlehnen, z. B. durch das Tragen einer Kutte und von Patches. Die Zurschaustellung von Männlichkeit, die sich im Verhalten und der Erscheinung (durchtrainierte Statur, Körperhaltung, Gang, Gesten, Sprache und z. T. Gewaltbereitschaft) von Bruderschaften zeigt, ist Ausdruck dieser Anlehnung und Teil einer autoritären Willigkeit. Geradezu auffällig distanzieren sich fast alle Bruderschaften von den kriminellen Aktivitäten der MCs.

Die Zurückweisung des Individuums vor dem Kollektiv der Bruderschaft zeigt sich in der Beteuerung, wie unwichtig es sei, was ein Mitglied der Bruderschaft im Privaten tun würde, welche politischen Einstellungen und Meinungen er habe. Die Bruderschaft wird zusammengehalten durch die Verbundenheit in der männlichen Gemeinschaft, die endlich „erwachsen" geworden ist und zieht darüber hinaus ihren Zusammenhalt aus dem Selbstverständnis explizit „patriotisch", „nationalistisch", „deutsch" und „weiß" zu sein. Eine Affinität zu einer dieser rechten Basisvokabeln wird daher in der Bruderschaft vorausgesetzt.

Homosexualität und Männlichkeit

Auch wenn sich Männer in den Bruderschaften sehr nahe kommen und nur unter sich sind, hat das aus ihrer Perspektive mit offener homoerotischer Zuwendung nichts zu tun. „Wir sagen immer, wenn wir noch mehr zusammen machen würden, wären wir schwul. Also noch mehr geht nicht." (Schwarze Schar). Insbesondere »verweiblichte« (effeminierte) Homosexualität wird als ultimativer Verlust von Männlichkeit eingestuft. Selbst da, wo Impulse homoerotischen Begehrens aufscheinen, müssen sie von der eigenen (männlichen) Person abgespalten und am Anderen (zumeist „unmännlichen", „tuntigen" Schwulen) vernichtet werden. Homophobie wird notwen-

dig, um sich der eigenen Männlichkeit zu vergewissern. So geht es einigen Rechten nicht darum, schwule Männer per se zu bekämpfen, sondern darum, die „Unmännlichkeit" einiger Schwuler und für schwul gehaltener Männer anzugreifen. Dafür stehen die zahlreichen Überfälle auf Schwule, weil diese dem Ideal der Männlichkeit und damit auch dem der völkischen Familie sowie der artgerechten Fortpflanzung widersprechen. Diese offene Aggression ist eine der Umgangsformen mit Homosexualität innerhalb der rechten Szene.

Eine andere Möglichkeit des Umgangs besteht in der Ansicht, dass das Liebesleben eines Jeden Privatsache und einzig der politische Einsatz von Bedeutung sei. Einen der bislang einflussreichsten Versuche das Thema Homosexualität sogar ideologisch mit dem nationalsozialistischen Denken zu versöhnen, wurde in den 1980er Jahren von Michael Kühnen in seiner Schrift „Nationalsozialismus und Homosexualität" unternommen. Sein biologistisch begründeter Versuch, Homosexualität gar als entscheidenden Aspekt der hegemonialen Männlichkeit einzuführen und damit Homosexualität vom Klischee der Unmännlichkeit zu reinigen, muss nicht zuletzt aufgrund der Ablehnung weiter Teile der rechten Szene als gescheitert eingestuft werden.

Die Selbstzuschreibung „Bruder" scheint als ein Code zu fungieren, um den Verdacht — ja den Gedanken — an ein homosexuelles Interesse der Brüder untereinander gar nicht erst aufkommen zu lassen. Keinesfalls handelt es sich hier um den offenen Austausch erotischen Begehrens. Wichtig ist, dass der Körper, und damit das sexuelle Begehren, von der körperlichen Nähe der Blutsbruderschaft abgetrennt wird. Als Beispiel dient an dieser Stelle ein Facebook-Chat Marc Jekats, „General" der „Brigade 8", in dem durchaus homoerotische Gedanken im spaßigen Sinne ausgetauscht werden. Im Folgenden meldet sich ein anderer Mitstreiter der „Brigade 8" besorgt zu Wort, worauf Jekat mit den Worten beschwichtigte: „keine sorge meinen Körper kann jeder haben meine Herz gehört nur noch den Brüdern".

Bruderschaften übernehmen die familiäre Zärtlichkeit der Familie, die unhinterfragt bleibt und die nicht in Hinblick auf ein heterosexuelles Bekenntnis der Brüder ausgehandelt werden muss. Wären die beiden Männer aus dem zuletzt genannten Chat-Beispiel Kameraden und keine Brüder, wären die Reaktionen innerhalb der rechten Gemeinschaft vermutlich anders ausgefallen, denn die rechte Szene ist in der Akzeptanz schwuler Kameraden überwiegend ablehnend. Insofern bieten die Bruderschaften einen unausgesprochenen Rahmen, um homoerotische Zuwendung verdachts- und sanktionsfrei zu ermöglichen.



Screenshot Facebook

Artur W. aus Bochum war 2014 im HoGeSa-Vorgänger-Netzwerk und schloß sich im selben Jahr dem Rocker-Club „United Tribuns MC" an. Die rosa-farbenen Herzen, die er mit einem anderen Mitglied des „United Tribuns MC" via facebook austauscht, sorgen nicht für Irritation. Es sind doch Brüder.

Rassismus und Männlichkeit

Innerhalb der extremen Rechten stellt Männlichkeit eine Mischung aus Charaktereigenschaften (Mut, Entschlossenheit, Ehrlichkeit, Treue, Loyalität) und konkretem Handeln dar, wie „Probleme lösen" (German Black Metal Commandos), „sich gegenseitig helfen" (Nordic 12), etwas tun gegen „das aktuelle, degenerierte anti-weiße soziale Klima" (Blood Brother Nation).

Deutsche Männlichkeit heftet sich an das Thema Arbeit und damit verbunden an die Rolle des Ernährers einer Familie. Wichtig ist in den Stellungnahmen der Brüder zum Thema Arbeit der Hinweis darauf, dass es sich um „ehrliche und harte Arbeit" (Wodan Bruderschaft) handelt. Die Familie gilt es durch diese Arbeit, aber nicht nur, zu ernähren, sondern auch vor dem Angriff nicht-deutscher Männer zu schützen. Denn zu den vorbildlichen männlichen Tugenden gehört im rechten Denken auch die Zeugung und Aufzucht des deutschen Nachwuchses: „Wir sind eine deutsche Bruderschaft, mit alten deutschen Werten! Bei uns wird Familie, Kameradschaft, Ehrlichkeit und Treue groß geschrieben!", so „Nordic 12". Männlichkeit wird beispielsweise in der „Blood Brother Nation" auch mit Rassismus verbunden, da es gelte die »Rassereinheit« zu bewahren: „unser Ziel ist es eine starke Bruderschaft basierend auf Respekt-Loyalität-Ehre, zu erschaffen, welche für ihre Mitglieder und deren Familien durch dick und dünn geht (…) Unsere Intention ist es, für die 14 Worte einzustehen, das Erwachen unseres Volkes voranzutreiben und diesem Volk ein Selbstwertgefühl zurückzugeben. White Pride!"

Der überspannende ideologische Rahmen dieser Aspekte von Männlichkeit sind der positive Bezug auf Volk und Nation, die beide beispielsweise durch den Zuzug von Flüchtlingen und durch supranationale Organisationsformen, wie die EU, als gefähr-



Foto: Facebook



Oben: Aufstellung der „Brigade 8“ und der „Brigade Halle“ im Jahr 2015. Flankierend der Männerwelt stehen Daniela Stamm, Stadträtin der Partei „Die Rechte“ in Bautzen, und Gesine Schrader („Die Rechte“, Berlin).

Links: Narzisstische Selbstverliebtheit: Mitglieder von „Nordic 12“ und der „Berserker Deutschland Division Wolfsburg“ auf dem „Tag der Patrioten“ am 12. September 2015 in Bremen.

det erachtet werden. Deutsche Männer hätten sich dagegen zu wehren und das könne nur durch die Besinnung auf eine klar konturierte, dominante und kampfbereite Männlichkeit geschehen — „einen physischen und psychischen Panzer“[3], wie die „German Black Metal Commandos“ fordern. Geflüchtete Männer, die der rassifizierende Blick trifft, können — um das Konzept von Connell hier wieder aufzugreifen — als untergeordnete Männlichkeit kategorisiert werden. Sie befinden sich in Relation zur weißen, deutschen (hegemonialen) Männlichkeit auf den unteren Rängen dieses Männlichkeitskontinuums.

Vielleicht wäre es in diesem Zusammenhang interessant zu diskutieren, ob das Emporschießen von zahlreichen Bruderschaften in den letzten Jahren auch eine Reaktion auf die ankommenden Flüchtlinge ist, die als gefährlich für das deutsche „Mann-Frau-Gleichgewicht“ erlebt werden und den damit verbundenen „Ängste- und Sorgen-Diskurs“ in Deutschland. Wie sich die Inszenierung der Männlichkeit in den Bruderschaften auf die rechte Szene und durch das derzeitige Erstarken rechter Positionen auf die Gesamtgesellschaft auswirken wird, bleibt abzuwarten. Was sich aber abzeichnet ist das verstärkte Auftreten dieser Zusammenschlüsse in der Öffentlichkeit, als Ersatz für die Exekutive. Denn es waren zuallererst Männerbünde — Hooligans, MCs und deren Umfeld gleichermaßen — die in Köln Jagd auf geflüchtete Männer machten, nachdem es in der Silvesternacht 2015/16zu Übergriffen auf Frauen kam. Getreu dem Motto „Schadest du meiner Familie, hol ich meine Brüder“. •

1 Zur Vielfalt von Männlichkeitsbildern in der extrem Rechten siehe den Beitrag von Andreas Heilmann „Normalisierung und Aneignung — Modernisierung und Flexibilisierung von Männlichkeiten im Rechtsextremismus“ in „Was ein rechter Mann ist...“. Männlichkeiten im Rechtsextremismus. **2** Dass Frauen keine Brüder werden können, heißt allerdings nicht, dass Frauen in diesem Umfeld nicht auch extrem rechts oder gar organisiert sein können. Siehe dazu auch Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2011): Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene. Berlin. und beispielhaft die AIB-Artikel „Frauenpolitik von Rechts“ (AIB 100) online abrufbar unter: www.antifainfoblatt.de/artikel/familienpolitik-von-rechts und Selbstbilder rechter Frauen. Zwischen Antisexismus und völkischem Denken.“ (AIB Nr. 51) online unter: www.antifainfoblatt.de/artikel/selbstbilder-rechter-frauen-zwischen-antisexismus-und-v%C3%B6lkischem-denken. **3** Die Panzermetapher, die hier von den den „German Black Metal Commandos“ als unerlässlich für echte Männlichkeit erachtet wird, wird auch von Klaus Theweleit in seiner bekannten Schrift „Männerphantasien“ (1977) in Bezug auf deutsche Freikorpssoldaten erkannt, wenn er vom „Körperpanzer“ schreibt, den diese Männer nach reichlich Drill und Gewalt aufbauen.

TITEL

Vorstellungen vom „Staat“ als gleichsam überhistorischer Ausdruck einer „männlich“ dominierten, mithin „männerbündischen“, hierarchisch, antiplural und antifeministisch geprägten Ordnung gehörten zum ideologischen Grundinventar der unterschiedlichen Strömungen des antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik. Nicht zuletzt im Spektrum der „Neuen Rechten“ blieben die Bezüge zum männerbündischen Denken erhalten.

„Männerbund“ Geschichte eines Mythos

Jubel brandete unter den rund 3.500 TeilnehmerInnen der AfD-Demonstration in Erfurt gegen „Asylchaos und Eurokrise“ am 18. November 2015 auf, als Björn Höcke die Bühne betrat. In seiner Rede bemühte Höcke nahezu alle gängigen Topoi aus dem Setzkasten rechtspopulistischer Rhetorik. Gleich zu Beginn bekannte er, „sein Volk“ zu „lieben“ und wetterte gegen die „Altparteien“, die angesichts von „Islamisierung“ und „Asylchaos“ dafür verantwortlich seien, dass sich Deutschland in der „Phase des Staatszerfalls“ befinde. Um diesen vermeintlich drohenden Niedergang zu stoppen, müsse Deutschland seine „Männlichkeit“ wiedererlangen. Das Land müsse, so proklamierte Höcke, „mannhaft“ und somit „wehrhaft“ werden. Die Verknüpfung zwischen dem beklagten „Staatszerfall“ und einer zum nationalen Charakteristikum erhobenen, jedoch angeblich verloren gegangenen „Mannhaftigkeit“ hatte Höcke nicht zufällig ins Zentrum seiner Rede gerückt. Auch bei dieser Gelegenheit ließ der gegenwärtig beurlaubte Geschichtslehrer seine weltanschauliche Nähe zur Gedankenwelt und den ProtagonistInnen der extremen Rechten der Zwischenkriegszeit erkennen.



Foto: Bundesarchiv Bild 146-1971-091-20

Männerbund und Zivilisationskritik

Die Konzeption des „Männerbundes“ als ordnungs- und gemeinschaftsstiftender Gegenentwurf zu einer unübersichtlichen und als krisenhaft wahrgenommenen Gegenwart geht auf den Beginn des 20. Jahrhunderts zurück. Vor allem im Bürgertum des wilhelminischen Kaiserreichs führten die sich rasant vollziehenden gesellschaftlichen Umbrüche zu erheblicher Verunsicherung. Ängste und Ressentiments wurden etwa durch die voranschreitende Urbanisierung und die nach der Reichsgründung 1871 massiv einsetzende Industrialisierung hervorgerufen. Unter dem Eindruck einer sich immer stärker ausdifferenzierenden Gesellschaft fanden eine mithin aggressiv formulierte Zivilisationskritik sowie kulturpessimistische Haltungen zunehmende Resonanz. Um die Jahrhundertwende formierten sich zahlreiche politische, gesellschaftliche und kulturelle Strömungen, die der als „materialistisch“, „dekadent“ und „geistlos“ denunzierten Gegenwart mit dem Rekurs auf (nicht selten rückwärtsgewandte) Mythen begegneten. Die Lebensreformbewegung ist in diesem Entstehungskontext ebenso zu verorten wie das verästelte Spektrum der völkischen Netzwerke.

Eine besondere Bedeutung kam der Entdeckung der Jugend zu. Arthur Moeller van den Bruck, während der 1920er Jahre einer der pronociertesten Vertreter des „Neuen Nationalismus“, proklamierte bereits im Jahr 1904: „Ein Blutwechsel tut der Nation not, eine Empörung der Söhne gegen die Väter, die Ersetzung des Alters durch die Jugend.“ Mit dieser nationalistisch aufge-

ladenen Verklärung der Jugend ging auch eine Kritik an der bürgerlichen Familie einher, gegen die nun erstmals das Prinzip des „Männerbundes" in Stellung gebracht wurde. Als maßgeblicher Stichwortgeber hierfür fungierte Heinrich Schurtz, der in seinem 1902 erschienenen Werk „Altersklassen und Männerbünde" die Behauptung aufstellte, der „Männerbund" sei für männliche Wesen die angemessenere Form der Vergemeinschaftung und Sozialisation, da die Familie als Domäne der Frau gelten könne.

Diese männerbündischen Theoreme wurden von den Vordenkern der um die Jahrhundertwende entstehenden bürgerlichen Jugendbewegung, vor allem im „Wandervogel", breit rezipiert. Die Gründung gemischtgeschlechtlicher Gruppen war heftig umstritten und stieß überwiegend auf Ablehnung. Besonders vehement vertrat Hans Blüher, erster Chronist und gleichsam einer der Ideologen des „Wandervogels" das Prinzip des „Männerbundes". Seiner Auffassung nach sei es in der Gegenwart zu einer abzulehnenden Gleichsetzung von Mann und Frau gekommen. Die Elite des Volkes müsse sich jedoch aus der Gesellungsform des „Männerbundes" rekrutieren. Nur in diesem Rahmen sei es dem Mann möglich, seine volle Kreativität zu entfalten, die Familie hingegen liefere ihn der „Vorherrschaft des Weibes" aus.

„Stahlnaturen" gegen „Flintenweiber"

Durch den Ersten Weltkrieg erfuhr die Ideologie des „Männerbundes" eine weitere Radikalisierung. Die in den Schützengräben geborene und vielfach mythisierte „Frontkameradschaft" avancierte zur Leitidee antipluralistischer und explizit antifeministischer Staats- und Gesellschaftsmodelle. Als Bezugspunkte firmierten Schlüsselbegriffe wie „Kampf", „Heldentum", Opfertod", „Befehl" und „Gehorsam", die eine fundamentaloppositionelle Haltung gegenüber der jungen Weimarer Republik manifestieren sollten. Der Weltkrieg habe, proklamierte etwa Ernst Jünger in seinem 1922 erschienenen Essay „Der Kampf als inneres Erlebnis", „Männer" hervorgebracht, „wie sie bisher die Welt nie gesehen" habe: „Es war eine ganz neue Rasse, verkörperte Energie, mit höchster Wucht geladen. [...] Sie waren Überwinder, Stahlnaturen, eingestellt auf den Kampf in seiner gräßlichsten Form."

In diesen derart verklärten und zur kommenden gesellschaftlichen Elite stilisierten Kriegerfiguren personifizierte sich die kompromisslose Feindschaft zum verhassten Parteienstaat und seiner als „dekadent" denunzierten politischen Kultur, die nicht zuletzt durch eine Effeminisierung des sozialen Lebens gekennzeichnet war. In seiner 1977/78 erschienenen Studie „Männerphantasien" hat Klaus Theweleit das maskuline Selbstverständnis (ehemaliger) Freikorpsaktivisten analysiert. Demnach gründeten entgrenzte Gewalt und „weißer Terror" neben antisemitischen und antibolschewistischen Überzeugungen ganz wesentlich auf einem radikalen Antifeminismus. Die mit dem Ende des Ersten Weltkriegs entstandenen neuen Ordnungsmodelle seien durch „Weichheit" und „Auflösung" gekennzeichnet — Zuschreibungen, die in der Sichtweise der antidemokratischen Rechten vorwiegend als „weiblich" konnotiert galten und als eine existentielle Gefahr für das Idealbild des wehrhaften Mannes und somit der Nation insgesamt dargestellt wurden.

Am aggressivsten spitzten sich diese Feinbildkonstruktionen im Topos vom „roten Flintenweib" zu. In der extrem rechten Propaganda sowie in der auflagenstarken Freikorpsliteratur avancierte die „kommunistische Frau" zur Projektionsfläche einer Krisendiagnostik, in der sexuelle Zuschreibungen und politische Deutungsmuster miteinander verknüpft wurden. So galten kommunistische Frauen als „schamlos" und „lüstern". Ihre angeblich wilde Sexualität musste in dieser Sichtweise daher geradezu zwangsläufig als „zersetzend" gelten.

Die hasserfüllte Rhetorik richtete sich aber auch gegen „verweiblichte" Männer. In den Fokus extrem rechter Polemik rückten hier vor allem ganz allgemein der als „verweichlicht" diskreditierte Bürger sowie demokratische Politiker, Intellektuelle und Künstler, die gleichermaßen als „dekadent" galten. Auf dieser Klaviatur spielte im Übrigen auch Björn Höcke in seiner eingangs zitierten Erfurter Rede, in der er Bundesjustizminister Heiko Maas als „armes Männlein" bezeichnete.

Ihren manifesten Ausdruck fand das männerbündische Denken in den Lebenswelten der Freikorps und der SA. Die Attraktivität des „Männerbundes" resultierte dort freilich kaum aus theoretischen und weltanschaulichen Reflexionen als vielmehr aus den sozialen Praktiken ihrer vorwiegend gewaltaffinen Protagonisten. Männerbündische Kameradschaft entstand demnach vor allem an den Theken der SA-Sturmlokale, in denen Straßenschlachten verbal noch einmal geschlagen und die eigenen Gewaltpraktiken verklärt wurden. Aber auch Teile der aus dem „Wandervogel" und der Freideutschen Jugend des Kaiserreichs hervorgegangenen „Bündischen Jugend" fungierten als Ort männerbündischer Vergemeinschaftung. Diese sollten ein aristokratisches, ständisches Gegenmodell zur Republik bilden. Der Männerbund firmierte in dieser Deutung gleichsam als Keimzelle eines „neuen" Staates, dessen historische Bezugspunkte in der Verklärung germanischer Stammesordnungen, mittelalterlicher Kreuzritterorden und des Landsknechtwesens gesucht wurden.

Männerbundideologie nach 1945

Nach 1945 verschwand die Männerbundideologie keineswegs, verlor jedoch ihre aggressiv-heroische Aufladung. Anders als in Folge des Zusammenbruchs von 1918 formierte sich nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches keine fundamentaloppositionelle, martialisch-männerbündische Bewegung. In den Soldaten- und Veteranenverbänden löste nun, so der Historiker Thomas Kühne, die selbstviktimisierende Deutung einer Leidensgemeinschaft anzugehören, das Leitbild einer kriegerisch-männlichen Kampfgemeinschaft ab. Männerbündische Ideologien konservierten sich in den Studentenverbindungen und prägten weiterhin die Selbstbilder neonazistischer Aktivisten. Auch im Spektrum der „Neuen Rechten" blieben die Bezüge zum männerbündischen Denken erhalten — was nicht zuletzt die Erfurter Rede von Björn Höcke deutlich gemacht hat. •

TITEL

Sportsfreunde ziemlich eigener Art machten im vergangenen Jahr im Norden Frankreichs von sich reden. Dort eröffnete in Berzy-le-Sec der als „Kulturvereinigung" eingetragene Motorradclub namens MC Praetorians. Sein Vereinsheim ähnelt vom Äußeren „eher einem Kuhstall als einem Empfangssaal", wie die Antifapublikation La Horde im vorigen Jahr einmal spottete.

MC Praetorians

Alte Bekannte der extremen Rechten in Frankreich

BERNARD SCHMID

Dem breiteren Publikum wurde der MC bekannt, als sie im April 2015 ein erstes Konzert in dessen Lokal stattfand. „Der von ehemaligen nationalistischen Aktivisten gegründete Motorradverein bei Soissons beunruhigt", schrieb die Zeitung L'Union. Seitdem fanden dort diverse Neonazi-Konzerte statt: Im Juli mit „Endstufe" aus Bremen, im September mit „Tattooed Mother Fuckers" aus England und im November mit „Lemovice" aus Frankreich. Auch ein für den 22. Februar 2016 im Raum Paris angekündigtes Konzert — unter anderem mit den deutschen NS-Black Metal Bands „Nordglanz" und „Stahlfront" — fand schließlich im Clubhaus des MCs statt.

Im alten Rom bezeichnete der Ausdruck „Prätorianergarde" eine militärische Truppe, die sich dadurch auszeichnete, dass sie nicht nur für Feldzüge an den Außenfronten, sondern auch als Machtfaktor für innenpolitische Aufgaben im Kernland eingesetzt wurde. In der Spätzeit der römischen Republik und danach unter den Kaisern wurde sie zur Abrechnung mit politischen Widersachern in Rom und auf der italienischen Halbinsel eingesetzt.

Nach wie vor wird der Ausdruck „garde prétorienne" im Französischen oftmals benutzt, wenn es darum geht zu beschreiben, wie politische Akteure ihre Ziele mit Gewalt durchzusetzen versuchen und dabei eine eigene Prügeltruppe — oder gar eine bewaffnete Miliz — unterhalten. So fand der Begriff auch Verwendung, um die gewaltaffine Anhängerschaft zu beschreiben, die alljährlich am bzw. um den 9. Mai in Paris aufmarschiert. Es handelt sich um die zentrale Demonstration von Neonazis, die nach dem Aufmarsch des Front National (FN) am 1. Mai auf die Straße gehen, um dieser zu „verweichlichten" Partei ein Gegenbild entgegenzusetzen. Offiziell geht es dabei um das Gedenken an Sébastien Deyzieu, einem extrem rechten Aktivisten der 1994 bei dem Versuch sich seiner Festnahme zu entziehen, auf einen Balkon kletterte und tödlich abstürzte. 2015 fiel der Aufmarsch kleiner aus als in den Vorjahren: Die extrem rechte Szene ist zersplittert und wurde seit Juni 2013 von mehreren Organisationsverboten getroffen.

In früheren Jahren regelmäßig, nicht aber 2015, war auch Serge Ayoub mit seinen Anhängern bei solchen Aufmärschen dabei. Er gehört zu den Leuten, die in der Lage sind, sich eine eigene Prätorianer-Garde als Leibtruppe zu halten. Seitdem er im Jahr 2010 die „Jeunes nationalistes révolutionnaires" (JNR, „Revolutionäre nationalistische Jugend") neu gründete — unter Verwendung eines Namens, der in den 1980er Jahren bereits einmal als Organisationsbezeichnung diente — konnte er über einige Dutzend ebenso treu wie blind ergebene Anhänger verfügen.

Auf den Gruppenfotos dieser nicht eben für ihre Gewaltlosigkeit bekannten „Aktivisten" stand Ayoub stets im Mittelpunkt, so wie er jetzt auf den Fotos des Bikerclubs „MC Praetorians" im Zentrum auftaucht. Denn Serge Ayoub ist einer der Mitbegründer und faktischer Präsident des MCs.

Dieser dient ihm als eine Art Refugium, um einem Verbot seiner politisch-wehrsportartigen Aktivitäten zu entgehen. Aus seinem früheren Leben nahm er einige Getreue mit, wie Gilles Dussauge, der ihn seit den Tagen der JNR begleitet oder den früheren Aktivisten des „Troisième Voie" („Dritter Weg") Hugo Lesimple.

Die im Juli 2013 erlassenen staatlichen Organisationsverbote zielten in erster Linie auf Ayoub ab. Voraus ging am 5. Juni 2013 der gewaltsame Tod des jungen Antifaschisten Clément Méric. Der 18-jährige starb unter den Schlägen des zwei Jahre älteren Neonazis Esteban Morillo. Letzterer war Mitglied der ungefähr 200 Mitglieder umfassenden Kleinstpartei „Troisième Voie", deren schlagender Arm die rund dreißig ausgesuchte Aktivisten umfassende JNR darstellte.

Da es dort weder nach außen hin formalisierte Strukturen noch Mitgliedsbücher gibt, bestritt der Anführer beider Gruppierungen (Troisième Voie und JNR), Serge Ayoub, zunächst Morillos Mitgliedschaft. Ist die Zugehörigkeit zu der stark abgeschotteten JNR zwar schwer nachweisbar, räumte Morillo bei seiner Vernehmung gegenüber den Ermittlungsbehörden doch ein, „sechs



Foto: Facebook

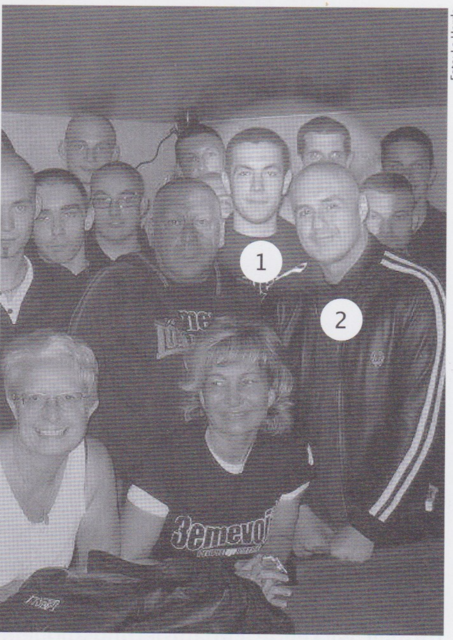


Foto: La Horde

Links: Die Bremer RechtsRock-Band „Endstufe" spielte am 11. Juli 2015 im Clubhaus des „MC Praetorians" in Berzy le sec.

Rechts: Esteban Morillo (1), der 2013 den Antifaschisten Clèment Méric tötete, auf einem Treffen der Neonazi-Organisation „Troisième Voie" zusammen mit Serge Ayoub (2), damaliger Anführer der Organisation und Mitbegründer des „MC Praetorians".

Monate" Mitglied bei „Troisième Voie" gewesen zu sein. Dass er dort leitende Funktionen bei Aufmärschen — nicht nur am oder um den 9. Mai — aufwies, belegen auch Fotos, die in antifaschistischen Publikationen oder der bürgerlichen Presse auftauchten.

Kurz nach dem Tod von Clément Méric räumte das Innenministerium Ayoub eine 14-tägige Frist ein, um Stellung zu einer drohenden Verbotsverfügung zu nehmen. Am 25. Juni 2013 erklärte Ayoub dann überraschend die „Selbstauflösung" von „Troisième Voie" und JNR. Er wollte dadurch wohl ein formales Verbot vermeiden. Ergeht ein solches, ist die „Wiedergründung einer verbotenen Organisation" ein mit sehr empfindlichen Sanktionen belegter Straftatbestand.

Ende Juni 2013 fiel die Gruppierung, einige Tage nach ihrer angeblichen Selbstauflösung, schon wieder unangenehm auf. Es wurde bekannt, dass in Agen sieben Neonazis aus dem Milieu von „Troisième Voie" festgenommen worden waren. Ihnen wird vorgeworfen, in der Nacht einen 25- und einen 33-Jährigen mit Schlägen attackiert zu haben. Der Jüngere von beiden wurde zudem wegen seiner nordafrikanischen Herkunft rassistisch beschimpft. Die Beiden befanden sich auf dem Nachhauseweg von dem linksalternativen Festival La Prairie. Beide Opfer trugen Gesichtsverletzungen davon.

Am 10. Juli 2013 erließ das französische Kabinett eine offizielle Verbotsverfügung gegen drei Gruppierungen: „Troisième Voie", die JNR und der eingetragene Verein „Envie de rêver" („Lust zu träumen"). Unter dem zuletzt genannten Namen firmierte ein Verein von Serge Ayoub, der den von ihm geleiteten Treffpunkt „Le Local" in Paris verwaltete. Das „Lokal" eröffnete er 2007 zusammen mit dem antisemitischen Schriftsteller Alain Soral, mit dem er sich später zerstritt. Eine angebliche „Selbstauflösung" wirkte wie ein Manöver, um das Zentrum aus der Schusslinie zu nehmen.

In der Folgezeit hielt Ayoub sich an die Verbote. Ihm geht in der Szene der Ruf voraus, dass er wisse, welche „roten Linien" zu respektieren sind, um sich selbst nicht zu gefährden. Mitunter sei er auch einer verdeckten Zusammenarbeit mit Polizeidiensten nicht abgeneigt, wenn es um seinen Selbstschutz gehe.

In den 1980er Jahren war Ayoub im Raum Paris als Neonazi-Skinheadführer unter dem Namen „Batskin" aufgetreten und hatte die JNR in ihrer ersten Version aufgebaut. Doch seine damalige „rechte Hand", Régis Kerhuel, war wenige Jahre später in einen Mord verwickelt: Er war daran beteiligt, als der Mauritianer James Dindoyal zum Trinken von Säure gezwungen und im Anschluss ins Hafenbecken von Le Havre geworfen wurde. Zwar entkam er dem Ertrinken, verstarb jedoch an inneren Verletzungen. Kerhuel wurde 1998 als Tatverdächtiger identifiziert und festgenommen, im Jahr 2000 erhielten er und ein Mitangeklagter, Joël Giraud, je zwanzig Jahre Haft. In jenem Zeitraum zog sich Ayoub aus der extrem rechten Organisationspolitik zurück und eröffnete in Paris eine Biker-Kneipe namens „Le garage". Dies war auch sein erster Versuch, in der Biker-Szene weiterzukommen, weil es in „der Politik" nicht mehr voran ging. Kerhuel kam mittlerweile aus der Haft frei, dank Anrechnung der Untersuchungshaft und guter Führung, und ging zwischenzeitlich zum Hells Angels MC.

Nach dem Verbot von 2013 versuchte Ayoub noch kurzzeitig, eine eigene Bewegung unter dem Namen „Solidarisme" aufzubauen, was jedoch aufgrund interner Zerwürfnisse scheiterte. Auch deswegen versucht er es jetzt erneut mit einem Eintauchen in die Biker-Subkultur. •

TITEL

Seit jeher berichtet das AIB über Personen aus der Neonazisszene, die im Kontext krimineller Milieus, allen voran dem Rotlichtmilieu auftauchen. Immer wieder wurde auf die diversen Gefahren dieser Mischszene hingewiesen, etwa den Zugang zu Waffen, die Nutzung finanzstarker klandestiner Infrastruktur sowie den Schutz durch und den Zugriff auf ein äußerst gewaltbereites Personenpotential.

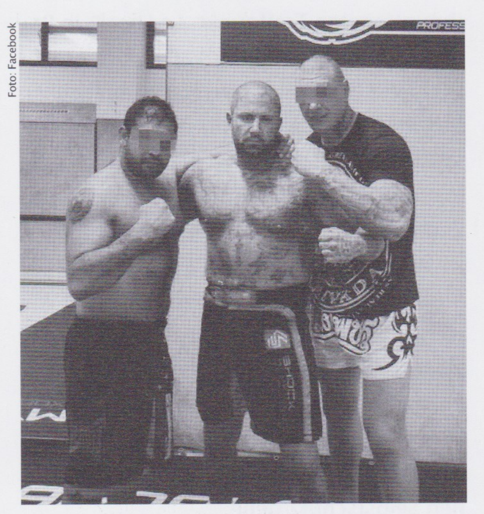
Neonazis im Hamburger Rotlichtmilieu

Rocker haben ihren Platz in den neonazistischen Lebenswelten gefunden und stehen seit Jahren Pate für nach außen informell wirkende Organisierungsmodelle der Szene. Wie wenig persönliche Brüche ein Wechsel vom Neonazi-Aktivisten zum Mitglied krimineller Organisationen erfordert, haben wir mehrfach skizziert. Trotzdem sollen grundlegende Gemeinsamkeiten dieser scheinbar gegensätzlichen Welten an dieser Stelle genannt werden.

Neonazis fordern Gesetzesverschärfungen und einen starken Staat gegen organisiertes Verbrechen, oft jedoch nur im Zusammenhang mit Tätern nicht-deutscher Herkunft. Dass Delikte wie Drogenhandel, Menschenschmuggel, Schutzgelderpressung, Vergewaltigung und Förderung der Prostitution zum Kerngeschäft deutscher Motorradclubs (MC) zählen, wird ignoriert. Die Wertevorstellungen sind in vielen Punkten nahezu identisch: Patriarchale Rollenbilder, die Gültigkeit des Rechts des Stärkeren, das hierarchische Prinzip von Befehl und blindem Gehorsam — welches zu Loyalität verklärt wird — und eine Gewaltaffinität einen die Milieus mehr, als diese je öffentlich eingestehen würden. Die „Outlaw"-Gebärde krimineller MCs lässt sich in der Praxis unkompliziert mit der Ablehnung des als illegitim angesehenen Staates seitens der Neonazis vereinbaren. Das Verschmelzen geschäftlicher und subkultureller Interessen macht die Welt der MCs zur Mischszene. Dazu kommen Verflechtungen in die Hooligan- und die Kampfsportszene. Szenen, in denen ähnliche Werte und Codes existieren, wodurch Überschneidungen mit Neonazis zwar nicht zwangsläufig hervorgerufen, aber begünstigt werden.

Gelernt ist gelernt

Einer, der seine Gewalttäter-„Karriere" in der Neonaziszene begann und aus diesem Potential nun finanzielles Kapital schlägt, ist der Wahl-Hamburger Frank Kortz: Bekennender Neonazi[1], aktiver Kampfsportler, Teilhaber einer rechten Hooligan-Marke, Geschäftsmann im Rotlichtmilieu und nicht zuletzt jüngst Protagonist im extrem gewalttätigen Konflikt unter MCs. Er und sein Umfeld stehen exemplarisch für die eingangs erläuterte Lebenswelt, die in vielen deutschen Städten häufiger zur Regel, als zur Ausnahme gehört.


Foto: Facebook

Gemeinsames Mixed Martial Arts-Training in einem Hamburger Gym. 2.v.l. Frank Kortz und 3.v.l. Wolfgang B.

Gewalt als Lebenswelt

Der ursprünglich aus Kaiserslautern stammende Mittdreißiger Kortz wurde der dortigen rechten Hooliganszene zugerechnet, ist aber schon seit vielen Jahren in Norddeutschlands Rotlichtmilieu aktiv. Diese geschäftlichen Tätigkeiten überschneiden sich immer wieder auch mit politischen Kontakten. Während seiner dreijährigen Inhaftierung wegen Körperverletzung, Menschenhandel und unerlaubten Waffenbesitzes[2] im Jahr 2009 arbeitete Kortz während seines Freigangs als Trainer in einem Bremer Thaibox-Gym. Dass das Gym auch von der linken Szene frequentiert wurde, dürfte ihm bekannt gewesen sein, pflegt er doch seit Jahren freundschaftliche Kontakte in die extrem rechte Szene Bremens um Hannes Ostendorf.[3] Nach seiner Haftentlassung 2010 pendelte er zwischen Hamburg und Flensburg, wo er im Stadtteil Handewitt in einen Bordellbetrieb involviert ist. 2014 organsierte Kortz dort eine „Red Moon"-Party inklusive Kämpfen im Bereich Mixed Martal Arts (MMA), zu der er auch den 2015 verstorbenen „Hammerskin", „Blood & Honour"-Aktivisten sowie V-Mann des Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Würtemberg — Roland Sokol [siehe AIB 109 „Tod eines Spitzels"] — persönlich einlud. Auch darüber hinaus pflegten die beiden vertraulichen Kontakt: Als Sokol Anfang 2014 in finanzieller Not steckte, schenkte ihm Kortz einen Geldbetrag in unbekannter Höhe. Im selben Zeitraum fragte Sokol bei Kortz an, ob er bereit wäre, beim „Ring der Nibelungen" zu kämpfen. Das seit rund vier Jahren konspirativ stattfindende Kampfsport-Event der Neonaziszene wurde mittlerweile umbenannt in „Kampf der Nibelungen" und wird von Neonazis u.a. der italienischen „Casa



Foto: Hans Schlechtenberg

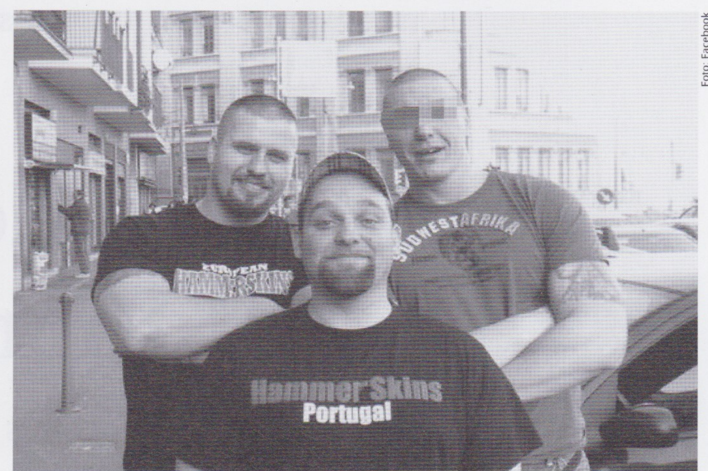


Foto: Facebook

Links: Mit einem Pullover der rechten Hooligan-Marke „Pro Violence" bekleideter Teilnehmer des Neonazi-Aufmarsches am 1. Mai 2015 in Neubrandenburg.

Rechts: v.l.n.r.: Der ehemalige NPD-Kreis- und Stadtrat im sächsischen Delitzsch, Maik Scheffler, zusammen mit Thomas Gerlach aus Altenburg und Kampfsportler Wolfgang B. posierend im Rahmen des „Europa Hammerfest" 2007, welches von italienischen Hammerskins in Mailand ausgerichtet wurde.

Pound" und der in Russland hoch-professionell tätigen Kampfsport-Promotion „White Rex" [siehe AIB 99 „Kampfsport, Kohle, Kriegsverbrecher"] personell und logistisch unterstützt. Kortz willigte ein und gab an, sich bereits über „Malte" aus „LU" angemeldet zu haben. Dabei dürfte es sich um den „Hammerskins-Deutschland"-Chef Malte Redeker aus Ludwigshafen handeln, den Beobachter als einen der Drahtzieher der Veranstaltung vermuten. Kortz, der in Hamburg in einem unverdächtig wirkenden Gym mit hohem Anteil aktiver Wettkämpfer trainiert, trat in den letzten Jahren mehrfach als MMA-Kämpfer bei nicht-politischen, kommerziellen Events in Dänemark und Deutschland an. Auf Widerstand wegen seiner zur Schau gestellten neonazistischen Gesinnung stieß er bisher kaum. Als bei der Bremer „Hype Fighting Championship" 2015 einer der Kämpfer seine Teilnahme wegen Kortz Tätowierungen — neben zwei Hakenkreuzen prangt „2YT4U" auf seinem Körper, ein rassistisches Szene-Kürzel für „too white for you" — zur Disposition stellte, entschied sich der Veranstalter für Kortz. In einem nach dem Kampf geführten Interview mit Kortz sympathisierte der Reporter Kurt B. von „Ground and Pound TV", einem der größten deutschen Kampfsportmagazine, offen mit dem Neonazi. Er amüsierte sich über die in den lokalen Medien geführte Debatte wegen dessen Hakenkreuz-Tattoos und verharmloste diese als „altindische Glückssymbole"[4]. Um eine strafrechtliche Verfolgung zu umgehen änderte der Veranstalter für den rechten Kämpfer sogar kurzerhand das Regelwerk und ließ diesen mit einem T-Shirt antreten — vorgesehen ist üblicherweise ein freier Oberkörper.

Alte Bande

Ähnlich strafrechtlich relevanten Körperschmuck trägt auch Kortz' Freund und Trainingspartner Wolfgang B. Der Mannheimer lebt seit einigen Jahre in Hamburg und wird der dortigen Rockerszene zugerechnet. Beide verbindet weit mehr als nur ihre regionale Herkunft: Wolfgang B. ist Mitglied der „Hammerskins" [siehe AIB 99 „Waffen für Portugal?"] und war beim neonazistischen Aktionsbüro Rhein-Neckar aktiv. Nach seinem Umzug nach Hamburg pflegte er unter anderem Kontakte zum dortigen Neonazi-Aktivisten Thorsten de Vries und trainierte mit diesem im selben Fitnessstudio. Kortz und Wolfgang B. teilen auch die Zugehörigkeit zur Hooliganszene. Wenn auch Anhänger unterschiedlicher Vereine, brüsteten sich beide in sozialen Netzwerken mit der gemeinsamen Verabredung zu Schlägereien.

Dass Frank Kortz laut eigener Aussage Teilhaber der Magdeburger Hooligan-Marke „Pro Violence" ist und hier sogar eine eigene Shirt-Kollektion („Tattoo-Frank") hat passt erneut wie die Faust aufs Auge: Gegründet Anfang der 2000er-Jahre, tauchte die Marke immer wieder im Kontext rechter Hooligans auf. Ihr Gründer Christoph Herpich war darüber hinaus im Jahre 2000 von den Razzien im Zuge des „Blood & Honour"-Verbotes betroffen [siehe AIB 65 „Der Duft des Geldes"]. Auch Kortz scheint diese Organisation nicht fremd zu sein: sein rechtes Handgelenk ziert der Schriftzug "Blood & Honour", kombiniert mit einer Triskele - das Logo der deutschen B&H-Sektion.

Blick zwischen die Schubladen

Kortz' Gewaltpotential brachte ihn zuletzt in den Fokus der Boulevardmedien, als er im Dezember 2015 vom Mobilen Einsatzkommando der Hamburger Polizei festgenommen wurde. Gemeinsam mit zwei Mittätern hatte er im Rahmen der aktuellen gewalttätigen Konflikte zwischen den MCs „Hells Angels" und „Mongols" in Hamburg den Chef der „Mongols" zusammengeschlagen und seine Kutte entwendet. Nach dreimonatiger Untersuchungshaft wurde der vorbestrafte Kortz Anfang März zu einer geringen Bewährungsstrafe verurteilt.

Weder Kortz noch Wolfgang B. gehören zu der Sorte Neonazis, die man in der Fußgängerzone beim Verteilen von NPD-Flugblättern trifft. Beide bewegen sich in einem Milieu klassischer Kriminalität, welches multikulturell und nach außen politisch unverdächtig wirkt. Trotzdem sind sie Bestandteil neonazistischer Lebenswelten und Verbindungsglied zwischen klassischer und neonazistischer Kriminalität. Nicht nur aus den eingangs genannten Gründen sollten antifaschistische Strukturen dies aufmerksam im Blick behalten. •

1 www.taz.de/!5200727 **2** . Ebd. **3** www.welt.de/welt_print/article1697986/Zuhaelter-schlug-Freier-drei-Jahre-Gefaengnis.html **4** www.youtube.com/watch?v=2vg5-gMr4cA

NS-SZENE

Spurensuche im rechten Söldner-Milieu

Die alten Seilschaften des LEGIDA-Demonstranten Reinhard R.

Das Aufleben der rechten Bewegung motiviert altbekannte Akteure der Neonaziszene wieder politisch aktiv zu werden. Starke Anziehungskraft scheinen vor allem die LEGIDA-Aufmärsche in Leipzig zu haben, die zum Tummelplatz der sächsischen Neonaziszene avanciert sind. Dort ließ sich am 14. September 2015 in vorderster Reihe auch der Geschäftsmann, ehemalige Funktionär der „Republikaner" und früherer Reisender in Kriegs- und Krisenregionen Reinhard R. blicken. Lange war er öffentlich nicht politisch in Erscheinung getreten. Sein Auftritt überrascht: Reinhard R. versuchte in den vergangenen Jahren mehrfach durch Unterlassungsklagen seinen Namen aus der Berichterstattung über die Neonaziszene verschwinden zu lassen, auch aus früheren Artikeln des AIB. Sein Wiederauftauchen an prominenter Stelle und seine wiederholten Klagen gegen antifaschistische Berichterstattung waren für uns Anlass auf Spurensuche in seinem rechten Netzwerk zu gehen. Reinhard R. selbst und zwei seiner Weggefährten, den Neonazis und mutmaßlichen Söldnern Hans-Jörg Schimanek und Nicolas Peucelle, wollen wir dabei besondere Aufmerksamkeit schenken.

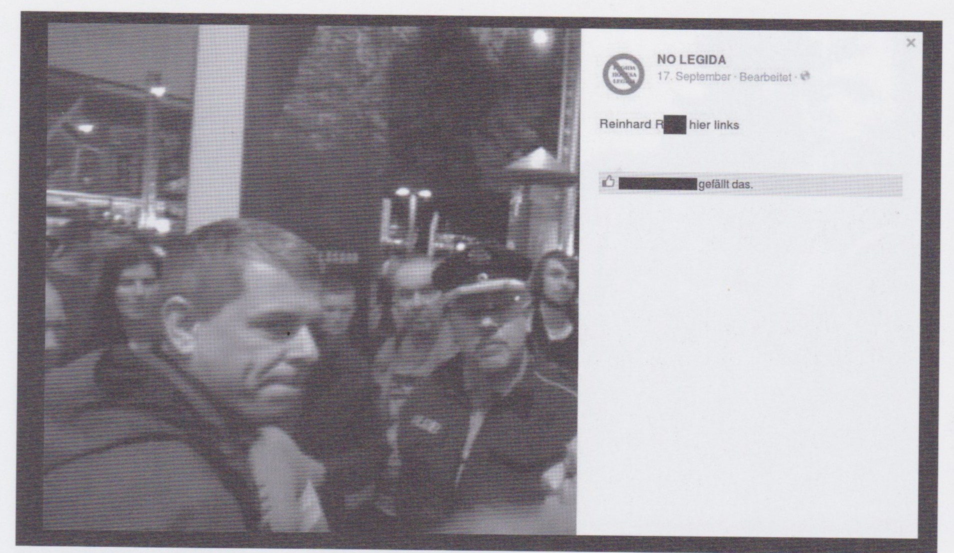
Aktuelle Verbindungen zur extremen Rechten

Trotz der Bekundung, nicht mehr politisch aktiv zu sein scheint Reinhard R. die Führungsriege der LEGIDA gut zu kennen. In einem Video von besagtem LEGIDA-Aufmarsch ist er neben dem LEGIDA-Chef Markus Johnke und dem Rechtsanwalt Arndt Hohnstädter zu sehen, während einer lebhaften Diskussion mit Polizeibeamten.[1] Hohnstädter ist nicht nur Schatzmeister der LEGIDA, verschickt nicht nur R.'s Unterlassungsklagen an antifaschistische Medien, er ist auch ein beliebter Anwalt der Neonazi-Szene, nicht nur in Sachsen. Für die NPD hat er Gutachten verfasst und seine frühere Kanzlei hat einem Klienten dabei geholfen, den Schutz der Wortmarke „HoGeSa" zu beantragen. Wie das Infoportal leipzig.antifa.de berichtet, vertritt Hohnstädter gelegentlich auch den sächsischen Neonazi-Unternehmer und LEGIDA-Teilnehmer Thomas Persdorf.[2] Laut Infoportal hält Reinhard R. seit Jahren auch engen Kontakt zu dem Neonazi und ehemaligen Republikaner Adrian Preißinger. Die beiden teilen sich eine Anschrift in Leipzig, auf die Firmen angemeldet sind, in die R. involviert ist. Dort angemeldet ist auch Preißingers Verlag „Der Schelm", über den antisemitische Hetzschriften vertrieben wurden.

Seit Jahrzehnten gut vernetzt

Reinhard R.'s politisches Engagement geht bis in die frühen 1980er Jahre zurück. Bereits 1983 ist er auf einer öffentlich abgedruckten Mitarbeiterliste der neonazistischen Zeitschrift „SIEG" aus dem österreichischen Lochau zu finden.[3] Er taucht auch in mehreren Fachbüchern über neonazistische Organisationen auf. So berichtet der Kölner Undercover-Journalist Michael Schomers in seinem 1991 veröffentlichten Buch „Deutschland ganz rechts — Sieben Monate als Republikaner in der BRD & DDR" über sein Zusammentreffen mit dem „DDR-Beauftragten" der Republikaner, Reinhard R. 1990 in Leipzig. Dieser soll ihm über eine gewalttätige Auseinandersetzung mit einem Antifaschisten berichtet haben. Er zitiert Reinhard R. so: „Also einen haben wir schwer erwischt, der wird nicht mehr so schnell gesund (...) Der hat von mir die ganze Tränengassprühdose ins Gesicht gekriegt, wie er lag, und dann hat ein anderer mit'm Baumstamm immer drauf gehauen (...)". Den belastenden Schilderungen ist ein Foto beigefügt, das den Journalisten im Gespräch mit Reinhard R. zeigt.[4]

In dem Buch „Aufbruch der Völkischen — Das braune Netzwerk" berichtet der österreichische Journalist Wolfgang Purtscheller wenige Jahre später über die Aktivitäten von Reinhard R. im Zusammenhang mit einem geplanten „Revisionistenkongress", den der damalige Neonazi-Kader Bela Ewald Althans 1991 in München organisieren wollte.[5] Der gute Kontakt zwischen R. und Althans hatte offensichtlich längeren Bestand. So soll Reinhard R. laut Informationen der Herausgeber des „Handbuch deutscher Rechtsextremismus" 1993 als Eigentümer eines von Althans geführten Büros



Ein von „No LEGIDA" über Facebook verbreitetes Video zeigt Reinhard R. am 14. September 2015 bei einer LEGIDA-Demonstration. Dort war er neben dem LEGIDA-Chef Markus Johnke und dem Rechtsanwalt Arndt Hohnstädter in einer lebhaften Diskussion mit Polizeibeamten zu sehen.

der „Althans Vertriebswege und Öffentlichkeitsarbeit" (AVÖ) bekannt geworden sein.[6] Dafür sprechen auch Äußerungen des ehemaligen Neonaziführers Althans selbst, der offenbar große Stücke auf Reinhard R. hielt: „Eigentlich 'einer von uns', brachte der Bad Tölzer durch sein Netzwerk viele Vorteile und war, aus gutem Hause stammend und beruflich sehr erfolgreich, Käufer und Vermieter meines Münchner Laden-Büros gewesen. Er war einer der Ersten, mit dem wir noch vor dem 9. November 1989 zu den Montagsdemos nach Leipzig fuhren."[7]

Wahlheimat Sachsen

Offensichtlich hatte R. damals Gefallen gefunden an der ostdeutschen Stadt. Leipzig wird seine neue Heimat und Ausgangspunkt seiner vielfältigen geschäftlichen Aktivitäten. 2003 berichteten die JournalistInnen Andrea Röpke und Berny Vogl für das Magazin raumzeit über das Firmengeflecht „rechter Glücksritter in Ostdeutschland"[8]. Geschildert wird der Werdegang (ehemaliger) Protagonisten der Neonaziszene, die sich einerseits in Krisen- und Kriegsregionen bewegten und die andererseits ein umfangreiches Firmengeflecht — insbesondere in und um Leipzig — aufgebaut hatten. Dabei kommt auch Reinhardt R. zur Sprache: „Der Jungrechte war während der Wende der 'offizielle DDR-Koordinator der Republikaner' und bei Flugblattaktionen und Anwerbeversuchen in Leipzig beteiligt. Reinhard R(...), geboren 1964 in Innsbruck, gehörte bereits als Jugendlicher zu einer Wehrsportgruppe, die sich Vorposten nannte. Gemeinsam mit Stefan Ulbrich, heute Betreiber des Arun-Verlages, und anderen wurde R(...) bereits 1981 wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz angeklagt (Aktenzeichen 11 Js 23688/81). R(...) bestreitet das heute. Rechtskräftig verurteilt wurde er erst 1985 wegen fahrlässiger Körperverletzung. 'Eine Jugendsünde', sagt R(...) und lacht." Später klagte R. gegen den Artikel. Gut anderthalb Jahre dauerte der von ihm angestrebte Zivilprozess gegen das alternative Magazin raumzeit, bis sein Anliegen endgültig vor der Berufungsinstanz, dem Münchener Oberlandesgericht, abgewiesen wurde[9].

Reinhard R. und Hans-Jörg Schimanek — Zwei alte Bekannte in Leipzig

Nachdem sich R. in Leipzig niedergelassen hatte, zog es auch andere Akteure der extremen Rechten nach Leipzig. So zum Beispiel den Neonazi und mutmaßlichen Söldner Hans-Jörg Schimanek, der bereits in den 1980er Jahren Kontakt zu Reinhard R. hatte. Als Protagonist der „Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition" (VAPO) prägte Schimanek lange Zeit die Österreichische Neonazi-Szene. Der Autor Michael Schmidt berichtet in seinem Buch „Heute gehört uns die Straße..." über Schimanek: „Bis Mitte der Achtziger war er als Berufssoldat Ausbilder des österreichischen Bundesheeres in Wien. Dann verschwanden mehrere Gewehre in der Wiener Maria-Theresien-Kaserne, und Schimanek wurde nach einigem juristischen Tauziehen schließlich entlassen."[10] Anschließend machte Schimanek in der Österreichischen Neonazi-Szene als „paramilitärische Frontfigur"[11] Karriere. Er war maßgeblich an der Organisation und Durchführung von Wehrsportübungen beteiligt. Mit „Front Heil" begrüßte er den Raumzeit-AutorInnen in einem Schreiben vom 7. Oktober 1991 seine „Kameraden" und lud zu einem „Ausbildungslager der NÖ Kameradschaften" ein. Der Dokumentarfilm „Wahrheit macht frei" vom Autoren Michael Schmidt, veröffentlichte Aufnahmen, die Schimanek bei einer Wehrsportübung zeigen.[12] Auch der Fernsehsender Tele 5 hatte eine Wehrsportübung gefilmt, bei welcher Uniformierte in Langenlois darin unterrichtet wurden, einen Menschen mit bloßen Händen zu töten. Im Anschluss erstattete der Fernsehsender Anzeige wegen neonazistischer Wiederbetätigung, u.a. gegen Schimanek,[13] wobei der diensthabende Polizist in Langenlois sich zunächst weigerte diese anzunehmen.[14] Vermutlich aus Furcht vor einer Haftstrafe sucht und findet Schimanek Unterschlupf in Leipzig. Er bekommt einen Job in einer Baufirma, dessen Geschäftsführer Reinhard R. war. Die Beiden waren laut Handelsregister noch 2007 Gesellschafter einer Leipziger Hausverwaltungsgesellschaft. Im September 1994 wird Schimanek jedoch wegen des Verdachts auf NS-Wiederbetätigung verhaftet. Er kommt in Untersuchungshaft, aus der er kurze Zeit später wieder entlassen wird. Im November 1995 wird er dann letztinstanzlich zu acht Jahren Gefängnis wegen NS-Wiederbetätigung verurteilt. Bereits im Juni 1999 wird er jedoch vorzeitig aus der Haft entlassen. Sachsen bleibt seine neue Heimat und sein Geschäftsbereich.

Über das Leipziger Firmengeflecht schien man in Kontakt mit etlichen Kameraden zu stehen. Karl-Heinz Hoffmann, ehemaliger Anführer der nach ihm benannten Wehrsportgruppe, bestätigte gegenüber den Raumzeit-Autoren 2003, dass sein Porsche aus dem Fuhrpark der Abrissfirma stammt und er mit den „Bekannten" auch „im Bau-

bereich verkehrt“ habe. Und bereits 1994 berichtete der österreichische „Kurier“ über Schimaneks Flucht Richtung Sachsen und die gemeinsame Firma: Er, der „Demolierer in der ehemaligen DDR“ würde im „Osten“ Wohnungen aufkaufen und österreichische „Kameraden“ dort Putz von den Wänden schlagen und Böden herausreißen lassen[15]. Die geschäftliche Telefonnummer dieser Firma mit dem Vermerk „Jörg“ war im Notizbuch des im Zusammenhang mit der sog. Briefbombenaffäre in Österreich verhafteten Peter B. zu finden. An einer 1993 im Handelsregister eingetragenen Leipziger Baufirma von Schimanek war auch der österreichische Gardesoldat Franz A. beteiligt. Auch dessen Verstrickungen in die extreme Rechte Österreichs sind presseöffentlich thematisiert worden. So berichtet Ernst Schmiederer im österreichischen Magazin Profil darüber, dass A. im September 1984 Besuch von Beamten der österreichischen Sicherheitsdirektion bekommen habe. Sie suchten ein gestohlenes Sturmgewehr. Statt dessen fanden sie eine Kartei der „Nationalen Front“, in der politische Feinde u.a. mit Vermerken wie „Jude“ oder „KPÖ“ eingetragen waren. Dem Artikel zufolge teilte A. den Ermittlern mit, wo die gesuchte Waffe vergraben worden war.[16] In der Folge wurde der verantwortliche Schimanek laut Angaben des österreichischen Magazins „Falter“ zu einer Geldstrafe wegen Hehlerei und Verstoß gegen das Waffengesetz verurteilt[17].

Die Verbindungen Leipziger Protagonisten der extremen Rechten nach Österreich blieben offenbar virulent. Auch in der jüngeren Vergangenheit tauchte Schimanek in der Deutsch-Österreichischen Neonaziszene auf. Das antifaschistische Infoportal u-berg.at berichtet, dass er 2008 und 2009 an den geschichtsrevisionistischen Ullrichsberg-Treffen in Österreich teilgenommen habe. Angereist sei er 2009 gemeinsam mit dem Leipziger Neonazi und Hooligan Riccardo Sturm und dem österreichischen Neonazi-Führer Gottfried Küssel.[18] Mit Küssel sprach Schimanek am 6. Juni 2009 auch bei einer Veranstaltung in Leipzig vor sächsischen Neonazis.

Doch zurück zu den frühen 1990er Jahren und der Verbindung von Schimanek



und Reinhard R. Bis zu seiner Inhaftierung 1994 blieb es nicht bei Wehrsportübungen: Immer wieder taucht Schimanek, wie übrigens auch Reinhard R.,[19] in Zusammenhang mit Berichten über rechte Söldner auf. Im bereits erwähnten Buch „Heute gehört uns die Straße...“ ist über Hans-Jörg Schimanek zu lesen: „Ende Zwanzig, ist er ein gutaussehender, hellblonder ‘Bursch’ mit Söldnererfahrung in Surinam und jetzt angeblich auch Kroatien.“[20] Auch der Kurier bezeichnet Schimanek als „mutmaßliche(n) Kroatien-Söldner“.[21] Über eine gemeinsame Reise von Schimanek und Reinhard R. nach Surinam im Jahr 1989 berichtet auch Wolfgang Purtscheller.[22] Es ist naheliegend, dass sich Reinhard. R. und Hans-Jörg Schimanek von gemeinsamen Reisen in Kriegs- und Krisenregionen kennen.

Für eine Weile leugnete Schimanek den Kontakt zu Reinhard R., beispielsweise in einem Artikel des Kurier-Autors Wilhelm Theuretsbacher, in dem Schimanek zitiert wird. Der Kurier widerspricht jedoch: „Schimanek jun. vergißt, daß er 1989 mit eben jenem R(...) von der Gendarmerie in Französisch-Guayana wegen des Verdachts der Söldnerei abgeschoben wurde.“[23] Reinhard R. gab gegenüber der Presse damals gegenteilige Statements ab. Der Leipziger Morgenpost erklärte er: „Der Hans Jörg ist mein alter Freund“[24] und der Leipziger Volkszeitung teilte er mit, er sei zwar öfters mit Schimanek auf Reisen gewesen, alle anderen Behauptungen seien aber Wahlkampfkampagne[25].

Mit der Heckler & Koch in den Abenteuerurlaub?

Die Hintergründe von Schimaneks Reisen ins lateinamerikanische Surinam bleiben diffus. Schon 1993 berichtete das AIB über den Fall und verwies damals auf einen Vermittler für Söldner in Amsterdam. Dieser hatte im, unter rechten Kämpfern beliebten, Söldner-Magazin „Soldier of Fortune“ für die Widerstandsbewegung Surinams geworben.[26] Der niederländische Journalist Michiel Hoogers schrieb seinerzeit von „österreichischen Söldnern“[27], sein Kollege, der Redakteur Karel Bagijin vom Algemeen Dagblad berichtete, dass der lokale Rebellenführer der Suriname National Liberation Army (SNLA) die ihm verdächtig vorkommenden Reisenden relativ unverzüglich als unerwünscht Richtung Französisch-Guayana abwies. Anschließend seien sie auch im Überseedépartement von den französischen Behörden ausgewiesen worden. Details schildern die österreichischen Autoren Kurt Tozzer und Günther Zelsacher in ihrem 1995 veröffentlichten Buch „Bombenspuren: Briefbomben und politischer Terror“. Sie zitieren ein Funktelegramm (AZ. 1 253 941/2-II/10/K1), welches die österreichische Polizei am 27. April 1989 an Interpol in Paris verschickte. Darin geht es um ein Hilfegesuch des „Schubhäftling“



screenshot youtube

Links: Hans-Jörg Schimanek (in Latzhose) und der Leipziger Neonazi Riccardo Sturm (mit Basecap) zu Gast beim geschichtsrevisionistischen FPÖ-Ulrichsberg-Treffen 2009 in Österreich.

Rechts: Schimanek als Teilnehmer einer Wehrsportübung.

Schimanek, der am 28. Januar 1989 aus Französisch-Guayana kommend am Flughafen Wien-Schwechat landete. Offensichtlich hatte Schimanek in Wien den Verlust von Waffen und Geld in Surinam beklagt und die Wiener Polizei um Hilfe zur Rückerlangung gebeten. Laut Telegramm sei Schimanek über Frankreich nach Surinam eingereist, um wie die Autoren schildern „mit den deutschen Staatsbürgern Hubert L(...) und Reinhard R(...) einen 'Jagdurlaub' zu verbringen. Da man zum Jagen ein Gewehr braucht, nimmt Schimanek eine 20.000 teure 'Heckler & Koch, HK-SL' mit." Den Reisenden konnte laut dem zitierten Funktelegramm nicht geholfen werden: „Die Waffen und Wertgegenstände der Genannten befinden sich in den Händen des surinamesischen Widerstandes."[28] 1994 von der Leipziger Morgenpost auf die Vorgänge in Französisch-Guayana angesprochen, bilanzierte Reinhard R. trocken: „Nur ein Abenteuerurlaub."[29]

Dem Dagblad zufolge hatte Schimanek das Visum für Surinam im November 1988 vom Konsulat Surinams in Amsterdam erhalten. Ein weiteres für eine zweite Reise wurde im März 1990 ausgestellt. Aufgrund der undurchschaubaren Aktivitäten des Neonazis kam er auch diesmal nicht weit: Er wurde offenbar nicht nur von den Aufständischen, sondern auch von der regulären surinamischen Armee festgesetzt und jeweils des Landes verwiesen[30]. Die zwei österreichischen Journalisten Thomas Seifert und Thomas Vašek beziehen sich in einer Reportage des „Falter" auf die Abteilung C des österreichischen Innenministeriums und berichteten: „Wegen Waffenbesitzes wurde er in der Grenzstadt Saint Laurent du Maroni in Französisch-Guayana festgenommen."[31] Das AIB bilanzierte 1993 zu Schimaneks Reisetätigkeit: „Beide Male endete es kläglich."

'Audienz bei Saddam Hussein' — ein weiterer Söldnerkenner

Neben R. und Schimanek agierte im Jahr 2001 auch der frühere französische Neonazi und Söldnerkenner Nicolas Peucelle bei der Leipziger Baufirma von Reinhard R. Übereinstimmenden Presseberichten zufolge[32] seien Peucelle und R. 1993 bei der Einreise an der bayerischen Grenze aufgehalten worden, da bei ihnen 1.200 Hakenkreuz-Aufnäher gefunden worden seien. R. wurde hierfür nicht belangt, die Aufnäher bekamen sie später vom Zoll wieder ausgehändigt. Gegenüber der Leipziger Morgenpost gab R. in diesem Zusammenhang an, diese „gehörten dem Beifahrer"[33]. Gegen Peucelle lief zwischenzeitlich ein Verfahren vor dem Pariser Militärgericht. Von der französischen Justiz war dazu lediglich zu erfahren, es gehe um Vorfälle gegen französische NATO-Truppen auf dem Balkan, womöglich um Landesverrat. „Es geht um ein abgestürztes französisches Flugzeug", erzählte R. den Verfassern des erfolglos beklagten raumzeit-Artikels. Der 2001 publizierte Rapport der „Commission consultative du secret de la défense nationale"[34], der Nationalen Kommission für Affären verteidigungspolitischer Geheimhaltung, welche mit dem französischen Verteidigungsministerium verbunden ist, führt Peucelle namentlich auf. Diese offizielle Kommission, die von verschiedenen Ministerien angerufen werden kann, prüft für Regierungsstellen, ob die „verteidigungspolitisch" begründete Geheimhaltung einer Akte aufzuheben ist, damit bspw. die Justiz tätig werden kann. Die Aufhebung wurde im Juni 2001 bewilligt[35].

Der 1963 geborene Peucelle machte sich in den frühen 1990er Jahren als Kompagnon des französischen Neonazis Michel Faci einen Namen[36]. Über Nicolas Peucelle wird berichtet, er habe Michel Faci während der so genannten Kuwait-Krise auf eine Reise in den Irak begleitet, um dort Saddam Hussein zu besuchen. Die Journalistin Gisela Dachs schreibt über diesen Ausflug: „Frustriert kehrten die zehn Anhänger des Dritten Reichs im Januar zurück, ohne die erhoffte Audienz bei Saddam Hussein erhalten zu haben."[37] Mehr als ein Gespräch mit dem damaligen irakischen Informationsminister Abdel Latif Jassem ergab sich für die Freiwilligen offenbar nicht. Der antifaschistischen Zeitung „reflexes" zufolge berichtete Peucelle über seinen Irak-Aufenthalt 1991 in der „Tribune nationaliste", einem Organ der Neonazipartei PNFE[38]. Es folgte der Versuch in einem „Verein der Freunde des Irak" pro-Hussein Kräfte unter dem Banner einer „Anti-Zionistischen Liga" zu sammeln[39].

Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen legte der Schweizer Menschenrechtskommission 1994 einen Bericht vor, wonach im Jahr 1992 u.a. Faci und Peucelle eine „freiwillige Interventionsgruppe" in Bosnien-Herzegowina bildeten,



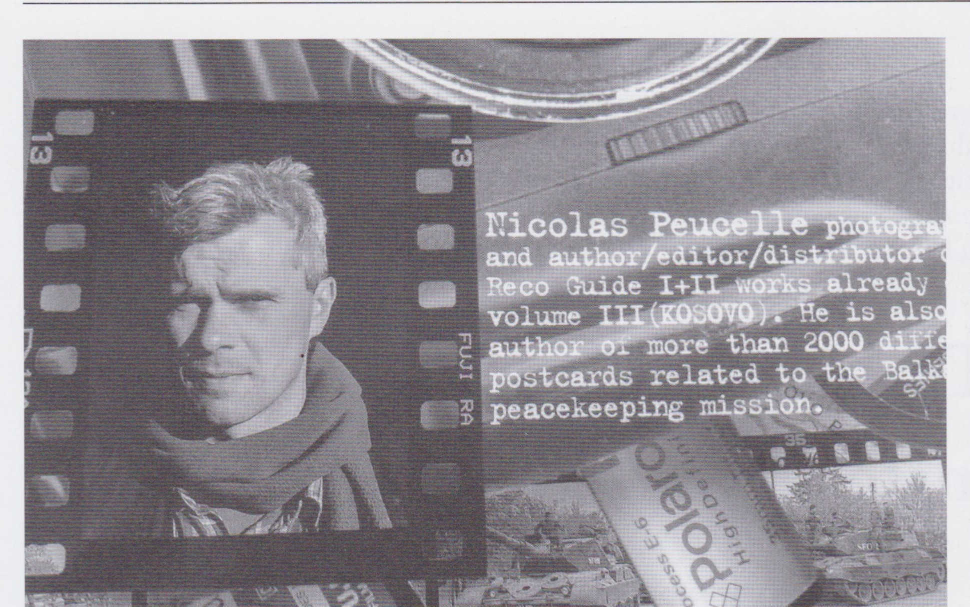
Foto: Klaus Mehner

11. September 1992: In einem Krankenhaus von Zagreb berichtete der 29-jährige Deutsch-Franzose Nicolas aus Berlin, ihn habe eine Kugel getroffen als er im „offiziellen Einsatz der kroatischen Armee" eine Artillerie-Stellung in einem bosnischen Dorf angriff.

von dessen Mitgliedern etliche der extremen Rechten zugerechnet wurden.[40] Über diesen Freiwilligenverband war in den Jahren zuvor in zahlreichen Pressetexten[41], Fernsehbeiträgen[42] und Fachbüchern berichtet worden. Ein Fernsehteam von Spiegel-TV besuchte den Freiwilligenverband um Faci im kroatischen Badeort Klek. Zu sehen sind eine wehende Hakenkreuzfahne, SS-Uniformen und Hitlergrüße der „Einheit Chicago". Diese gehörte zur extrem rechten HOS-Miliz des kroatischen Nationalisten Dobroslav Paraga und agierte im Krieg als Teil der regulären kroatischen Armee. Mit dem damals 29-jährigen Freiwilligen „Nicolas" und dem damals 36-jährigen Michel Faci sprach 1992 der SPIEGEL-Redakteur Clemens Höges: „Nicolas, einen Deutsch-Franzosen aus Berlin, erwischte die Kugel aus fünf Metern Entfernung, als Chicago seine Jungs eine Artillerie-Stellung in einem bosnischen Dorf angreifen ließ."[43] Wer heute nach Nicolas Peucelle sucht, findet einen „Balkanexperten", der sich als Autor und Fotograf betätigt. Zu seinen Veröffentlichungen gehören das Buch „Who Is Who In The Balkans" und mehrere Ausgaben eines „Peacekeepers Recognition Guide", versehen mit den Hinweis auf „mehr als 6000 Farbfotos für ein besseres Verständnis". Die Kuratorin und Autorin Hester Keijser vom „Stead Bureau" in Den Haag hat sich die Mühe gemacht die Fotobände von Peucelle zu rezensieren und den Autoren zu beleuchten. Über Peucelle schreibt sie: „that he has or had ties with the extreme right (neo-nazi) movement in Europe, that the French state at one point persecuted him in relation to a war crime commited in former Yugoslavia and that he has fought in the Croatian war in the begining of the nineties. In our book, that counts as a pretty shady character. And this guy published a book used by NATO personel and humanitarian aid workers? It sounds very 'incroyable'[44]. Eine Antwort — scheinbar vom Autor persönlich — findet sich auf dem Fotoblog übrigens auch: „Hi bad boys, thanks for spitting on my books. I can live with that."

Kriegsbeute in Leipziger Immobilien?

„Natürlich sei er auf dem Balkan gewesen, in Kroatien, aber nicht als Söldner", erklärte der Unternehmer Reinhard R. den „Rechte Glücksritter"-AutorInnen und weiter: „Ich habe dort Grundstücksgeschäfte gemacht." Der Kurier-Autor Wilhelm Theuretsbacher — sieben Jahre Berufssoldat, heute Oberst der Miliz und Journalist mit Schwerpunkten zivile und militärische Sicherheit — zitiert hingegen eine Einschätzung der österreichischen Behörden, wonach sich R. 1992 „an zumindest vier Einsätzen der rechtsgerichteten HOS-Milizen in Kroatien" beteiligt haben soll. Er wirft außerdem die Frage auf: „Stammt das Geld für die BBM aus den Kroatien-'Einkünften'?" Laut Handelsregister wurde die Baufirma tatsächlich im Jahr 1992 mit einem Grund- oder Stammkapital von 50.000 DM durch die Geschäftsführer Reinhard R. und Peucelle eingetragen. 2001 verlegte sie ihren Sitz von Linden (Gemeinde Dietramzell) nach Leipzig. Die Zeitschrift „Öffentliche Sicher-



Faksimile: Nicolas Peucelle: „Recognition Guide III“

heit“ — herausgegeben vom österreichischen Bundesinnenministerium — veröffentlichte 1994 den Artikel „Beute als Sold“. Dieser stützt die Vermutung des Österreichischen Kurier, wonach Söldnerbeute aus dem Bosnienkrieg in Deutschland angelegt wurde. Etwa 30 Söldner verdingten sich nach der Behördeneinschätzung im bosnischen Krisengebiet, wobei die kroatische Armee diese nicht entlohnte, sondern ihnen „selbstgemachte Beute als Sold“ überließ. Max Schleifer vom österreichischen Bundesinnenministerium berichtete diesbezüglich: „Viele Söldner wurden durch diese Straftaten reich. Ein Beispiel von vielen: Nach der Rückkehr eines Söldners nach Deutschland fiel den Behörden dessen plötzlicher Reichtum auf. Der Söldner kaufte Grundstücke sowie Häuser und gründete eine Firma, in der er deutsche und österreichische Rechtsextremisten beschäftigt. Während seiner Tätigkeit im jugoslawischen Kriegsgebiet soll er mit anderen Söldnern regelrechte Raubzüge unternommen und auch Flüchtlinge nicht verschont haben. Auf diese Weise soll er zu einem beträchtlichen Vermögen gekommen sein.“[45] Gegenüber der Leipziger Morgenpost erklärte R. dazu im selben Jahr: „Ein Hirngespinst“. Der Sprecher des Wiener Innenministeriums Walter Kratzer konterte: „Wir wissen, daß er in Kroatien Söldner war.“[46] Es ist nicht klar, ob R.'s kurzzeitiges Einreiseverbot in Österreich im Jahr 1994 mit seiner vorherigen Tätigkeit auf dem Balkan zu tun hat.

Die Augen offenhalten

Auch wenn Reinhard R. den Vorwürfen vehement widerspricht und immer wieder versuchte, durch Klagen seinen Namen in der Öffentlichkeit rein zu waschen, so sprechen die hier zusammengetragenen Informationen doch eine andere Sprache. Seine Vergangenheit, seine Seilschaften wie auch seine neuerliche öffentliche Wiederbetätigung für extrem rechte Positionen bezeugen R.'s politische Einstellung. Zugleich wird erneut deutlich, welchen politischen Charakter die Aufmärsche der LEGIDA haben. Darüber hinaus sollte Reinhard R.'s Wiederauftauchen in gewisser Weise als symptomatisch für einen sich derzeit verstärkt wahrnehmbaren Trend verstanden werden: Die politische Wiederbetätigung ehemaliger AkteurInnen der Neonaziszene. Eine antifaschistische Linke sollte das beunruhigen. Denn es ist davon auszugehen, dass der jüngsten Bewegung von rechts damit in erheblichem Maße langjährige Erfahrungen und Netzwerke zur Verfügung stehen. Auch finanziell dürfte sich das Auftauchen alter Bekannter bemerkbar machen, insbesondere wenn sie geschäftlich so erfolgreich sind wie beispielsweise ein Reinhard R. •

1 Zu sehen im Video ab Min. 21:20 unter www.facebook.com/nolegida/?target_post=633840673424700&ref=story_permalink **2** https://www.inventati.org/leipzig/?p=3821 **3** Sieg # 2-3/83 **4** Michael Schomers: „Deutschland ganz rechts - Sieben Monate als Republikaner in der BRD & DDR“, Kiepenheuer & Witsch Köln, 1991, S. 212 f. **5** Wolfgang Purtscheller: „Aufbruch der Völkischen — Das braune Netzwerk“, Picus Verlag Wien, 1993, S. 295 f. **6** Jens Mecklenburg (HG.): „Handbuch deutscher Rechtsextremismus“, Elefanten Press Verlag Berlin, 1996, S. 511. **7** https://althansinfo.wordpress.com/tagebuch-vor-20-jahren **8** Andrea Röpke/Berny Vogl: Rechte Glücksritter in Ostdeutschland. Auf den Spuren der rechten Aufbauhelfer-Ost. In: raumzeit. Monatszeitung aus Nürnberg-Fürth-Erlangen,15.10.2003, Online unter archive.is/0XyaH **9** www.shortnews.de /id/584051/unterlassungsklage-eines-ehemals-politisch-aktiven-rechtsradikalen-abgewiesen **10** Michael Schmidt: „Heute gehört uns die Straße...; Der Inside-Report aus der Neonazi-Szene“, ECON Verlag, 1993, S. 151. **11** Die Presse (Wien), Die „Vapo“ als „Motivation für Idioten“, 14. April 2011. **12** youtube.com/watch?v=QsQsgei98sk ab Minute 40:15 **13** tips.at, Besucher mit mangelndem Interesse an der „lieblichen Seite“ der Region, Johannes Gold, 30. Mai 2012 **14** Zeit Online, Brauner Spuk in den Alpen, Peter Pelinka, 31. Januar 1992 **15** Kurier: „Kameradschaftsführer“ aus NÖ als Demolierer in der ehemaligen DDR, 16. Februar 1994, W. Theuretsbacher **16** Profil #12: „Überall dabei“, Ernst Schmiederer, 17. März 1986 **17** Falter #9/92: Besser als Rauschgift..., Thomas Seifert und Thomas Vašek, S. 8-9 **18** Die internationle Donau-Pleiße Achse, In: Gamma 189 Antifaschistischer Newsflyer Winter2010/11, Online unter https://gamma.noblogs.org/files/2010/12/gamma189_web.pdf **19** Michael Schmidt: „Heute gehört uns die Straße...; Der Inside-Report aus der Neonazi-Szene“, ECON Verlag, 1993, S. 174. **20** Vgl. FN 11. **21** Vgl. FN 15 **22** Wolfgang Purtscheller: „Aufbruch der Völkischen — Das braune Netzwerk“, Picus Verlag Wien, 1993, S. 295 f. **23** Ebd. Vgl. auch: blick nach rechts #7, 4. April 1995 **24** Leipziger Morgenpost, Attentat auf Wiener OB - Verdächtiger Neonazi in Leipzig, 18. Februar 1994 **25** LVZ: Neonazi-Führer aus Österreich in Leipzig abgetaucht. 17. Februar 1994 **26** AIB 23: Das letzte... von der GdNF, 1993 **27** Dagblad De Telegraaf (Amsterdam), Michiel Hoogers, 11. April 1990, vgl. auch blick nach rechts # 4. April 1995 **28** Kurt Tozzer, Günther Zelsacher: „Bombenspuren: Briefbomben und politischer Terror“. S. 182-183 **29** Leipziger Morgenpost, Attentat auf Wiener OB — Verdächtiger Neonazi in Leipzig, 18. Februar 1994 **30** Algemeen Dagblad, 12. April 1990, Kurt Tozzer, Günther Zelsacher: „Bombenspuren: Briefbomben und politischer Terror“. S. 182-183 **31** Falter #9/92: Besser als Rauschgift..., Thomas Seifert und Thomas Vašek, S. 8-9 **32** Vgl. Leipziger Morgenpost vom 18. Februar 1994, blick nach rechts #4 vom 15. Februar 1994 **33** Ebd. **34** La Documentation française — Paris, 2001 . ISBN : 2-11-004986-3 **35** www.legifrance.gouv.fr /affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000394091&dateTexte= **36** Vgl. René Monzat, Enquetes sur la droite extreme, Le Monde éditions 1992, S.28. **37** Zeit Online, Merkwürdige Allianzen, Gisela Dachs, 2. August 1991 **38** http://reflexes.samizdat.net/michel-faci-alias-michel-leloup/ **39** fr.wikipedia.org/wiki/Michel_Faci **40** www.unhchr.ch/Huridocda/Huridoca.nsf/0/2255b505361a94dc8025677400365d76?Opendocument **41** http://reflexes.samizdat.net/les-phalanges-du-desordre-noir **42** www.youtube .com/watch?v=-VghHABmD_c **43** DER SPIEGEL 39/1992,: Und morgen schon tot, Clemens Höges **44** www.beikey.net/mrs-deane/?p=526 **45** Öffentliche Sicherheit Nr. 10/1994: Beute als Sold. Max Schleifer. S. 24 **46** Leipziger Morgenpost, Attentat auf Wiener OB - Verdächtiger Neonazi in Leipzig, 18. Februar 1994

NS-SZENE

Nach beinahe drei Jahren Prozessdauer schleppt sich die Verhandlung seit dem Spätsommer 2015 mehr schlecht als recht dahin. Lange Zeit konnten sich die Prozessbeteiligten nicht so recht erklären, warum der Vorsitzende die Beweisaufnahme auf ein Minimum heruntergefahren und den Prozess beinahe zum Stillstand hatte kommen lassen, als ziemlich überraschend die Mitteilung kam, Beate Zschäpe würde eine Einlassung abgeben.

Das lange Ende: Zwischenstand im NSU-Prozess

RA ALEXANDER HOFFMANN

■ Am 10. November 2015 teilte der Vorsitzende mit, was die Presse schon am Vortag berichtet hatte: Bereits am 31. August 2015 hatte Rechtsanwalt Borchert, der Kanzleisenior des neuen Pflichtverteidigers Grasel ihm gegenüber eine Einlassung Zschäpes angekündigt. Gleichwohl hatte es der Vorsitzende bis zu diesem Zeitpunkt nicht für nötig gehalten, die anderen Prozessbeteiligten zu informieren. Grasel erklärte, es würden Fragen des Gerichts, aber nicht Fragen der Nebenklage beantwortet, und das schriftlich über ihn oder Rechtsanwalt Borchert.

Diese Ankündigung löste einen Reigen von Anträgen aus, der bis heute nicht abklingt: Entpflichtungsanträge der Altverteidiger_innen, Befangenheitsanträge der Verteidigung Ralf Wohlleben, alle für das Verfahren nicht wirklich gefährlich aber doch massiv.

Kurz nach Bekanntwerden der Entscheidung Zschäpes erklärte dann auch die Verteidigung Wohlleben, dieser werde ebenfalls eine Erklärung „selbst" abgeben und die Fragen aller Prozessbeteiligten beantworten. Der Vorsitzende kann nunmehr immerhin für sich als Erfolg verbuchen, dass die zwei Hauptangeklagten ihr Schweigen brechen.

Die Erklärung Zschäpes

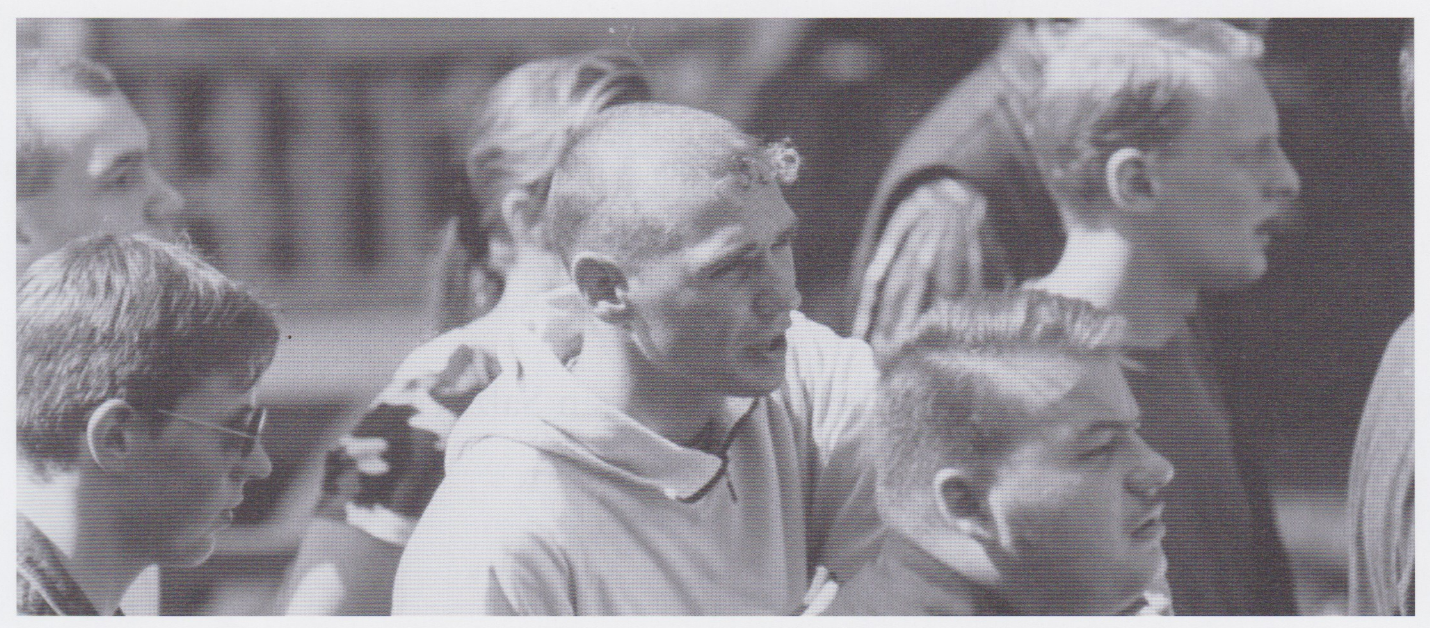
Am 9. Dezember 2015 verlas dann schließlich, nach erneutem hin und her, Zschäpes Verteidiger Grasel eine Einlassung, wonach sie mit den Taten des NSU nichts zu tun gehabt habe. Die über 50 Seiten lange Einlassung wirkte vollkommen unglaubwürdig. Die zwei zentralen Aspekte der Einlassung sind eine vorgetragene Entschuldigung gegenüber den Opfern sowie die Behauptung, Zschäpe habe immer erst nach den Straftaten durch Böhnhardt und Mundlos von diesen erfahren und habe sich nicht von den Beiden trennen wollen, weil sie Angst hatte, sie würden hierauf mit Suizid reagieren.

Die Erklärung Zschäpes ist völlig lebensfremd, konstruiert und trieft in Teilen vor Selbstmitleid. Zwar wird bei jeder überfallenen Bank detailliert das Datum und die Adresse mitgeteilt, bei vielen der Mordopfer wird dagegen nicht einmal der Name genannt. Und am Ende erdreistet sie sich, eine „Entschuldigung" für ihre „moralische Verantwortung" abzugeben. Gleichzeitig verkündet ihr Rechtsanwalt Grasel, weder Fragen der Nebenklägervertreter noch der Nebenkläger_innen selbst würden beantwortet.

Zschäpe deckt weiterhin alle NSU-UnterstützerInnen. Sie sagte kein Wort zur Rolle des Angeklagten André Eminger, der bis zuletzt zum engsten Umfeld von ihr, Mundlos und Böhnhardt zählte, kein Wort zu den zahlreichen Neonazis aus dem Umfeld der „Kameradschaft Jena" und von „Blood & Honour" Chemnitz, die dem Trio beim Untertauchen halfen – und das, obwohl sie natürlich sehr genau Angaben zu diesen hatte machen können. Lediglich die Neonazis Tino Brandt, Thomas Starke und Jan Werner werden erwähnt. Letzterer habe Böhnhardt und Mundlos eine Waffe besorgen wollen, sie sei sich zwar nicht sicher, glaube aber, es sei auch von einem Schalldämpfer die Rede gewesen. Offensichtlich ein Versuch, Zweifel an der Lieferkette der Ceska von der Schweiz über Wohlleben und Carsten Schultze zum NSU zu wecken.

Die Einlassung Wohllebens — das 11. Opfer

Schon am 16. Dezember 2015 folgte auch die Einlassung Wohllebens. Er bestreitet die ihm von der Anklage vorgeworfenen Taten. Er habe zwar seinen Freunden beim Untertauchen geholfen, es aber niemals für möglich gehalten, dass diese solche Straftaten begehen. Er sei davon ausgegangen, dass Uwe Böhnhardt die Waffe nur haben wollte, um sich im Falle einer Festnahme selbst zu töten. Er habe sich in seiner politischen Arbeit, aber auch privat immer gegen die Anwendung von Gewalt, insbesondere gegen fremdenfeindliche Gewalt ausgesprochen: Wohlleben inszeniert sich als Opfer. Als Opfer der Wende, welche nicht die von ihm gewünschte nationalistische



Der Funktionär des Thüringer Heimatschutzes André Kapke (vorne rechts) und Uwe Mundlos (mitte) beim Heß-Gedenkmarsch am 17. August 1996 in Worms.

Ausrichtung brachte, sondern Globalisierung, Migration und Kapitalismus. Als Opfer der Polizei, die willkürlich gegen „Nationalisten" vorgegangen sei. Als Opfer der Antifa, die ihn und seine Kameraden immer wieder angegriffen habe. Als Opfer der Mitangeklagten Thomas Gerlach und Schultze, die nicht nur sich selbst, sondern auch ihn belasten.

Bemerkenswert an der Erklärung Wohllebens ist, dass sie ähnlich der Einlassung Zschäpes stark auf den angeblichen Selbstmordplan Böhnhardts aufbaut. Wo Zschäpe allerdings abstruse Erklärungen für bestimmte Behauptungen gesucht hat, beschränkt sich Wohlleben auf das bloße Leugnen. Wo Zschäpe ihre politische Einstellung zu verbergen versucht hat, nutzt Wohlleben den Auftritt im Gerichtssaal für politische Propaganda, verliest ausführlich aus dem Aufruf zum von ihm mitveranstalteten „Fest der Völker", spielt ein Neonazi-Propaganda-Video ab, das Theorien des „Ethnopluralismus" darstellt.

Die Wohlleben stark belastenden Aussagen der Angeklagten Schultze und Gerlach, die zu einem frühen Zeitpunkt bereits gegenüber der Polizei gemacht worden sind und später vor Gericht wiederholt wurden, werden sich mit bloßem Leugnen nicht widerlegen lassen, zumal eine Einlassung zu einem so späten Zeitpunkt, die auf die bereits durchgeführte Beweisaufnahme zugeschnitten ist, ohnehin nur geringen Beweiswert hat.

Im Übrigen zeigte sich schon bei der allerersten Frage an Wohlleben, dass er seine Ankündigung, er wolle alle Fragen beantworten, nicht durchhalten wird: gefragt nach dem Passwort seiner verschlüsselten Festplatte, weigerte er sich, dieses herauszugeben und behauptete, die Daten seien identisch mit denen auf der nicht verschlüsselten Platte. Eine wenig plausible Erklärung — wenn die Dateien mit den schon bekannten Daten identisch wären, wäre es ja kein Problem, das Passwort herauszugeben.

Das lange, lange Ende

Die Fortsetzung der Einlassung Zschäpes zieht sich dahin. Nach wie vor hat Zschäpe noch nicht auf alle ihr gestellten Fragen antworten lassen. Dieses Spiel wird sich mit Sicherheit noch bis in den Frühsommer 2016 hinziehen. Währenddessen werden nun die letzten Bank- bzw. Postüberfälle abgearbeitet. Ende März soll nun auch nochmals die Ehefrau des Käufers der Ceska Germann in der Schweiz vernommen werden. Damit könnte die Beweisaufnahme eigentlich bald abgeschlossen werden. Allerdings hat der Vorsitzende bislang noch versäumt, einen großen Teil der Asservate und für die Ermittlungen relevanten Beschlüsse ordnungsgemäß einzuführen. Außerdem hat er zuletzt angefangen, Zeugen aus dem kriminellen Milieu Jenas der 1990er und 2000er Jahre zu laden. Diese hatten zahlreiche Beziehungen zur Neonaziszene, aus der sie größtenteils selbst stammten, und könnten Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos mit Waffen beliefert haben. Bislang gibt es allerdings keinen ernstzunehmenden Hinweis darauf, dass dies tatsächlich so war und dass dabei auch eine Waffe mit Schalldämpfer im Spiel war.

Vorsorglich hat das Gericht inzwischen allerdings fast alle Beweisanträge der Nebenklage abgelehnt, die auf Aufklärung der Verstrickungen des Inlandsgeheimdienstes gerichtet waren. In einem dieser ablehnenden Beschlüsse führt der Senat aus, die Frage ob und warum ein Beamter im Bundesamt für Verfassungsschutz die Vernichtung von V-Mann-Akten anordne, ließe keinen unmittelbaren oder mittelbaren Zusammenhang mit der Schuld- und/oder Straffrage hinsichtlich der angeklagten Personen erkennen.

Damit ist deutlich: das zwischenzeitlich geweckte Interesse des Gerichts an der tatsächlichen Einbindung des NSU in Neonazinetzwerke und die Verstrickung des Inlandsgeheimdienstes ist erloschen. Der Senat bereitet sich auf das Urteil vor, das womöglich doch zu der völlig eingeengten Sicht der Anklage der Bundesanwaltschaft, dem NSU als isolierte Gruppe von drei Personen, zurückkehrt. •

NS-SZENE

Die Brandstifter aus der Nachbarschaft

Über die rassistischen Anschläge in Salzhemmendorf und Groß Lüsewitz

Eine Welle rassistisch motivierter Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte überzieht seit Monaten die Bundesrepublik. Die Initiative „Rechtes Land" verzeichnet für das Jahr 2015 158 Brandanschläge und Sprengstoffdelikte, die sich gegen Geflüchtete richteten, das Bundeskriminalamt (BKA) spricht von 95 Brandstiftungen. Das es bisher nicht zu Toten kam ist reiner Zufall. Die TäterInnen konnten nur in Einzelfällen von der Polizei ermittelt werden. Das Spektrum reicht hierbei von rassistischen „Wutbürgern" aus dem bürgerlichen Milieu[1] bis hin zu organisierten Neonazis. Dazwischen befinden sich die vielen AnhängerInnen einer rechten Lebenswelt, welche als potentielle TäterInnen in Betracht kommen. Wir wollen hier auf zwei der wenigen aufgeklärten rassistische Brandanschläge konkreter eingehen, um darzustellen, welche TäterInnen, welches Umfeld und welche Dynamiken hinter solchen Anschlägen stehen können.

Salzhemmendorf, Niedersachsen

In den frühen Morgenstunden des 28. August 2015 wurde ein brennender Molotow-Cocktail durch das Erdgeschossfenster einer Flüchtlingsunterkunft in Salzhemmendorf bei Hameln geworfen. In der Wohnung lebte eine Frau mit ihren drei Kindern (4, 8 und 11 Jahre). Betroffen von dem Angriff war das Kinderzimmer des 11-jährigen Kindes, das zum Glück in dieser Nacht in einem Nebenraum schlief. Durch Zeugenaussagen konnten die TäterInnen schnell ermittelt werden. Der 25-jährige Sascha Dohme aus Salzhemmendorf befindet sich seit Ende August 2015 wegen versuchten Mordes in Untersuchungshaft. Ebenso die 24-jährige Saskia Börger aus Springe und der 31-jährige Dennis Lemke aus Lauenstein. In der Garage von Dennis Lemke hatten die Drei RechtsRock der Bands „Kategorie C", „Sturmwehr" und „Nordfront" gehört und sich über die massiven rassistischen Angriffe auf die Flüchtlingsunterkunft in Heidenau (Sachsen) unterhalten. Im Laufe des Abends begannen Lemke und Dohme den für den Brandanschlag verwendeten Molotow-Cocktail herzustellten. Anschließend fuhr Saskia Börger mit Sascha Dohme und Dennis Lemke in die Nähe der Flüchtlingsunterkunft, wo Lemke die Brandflasche durch das Kinderzimmer-Fenster warf. Nach der Tat holte Sascha Dohme noch seine Feuerwehr-Ausrüstung ab, um bei der Löschung des gelegten Brandes mithelfen zu können.

Dennis Lemke wurde von seinen Freunden und Bekannten als „nicht rechts" beschrieben. Doch in „Whats App"-Chats mit seinen Freunden wurde das Gegenteil deutlich. Der 16-jährige Florian R. beschwerte sich im Chat über ein angebliches „Asylantenheim" und herumlaufende „paselacken". Lemke riet ihm daraufhin „Schmeiss mit Pflastersteine!". Das reichte Florian R. offenbar als Handlungsoption nicht aus. Denn er fuhr mit den Worten fort: „Die grundschule wird n asyl heim (...) Ich bete drum das sie abgefackelt wird." Zur Bekräftigung schickte er noch ein Bild einer Figur mit Hitlergruß und Hakenkreuz hinterher. Zu den Freunden von Sascha Dohme zählte der 22-jährige Robert Sch. aus Salzhemmendorf. Robert Sch. war Jugendwart bei der Feuerwehr und kannte daher auch Sascha Dohme, der mit ihm zusammen in der Einsatzabteilung der Feuerwehr aktiv war. In privaten Chats wurde auch mit ihm offen geredet. So schrieb Robert Sch. an Dennis Lemke: „Diese Gruppe ist hitlertastisch" und „Sieg Heil sieg heil ist unser Schrei, mit eurem eu eu eu ist es jetzt vorbei!!!". Als Ende Oktober 2014 etwa 4.000 rechte Hooligans, Neonazis und RassistInnen auf einer Demonstration der „Hooligans gegen Salafisten" (HoGeSa) in Köln demonstrierten und randalierten wurde dies von Dennis Lemke und Robert Sch. live kommentiert. Der Feuerwehr-Jugendwart Robert Sch. wusste hierzu fachkundig beizusteuern: „Alle anstecken!!!" und „die Salafisten in Brand stecken!!".

Sascha Dohme und Dennis Lemke zeigten auf ihren facebook-Accounts diverse Sympathien für „patriotische" bis neonazistische Musik-Projekte. So markierte Dohme die Neonaziband „Kraftschlag", den Sänger der RechtsRock Band „Kategorie C" Hannes Ostendorf und die Band „Frei.Wild" mit „Gefällt mir". Dennis Lemke gefielen „Hannes Ostendorf", „Frei.Wild" und die „Böhsen Onkelz". Die facebook-Kommunikation zwischen den Beiden war von Gewalt und





Saskia Börger und Dennis Lemke im Prozeß wegen versuchten Mordes vor dem Landgericht Hannover.

Menschenverachtung geprägt: „Schlagt sie tot!!!" — „Wen denn jetzt schon wieder" — „Für manche Menschen hätte eine Dusche aufbleiben sollen !! :-)" — „Hehe".

Verhältnißmäßig moderat trat Saskia Börger bei facebook auf. Sie postete lediglich den Spruch „Leg mir Steine in den Weg und ich schwöre dir, ich werf sie dir in die Fresse". Und wie den anderen beiden Beschuldigten gefiel auch ihr der RechtsRocker „Hannes Ostendorf". Doch in „Whats App"-Chats zeigt sie deutlich politischere Ansichten. In einem Chat mit Sascha Dohme freute sich dieser darüber, daß sein 2-jähriger Sohn bereits das Wort „Hitler" sagen kann. Daraufhin berichtete Saskia Börger, daß ihr 2-jähriger Sohn bereits „Sieg Heil" aussprechen kann.

Das Sascha Dohme auch im real life Bezüge zur rechten Lebenswelt hatte belegt einen schwarz-weiß-rote Reichsfahne, die er zu Hause hatte. Der Polizei war er bereits durch ein Ermittlungsverfahren wegen des Rufens von Neonazi-Parolen bekannt. Bei Dennis Lemke fand sich eine Kundenkarte der „Thor Steinar"-Firma „Skytec Outlets GmbH" aus Brandenburg. Die Modemarke „Thor Steinar" erfreut sich seit einigen Jahren in der rechten Szene einer hohen Beliebtheit und wird dabei auch als eine Art diskretes politisches Erkennungszeichen genutzt.

Groß Lüsewitz, Mecklenburg Vorpommern

Bereits in der Nacht zum 12. Oktober 2014 verübten Rassisten einen Brandanschlag auf eine bewohnte Flüchtlingsunterkunft in Groß Lüsewitz in Mecklenburg Vorpommern, nahe Rostock. Einer der Brandsätze setzte dabei ein Fenster in Brand und nur durch Glück kam niemand zu Schaden. Schon zuvor war von Unbekannten die Parole „Dieser Block wird brennen" an die Hausfassade geschrieben worden. Bereits im Dezember 2013 stand die elf Meter lange Parole „Dass Deutsche Volk geht vor, Ausländer Nein Danke wir haben genug" an der damals noch geplanten Flüchtlingsunterkunft. Nach mehreren Monaten Ermittlungsarbeit gelang es der Polizei zwei Männer aus der Region als Tatverdächtige für den Brandanschlag zu ermitteln. Unter den EinwohnerInnen im Dorf waren die beiden Täter bis dahin schon lange bekannt. Die Beiden sollen sich beim Biertrinken erst über die „Ausländerproblematik" ausgetauscht haben, bevor sie sich mehr oder weniger spontan zu dem rassistischen Brandanschlag entschieden. Die entsprechenden Gerüchte und Stadtgespräche erreichten mit langer Verzögerung schließlich auch die Polizei. Der 26-jährige Florian Hillner aus Kösterbeck/Broderstorf befindet sich seit Mitte August 2015 wegen versuchtem Mord und Brandstiftung in Untersuchungshaft. Ebenso der 25-jährige Thomas Hocke aus Groß Lüsewitz. Hocke hatte zuvor noch erfolglos versucht die Ermittler mit einem falschen Alibi seines Bekannten Ronny Sch.-B. aus Rostock zu täuschen. Doch dieser räumte die falsche Aussage später bei einer erneuten Vernehmung ein. Der 26-jährige Ronny Sch.-B. wusste zu berichten, das Thomas Hocke politisch eher „neutral" sei, aber schon mal zu Aufmärschen gegangen sei. Er selbst hätte an einer PEGIDA-Demonstration teilgenommen und sei der Auffassung, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben würden. Als Ronny Sch.-B. das falsche Alibi platzen ließ besorgte sich Hocke bei seinem Bekannten Sascha Tsch. Quarzsandhandschuhe. Diese bräuchte er, da ein „Kumpel" vor Gericht „gelabert" habe, hatte er ihm vorher erklärt. Seine Hände seien frisch tätowiert und dürften nicht „aufplatzen". Sascha Tsch. wohnte zu diesem Zeitpunkt in einer Gar-



Foto: Sören Kohlhuber

(1) Thomas Hocke bei einem NPD-Fackelmarsch am 8. Mai 2014 in Demmin.

tenlaube auf einer Gartenparzelle von Hocke in Rostock. Als diese im Zuge der Festnahme von Hocke von der Polizei durchsucht wurde fanden die Ermittler u.a. eine Ausgabe des Mitteilungsblattes der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern „Der Ordnungsruf", einen Pullover mit der Aufschrift „NS Hardcore — Brutal NS Music" und mehrere Plakate der NPD („Arbeit statt Einwanderung!", „Asylbetrüger raus!") an den Wänden. Nichts davon werteten die Staatsschutz-Ermittler als „verfahrensrelevanten Gegenstand".

Versuchter Mord als Protest ?

Als Motiv für den Brandanschlag sieht die Staatsanwaltschaft „Rassenhass und Ausländerfeindlichkeit", obwohl beide Neonazis dem Staatsschutz unbekannt waren. Ein Blick auf die facebook-Profile, die Computer und die Handys der beiden Neonazis ließ keinen Raum für andere Interpretationen als eine „rechtextremistische Gesinnung". Auf Hockes Computer befand sich u.a ein Foto, von Adolf Hitler mit dem Spruch: „Neger...? Es gibt keine Neger. Es gibt nur schlecht verbrannte Juden." Von Florian Hillner und Thomas Hocke wurden Fotos festgestellt, die sie mit Hitlergruß vor Hakenkreuzfahnen zeigten. Hillner trug dabei auch noch ein T-Shirt mit dem Zeichen der SS. Im Internet kommentierten beide bereits im Dezember 2013 öffentlich eine Meldung über eine rassistische Parole an der geplanten Flüchtlingsunterkunft. Hocke alias „Thomas von Hier" fragte „Warum soll ich denn nicht sagen dürfen was ich von Ausländern halte oder schon immer über Fremde gedacht habe? Huh?" und gab Insider-Wissen zu der Wohnlage der Flüchtlinge in der Unterkunft preis: „Also man sagt ja die größte Scheisse schwimmt in Gülle immer oben aber in diesem Fall wohnt sie oben." Hillner verwies auf „Stahlgewitter" — eine neonazistische Musikband und schrieb u.a.: „(...) es gibt genug schein asylanten die hier nach Deutschland kommen(...)." Hocke gab nach seiner Verhaftung gegenüber der Polizei an, der Brandanschlag sei eine „bloße Protestaktion" für die Öffentlichkeit gewesen. Er habe sich nicht gegen Ausländer gerichtet. Die Politiker sollten vielmehr darauf hingewiesen werden, dass es nicht richtig sei, in „Ausländerfragen" Entscheidungen über die Köpfe der Bürger hinweg zu treffen. Die beiden Neonazis wurden Anfang März 2016 zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Weitere Täter unbekannt ?

Für die Ermittler steht fest, dass nur die zwei inhaftierten Neonazis für den Brandanschlag angeklagt werden müssen. Ob es sich aber tatsächlich um eine isolierte Tat handelt erscheint schon aufgrund der politischen Verortung von Hockes Freunden Sascha Tsch. und Ronny Sch.-B. fraglich. Zumindest Hocke war außerdem so eng an die organisierte Neonazi-Szene angebunden, dass er an Demonstrationen in Rostock und Demmin teilnahm. Auch andere Spuren in die rechte Szene scheinen nicht wirklich ernsthaft ermittelt worden zu sein. Einige Tage nach dem Anschlag geriet beispielsweise der Neonazi-Aktivist Björn A. in den Fokus der Ermittlungen. Zwei Personenspürhunde waren mit der Geruchsspur des Molotow-Cocktails in Sanitz unterwegs und führten die Ermittler unabhängig voneinander zu dessen Mehrfamilienhaus. Im Gegensatz zu Hocke und Hillner war Björn A. dem LKA als Besucher von Neonazi-Konzerten und rechten Demons-



Thomas Hocke (1) und Florian Hillner (2) bei einer NPD-Demonstration am 1. Mai 2014 in Rostock.

trationen bekannt. Die folgenden Ermittlungen ergaben Hinweise auf persönliche Kontakte zu führenden NPD-Funktionären. Doch nach Einschätzung der Ermittler ließ sich der Tatverdacht gegen Björn A. nicht weiter erhärten und das Ermittlungsverfahren wurde bereits Anfang März 2015 eingestellt. Unklar blieb bisher auch die Rolle des deutschen Mitbewohners des angezündeten Objektes Ingo B. aus Groß Lüsewitz. Hocke gab an, über dessen facebook-Account Kenntnisse über die Flüchtlingsunterkunft im selben Haus erhalten zu haben. Der Rostocker Staatsschutz überprüfte den Account und gab Entwarnung: Es seien keine Einträge mit einem Zusammenhang zu der Flüchtlingsunterkunft in Groß Lüsewitz vorhanden. Das Ingo B. ein Bild mit dem Spruch: „Lieber mehr Rente für Oma und Opa als immer mehr für Integrationsunwillige aus Südosteuropa. Denn, wir haben genug eigene Bedürftige in unserem Land!" veröffentlicht hatte, fiel dem Staatsschutz entweder nicht auf oder erschien ihm nicht relevant. Der öffentliche Kommentar von Ingo B. zu dem Bild: „dem kann man nur noch hinzufügen, dass oma und opa deutschland aufgebaut und das geld erarbeitet haben, das heute für asylbewerber ausgegeben wird, die in der mehrzahl wirtschaftsflüchtlinge sind," war dem Rostocker Staatsschutz auch keine weiteren Nachfragen wert.

Von der Hetze zum Brandsatz

Die Brandanschläge aus Groß Lüsewitz und Salzhemmendorf zeigen, daß die TäterInnen in diesen Fällen keine angereisten Neonazi-Kader waren, die ihre Taten im Vorfeld besonders gut geplant und vorbereitet hatten. Dass es auch solche TäterInnen gibt ist anzunehmen, doch sie lassen sich offenbar nicht so leicht durch die Polizei ermitteln. Die TäterInnen in Groß Lüsewitz und Salzhemmendorf waren in den beschriebenen Fällen durch ihr mehr oder weniger spontanes und unprofessionelles Handeln leicht zu ermitteln. Sie sind in der Gegend wohnhaft und hatten im Vorfeld offen in sozialen Netzwerken gegen Flüchtlinge gehetzt. Sie waren Teil einer rechten Lebenswelt am Rande von fest organisierten Strukturen und fanden sich über freundschaftliche Kontakte in gleichgesinnten Cliquen zusammen. Einige von ihnen nahmen an Neonazi-Aufmärschen teil, einige trugen Kleidung der rechten Szene, alle konsumierten RechtsRock und die meisten machten im engeren Freundeskreis kein Geheimnis aus ihrer Menschenverachtung und ihrer Sympathie für den Nationalsozialismus. Trotzdem wurden sie in mehreren Fällen von ihren Bekannten, Arbeitgebern oder Familienmitgliedern als nicht politisch oder schon gar nicht als rechts wahrgenommen und beschrieben. Auch dieses Rand-Milieu der Neonazi-Szene müssen AntirassistInnen und AntifaschistInnen offenbar genau im Auge behalten, wenn sie der rassistischen Terrorwelle wirksam entgegentreten wollen. Die TäterInnen sind manchmal genau die, von denen man es erwartet: Die rassistischen facebook-HetzerInnen aus der Umgebung. •

1 In Eschenburg in Schleswig Holstein zündete Anfang Februar 2015 der 39-jährige Finanzbeamte Kim M. ein benachbartes Haus an, in dem Flüchtlinge einziehen sollten.

NS-SZENE

Ob im sächsischen Übigau oder in Düsseldorf: Selbsternannte Bürgerwehren laufen „Streife“ und wollen für das sorgen, was sie unter „Ordnung“ verstehen. Rassismus und gewalttätige Allmachtsfantasien inklusive.

Sicherheit für Deutsche

Bürgerwehren bieten der extremen Rechten ein neues Aktionsfeld

Nach den Silvesterereignissen in Köln gab es kein Halten mehr. Der mediale Diskurs um die Kölner Silvesternacht verlieh rassistisch konnotierten Unsicherheitsdebatten die bisher höchste Aufmerksamkeit. Hooligangruppen, sonst primär am Fankult für Fußballclubs interessiert, verkündeten, es sei nun Zeit, sich für die Sicherheit von „uns Deutschen“ zu engagieren. Doch das Geschehen in Köln war nur der Katalysator für einen seit Mitte 2015 einsetzenden Boom des Aufrufes zur Gründung von Bürgerwehren. Bereits im Februar 2015 wandte sich die „Leipziger Bürgerwehr“ an Social Media-Nutzer_innen. Man suche Spenden für die eigene Ausrüstung: Funktechnik und stichfeste Westen. In Magdeburg machte Ende vergangenen Jahres eine „Bürgerwehr Magdeburg“ von sich reden. Nach der Vergewaltigung einer Frau durch einen afghanischen Asylsuchenden brachen sich die Gewaltfantasien nicht nur virtuell Bahn. Hooligans und Neonazis verabredeten sich via Internet zur Jagd auf Migrant_innen. In einer geschlossenen „Bürgerwehrgruppe“ auf facebook, in der sich Hooligans und Aktivisten der Partei „Die Rechte“ tummeln, erging man sich in Gewaltaufforderungen gegenüber Geflüchteten und lokalen Politiker_innen von Grünen und Linken.

Gerüchte, Kriminalitätsangst, Rassismus

Eine Zutat, die dem Diskurs über die angebliche Notwendigkeit von Bürgerwehren Nahrung gibt, sind Gerüchte über Asylsuchende. Diese kursieren nicht nur in rassistischen Foren. Nachrichten über angeblich straffreien massenhaften Ladendiebstahl durch Geflüchtete finden im Netz — auch in unpolitischen Kontexten — weite Verbreitung. Verstärkt wird die Glaubwür-



screenshot exakt/ MDR

Die Bürgerwehr „Klingenthal passt auf“ patroulliert im Vogtland.

digkeit und Reichweite solcher Gerüchte durch den wiederkehrenden Verweis, dass Behörden wie Polizei und Justiz aus der Politik angewiesen seien, über die Kriminalität von Geflüchteten zu schweigen. Aus Debatten um die Innere Sicherheit ist bekannt, dass einem einmal angelaufenen Unsicherheitsdiskurs mit Zahlen und Fakten nicht beizukommen ist. Mag die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden, noch so gering sein; politische und mediale Diskurse um Kriminalität personalisieren und emotionalisieren das Kriminalitätsgeschehen. Im Mittelpunkt steht der Einzelfall, nicht seine statistische Relevanz. So befördern solche Debatten die Ethnisierung und Diskriminierung ganzer Gruppen.

Bürgerwehr als Männerbund

Es sind zumeist Männer, die sich dazu berufen fühlen, als Hilfsheriffs aufzutreten. In Internetforen lassen sich zahlreiche Gruppen finden, die verkünden, zur Stabilisierung der öffentlichen Sicherheit in ihrem Ort beitragen zu wollen und darauf eine durchaus hohe Zustimmung erfahren. Die heutige digitale Infrastruktur gibt den selbsternannten Bürgerwehren technische Mittel in die Hand, über die früher nur die Polizei verfügte. So verabreden sich UnterstützerInnen aus facebook-Foren zu Streifen durch Stadtteile, Einfamilienhaussiedlungen und Kleingärten. Nachrichten über tatsächliche oder vermeintliche lokale Schwerpunkte von Einbrüchen machen die Runde. Dass im Mittelpunkt dieser Rundgänge nicht die soziale Nachbarschaftshilfe, sondern die reaktionären und rassistischen Weltbilder ihrer Mitglieder stehen, wird in Berichten klar, aus denen hervorgeht, wie die selbsternannten Ordnungswächter agieren. Da werden Migrant_innen observiert oder arglose Bürger_innen unter Verdacht gestellt, die es wagen, mit ortsfremden Kennzeichen mehrfach die Hauptstraße zu kreuzen, oder sich sonstwie ortsunkundig verhalten.

Dass sich Waffennarren, Uniformfetischisten, Rocker und Neonazis von Initiativen zur Gründung von Bürgerwehren magisch angezogen fühlen, liegt auf der Hand. Die Vorstellung, die Ausübung von Recht und Gewalt in die eigenen Hände nehmen zu können, weckt die autoritären Selbstermächtigungsfantasien dieser Gruppen. Wer sich die Profile der UnterstützerInnen von Bürgerwehrgruppen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen oder auch NRW ansieht, findet dort prominente und weniger prominente Neonazis, die aus ihrer Gesinnung keinen Hehl machen. Und so waren manche öffentlich angekündigten Patroulliengänge einem demonstrativen Schaulaufen der neonazistischen Szene nicht unähnlich. Ihre Wirkung erzielen die Bürgerwehren mit den Mitteln der Psychologie. Patroulliengänge stellen eine soziale Raumnahme dar. So demonstrieren rechte Bürgerwehren, welche Ordnung es ist, die sie meinen. Ihre symbolische Sanktionsmacht ist adressiert an das Unsicherheitsgefühl der Bürger_innen und ihre Vorstellungen von migrantischen Straftätern. Ebenso wird an die Überzeugung rechter Milieus adressiert, die politische Klasse mache den Staat und die Innere Sicherheit zur Beute ihrer Flüchtlingspolitik und dagegen müsse man sich aktiv wehren.

Juristisch ist die Lage klar. Auch wenn Uniformen und ein polizeiähnliches Auftreten es vielleicht nahelegen, verfügen Bürgerwehren über keinerlei Kontroll- oder Exekutivrechte. Sie unterliegen dem sogenannten „Jedermannsrecht". Demnach kann jede Person durch Maßnahmen der Notwehr Straftaten verhindern und Straftäter bis zum Eintreffen der Polizei festhalten. Personenkontrollen und Platzverweise oder die Anwendung unmittelbaren Zwangs sind tabu.

Die Politik reagiert ambivalent auf das Phänomen der Bürgerwehren. Während die AfD Sachsen-Anhalt etwa in ihrem Wahlprogramm eine „Bürgerwehr" im Status einer Hilfspolizei fordert, sehen andere Politiker_innen das Gewaltmonopol des Staates in Frage gestellt. Zugleich jedoch erwägen einige Bundesländer wie z.B. Sachsen die Ausbildung einer ebensolchen Hilfs- bzw. Wachpolizei, die bei der Bewältigung der Aufgaben im Kontext der Aufnahme von Geflüchteten helfen soll. Die Befürworter_innen beteuern die sorgfältige Auswahl der Bewerber_innen für diese Jobs. Die Praxis hingegen ist ernüchternd. Die in Westberlin im Kalten Krieg rekrutierte „Freiwillige Polizeireserve" (FPR) erwies sich als Sammelbecken für Neonazis und Kriminelle und musste 2002 aufgelöst werden. Dass in diesem Metier der Bock schnell zum Gärtner gemacht wird, zeigen die bundesweit zahlreichen Beispiele von Neonazis, die in der Securitybranche tätig sind. Viele verdienen ihr Geld ausgerechnet mit der Bewachung von Geflüchtetenunterkünften, bis Medien oder antifaschistische Gruppen diesen Umstand thematisieren.

Kritik am Konzept Bürgerwehr kommt von den Polizeigewerkschaften, die deren Entstehung als Beleg für ihre These heranziehen, die angeblich dramatische Kriminalitätsentwicklung, steigende Gewaltbereitschaft und der abnehmende Respekt gegenüber Polizist_innen verweise auf einen dringenden Handlungsbedarf bei der personellen, finanziellen und technischen Ausstattung der Polizei. Dass es zugleich aber innerhalb der Polizei durchaus Symphatiebekundungen für autoritäre Selbstermächtigungsfantasien aus dem rechten Wutbürgermilieu gibt, wurde exemplarisch dort deutlich, wo Polizisten gezielt Informationen über politische Gegner_innen an die regionale rechte Szene durchreichten oder sich positiv zu Forderungen von PEGIDA äußerten.

In der extremen Rechten haben Bürgerwehren eine lange zurückreichende Tradition. Die Vorstellung, sich alsbald in einem Bürgerkrieg gegen Migrant_innen zu befinden, ist Gegenstand der Texte zahlreicher RechtsRock-Songs, in denen offensiv das Prinzip Bürgerwehr propagiert wird. Nicht selten stehen die historischen Freikorpsverbände hierfür Pate. Die paramilitärischen Freikorps der frühen 1920er Jahre rekrutierten ihre Mitglieder nicht nur aus Soldaten der Reichswehr, sondern auch aus den gegenrevolutionären „Einwohnerwehren", die in Straßenkämpfen und Fememorden ihrem Haß gegenüber Liberalismus, Marxismus und „liberaler Dekadenz" Ausdruck verliehen. Die Rhetorik vom bevorstehenden Bürgerkrieg gehört zum Argumentationsarsenal neonazistischer, rechtsintellektueller und rechtspopulistischer Diskurse, und treibt die Ethnisierung von Diskursen um Unsicherheit und Kriminalität voran. •

BRAUNZONE

Das Institut für Staatspolitik (IfS) wurde in den letzten Jahren zur maßgeblichen Institution der Neuen Rechten neben der Jungen Freiheit. Agierte das Institut bis dato vor allem fernab der Öffentlichkeit drängte es im Zuge der rassistischen Mobilisierung gegen Geflüchtete zunehmend auf die politische Bühne.

Institut für Staatspolitik: Im Zeichen des Widerstandes

PATRICK SCHWARZ

■ Am 21. Januar 2015 trat der Mitgründer des IfS, Götz Kubitschek, vor etwa 15.000 TeilnehmerInnen erstmals auf die Bühne von LEGIDA in Leipzig. Flankiert wurde er dabei u. a. von Jürgen Elsässer, der ebenfalls als Redner auftrat. Einige Wochen später folgte der erste Auftritt Kubitscheks bei PEGIDA in Dresden. In der Öffentlichkeit wurden diese Auftritte vor allem als eine forcierte Politisierung von Pegida und seinem Ableger durch den vermeintlichen „Kopf der Neuen Rechten" interpretiert. Für weiteres Aufsehen sorgte im November 2015 ein Auftritt beim IfS. Der thüringische Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion Björn Höcke referierte auf dem „Staatspolitischen Kongreß" des Instituts unter dem Titel „Asyl — Eine politische Bestandsaufnahme". Doch erst mit der Veröffentlichung im Internet durch das Institut selber gelangten die Inhalte der Rede in die Öffentlichkeit. Die eindeutig rassistisch-völkische Positionierung des Redners hatte allerdings weder rechtliche noch parteipolitische Konsequenzen. Im Gegenteil, Björn Höcke konnte seine Position als Rechtsausleger innerhalb der AfD festigen.

In den letzten Monaten standen mit Kubitschek oder dem Geschäftsführer Erik Lehnert immer wieder maßgebliche Figuren des IfS für Veranstaltungen der Zeitschrift Compact als Referenten zur Verfügung (siehe AIB #109). Die Zeitschrift von Jürgen Elsässer entwickelte sich, fernab des klassischen Spektrums der Neuen Rechten, zu einen engen Kooperationspartner des IfS. Auch das neue Projekt „Ein Prozent für unser Land" (einprozent) wird maßgeblich vom Verleger Kubitschek bzw. dem IfS und Jürgen Elässer sowie dem Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider getragen. Als Leiter tritt Philip Stein auf, der in der Vergangenheit vor allem durch seine Tätigkeit bei der rechten (ehemaligen Schüler-) Zeitschrift „Blaue Narzisse" in Erscheinung trat. Die AfD ist mit Hans-Thomas Tillschneider, Sprecher der „Patriotischen Plattform" und Mitinitiator der „Erfurter Resolution", ebenfalls personell präsent. Das im November gestartete Projekte steht derzeit im Mittelpunkt der Aktivitäten der Personen um das Institut.

Aktionismus zum Widerstand

Der Name „Ein Prozent für unser Land" steht nach dem Selbstverständnis der „Bürgerinitative" für den Bevölkerungsanteil von einem Prozent, der angeblich gebraucht wird, um politische Veränderungen durchzuführen. Im Mittelpunkt steht als zentrales Thema die aktuelle Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik, die als „Massenansturm auf Europa und Deutschland" dargestellt wird. Aktuell sprechen die Macher des Projektes von über 20.000 Unterstützenden — wobei aber unklar bleibt, ob es sich dabei um virtuelle Zustimmung via Facebook handelt oder um reale Personen. Anfänglich warb „einprozent" unter dem Motto „wir dokumentieren" für die Finanzierung von Videoteams zur Dokumentation verschiedenster Proteste gegen Geflüchtete — mit dem Ziel diese rassistische Mobilisierungen zu stärken. So wurden Filme beispielsweise bei rassistischen Demonstrationen in Zwickau, Chemnitz-Einsiedel oder dem österreichischen Grenzort Spielfeld gedreht. Neben der Verbreitung von Propagandamaterial reichte „einprozent" am 2. Februar 2016 eine Verfassungsklage ein. Erstellt wurde diese von dem emeritierten Professor Karl Albrecht Schachtschneider mit dem Ziel, die „Suspendierung und Amtsenthebung von Angela Merkel und Sigmar Gabriel sowie die Sicherung der Grenzen und die Abschiebung der illegal Eingereisten zur Wahrung der deutschen Verfassung" zu erwirken. „Einprozent" vertritt die Position, dass „jede Möglichkeit des angemessenen Widerstands gegen die planlose Regierungspolitik und den schleichenden Staatsstreich" ausgelotet werden muss. Trotz der, wenige Tage nach Einreichung, erfolgten Ablehnung war der „Gang vor dieses Gericht [...] notwendig, um ihn als Sackgasse zu markieren".

Im Vorfeld der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt am 13. März warb „einpro-

zent" um WahlbeobachterInnen direkt vor Ort in den einzelnen Wahllokalen, da „die herrschende Klasse [...] vor Betrug und Fälschung nicht zurückschrecken" wird „um an der Macht zu bleiben". Die Wahlbeobachtung sollte also der Verhinderung von Wahlbetrug zu Lasten der AfD dienen.

Schnittmengen zur AfD

Das Verhältnis des „Instituts für Staatspolitik" zur AfD war in den ersten Monaten eher von einer kritischen Nähe u. a. aufgrund ideologischer Differenzen gekennzeichnet. Lehnte doch das IfS jahrelang und energisch Gründungen von Rechtsparteien ab und sah keine erfolgversprechenden Aussichten in das herrschende Parteiensystem einzugreifen. Dieses real-politische Verständnis von Politik bzw. Verhältnis zur AfD sorgte wohl auch für den Abgang des bisherigen ideologischen Kopfes des IfS Karlheinz Weißmann hin zur „Jungen Freiheit". Auch Götz Kubitschek versuchte es bei der AfD und stellte einen Aufnahmeantrag, der aber nach Streitigkeiten mit dem Bundesverband, der sich gegen eine Aufnahme aussprach, letztlich abgelehnt wurde. Die neue Partei war damals noch gekennzeichnet von der halbherzig praktizierten Abgrenzung nach rechts unter ihrem ersten Vorsitzenden Bernd Lucke. Doch spätestens mit dessen Abwahl und den guten Wahlaussichten verstummten weitestgehend die AfD-kritischen Stimmen beim Institut und in dem ihm nahestehenden Heft „Sezession". Auch ohne Parteibuch wirken Götz Kubitschek und das IfS mit ihren Inhalten, Themen und Veröffentlichungen in die AfD bzw. deren Umfeld. Nicht nur das aktuelle Projekt „Ein Prozent für unser Land" zeigt die ideologischen und personellen Schnittmengen.

IfS und Identitäre Bewegung

Mehr Interesse zeigte das „Institut für Staatspolitik" — hier vor allem Götz Kubitschek — für die „Identitäre Bewegung" (IB), die sich seit Ende 2012 auch in Deutschland als neurechte Jugendbewegung zu etablieren versucht (siehe AIB #97).

Zwar kritisierte das IfS bzw. dessen Umfeld auch die IB, versuchte aber ziemlich schnell diese neue aktionistische Bewegung ideologisch zu fördern. Hatte die IB in der ersten Zeit in Deutschland im Gegensatz zu Österreich einige Anlaufschwierigkeiten und wurde vor allem durch virtuelle Präsenz im neurechten Spektrum wahrgenommen, konnten sie später einige Akzente setzen und sich organisatorisch wie auch personell festigen. Eine nicht unwesentliche Rolle spielte hierbei wohl das IfS. So ist es kein Wunder, dass einige Akteure und Protagonisten beim „Institut für Staatspolitik" oder der Zeitschrift „Sezession" auftauchen. Auch bei der derzeitigen rassistischen Mobilisierung gegen Geflüchtete ist die „Identitäre Bewegung" zunehmend präsenter. So wurden zum Beispiel die rassistischen Proteste im österreichischen Spielfeld maßgeblich von der IB angemeldet bzw. getragen. Nicht nur bei diesen Aufmärschen waren sie mit ihren gelben Fahnen mit schwarzen Lambda-Symbol vertreten. Ähnlichkeiten von Aktionen und Auftreten der IB und der vom IfS getragenen „konservativ-subversiven Aktion" (KSA) (2007-2009) sind wohl mehr als zufällig: vielmehr scheinen sie gegründet auf den ideologischen Gemeinsamkeiten, die auf die Veröffentlichungen des Verlag Edition Antaios von Kubitschek zurückgehen.

Alte Probleme und neue Partner

In den inzwischen mehr als 15 Jahren seines Bestehens konnte das IfS kontinuierlich seine Arbeit und Rolle im neurechten Spektrum und darüber hinaus ausbauen. Es führte eine Vielzahl von Veranstaltungen wie den Zwischentag (siehe AIB 104) oder auf die Nachwuchsarbeit ausgerichtete Seminare überwiegend erfolgreich durch. Publizistisch ist nicht nur die Zeitschrift des Instituts „Sezession" eine erfolgreiche Nachfolgerin ihres „Vorbilds" „Criticon" (siehe AIB 71). Auch die zahlreichen Veröffentlichungen aus dem Hause „Edition Antaios" sind derzeit stilprägend für die Neue Rechte. Neben der Veröffentlichung von eigenen Publikationen aus dem Umfeld oder von Autoren der „Sezession" wurden Neuauflagen oder Übersetzungen ins Verlagsangebot aufgenommen. Dabei profitiert der Verlag von den derzeitigen rechten Debatten im Rahmen der rassistischen Mobilisierungen und dem Aufstieg der AfD.

Das „Institut für Staatspolitik" bzw. der Verlag „Edition Antaios" sind durch ihre Veranstaltungen und Veröffentlichungen nicht nur stichwortgebend für Debatten in der (extremen) Rechten, sondern greifen zunehmend auch direkt in das politischen Geschehen rechts der CDU ein — sei es durch die Auftritte bei PEGIDA und für „Compact", durch das Projekt „Ein Prozent für unser Land" oder ihre Nähe zur AfD. Das klassische neurechte Spektrum als ausschließlichen Bezugspunkt ihrer Arbeit hat das Institut inzwischen weitestgehend verlassen und erlangt derzeit zunehmend Wirkung darüber hinaus. •



Götz Kubitschek bei PEGIDA am 13.04.2015



ANTIFA

SocialCenter4All – Ort der Solidarität

Wenn wir uns momentan in der Bundesrepublik umschauen, dann erinnert uns vieles an die Zeit Anfang der 1990er Jahre. Die Angriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte haben sich in den letzten fünf Jahren verfünfhundertfacht. Wöchentlich demonstrieren PEGIDA und ihre Ableger. Der Mob tobt wieder durch die Straße und glorifiziert sich als „Retter des Abendlandes", während die antifaschistische Bewegung versucht, dem Einhalt zu gebieten, aber nicht immer vor Ort sein kann.

Gleichzeitig verschärft die Bundesregierung die Asylgesetzgebung im Sechsmonatstakt. Parallel dazu gibt es aber auch eine ungeahnte Welle der Solidarität gegenüber Geflüchteten. „Willkommensinitiativen" gründen sich, organisieren Treffpunkte, sammeln Sachgegenstände, geben Sprachunterricht. Menschen organisieren sich selbst und greifen ein, wo der Staat absichtlich versagt. Viele Ehrenamtliche kommen so in eine verzwickte Situation, denn sie ersetzen staatliche Strukturen und stoßen an ihre Grenzen, wenn sie merken, dass ihnen und besonders den Geflüchteten Steine in den Weg gelegt werden. Den Unterstützer*innen wird teilweise der Zugang zu Unterkünften verwehrt, wenn sie Menschen über ihre Rechte aufklären oder ihnen die deutsche Sprache beibringen wollen. Immer öfter ist festzustellen: Wenn es nach dem Staat ginge, soll es Geflüchteten hier nicht gut gehen, denn statt ihnen Zugang zum gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, werden Massenunterkünfte ohne Privatsphäre, Auskunft oder Perspektive forciert.

Als 2015 in Berlin im Zuge ihrer Registrierung täglich rund 500 Geflüchtete vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) schlafen mussten, während gleichzeitig Häuser leer stehen, war dies für einige Menschen genug: Mit Aktivist*innen verschiedener Spektren, die Erfahrungen in Berlin-Kreuzberg bei den Protesten auf dem Oranienplatz und in der besetzten Schule in der Ohlauerstraße gemacht hat-

ten, wurde ein leerstehendes Gebäude in der Nähe des LaGeSo — in der Englischen Straße — besetzt. Es entstand die Idee einer selbstverwalteten Notunterkunft in Verbindung mit einem sozialen Zentrum. Dadurch sollte zum einen die Möglichkeit entstehen, sich selbst zu helfen, zum anderen einen Ort zu haben, an dem sich die zahlreichen Unterstützungsgruppen jenseits staatlicher Eingriffe treffen und austauschen können. Es sollte ein Ort sein, an dem es möglich wäre, sich sofort gegenseitig zu helfen, sich mittelfristig zu vernetzen und langfristig eine starke politische Gegenposition zu entwickeln.

Die Staatsmacht zeigte wieder einmal, wie wichtig ihr solch eine Form der direkten Solidarität ist: Das Haus wurde geräumt, die anschließende Demonstration von Polizeigewalt überschattet.

Im November wurde dann in Berlin-Neukölln ein altes Postgebäude besetzt. Seit 13 Jahren leer stehend wäre es mit Kantine und fünf riesigen Etagen mehr als geeignet gewesen. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass das Gebäude von der Stadt teilweise an private Eigner verkauft worden war. Die schnellstmögliche Räumung des Hauses war das Resultat.

Obwohl das mediale Echo positiv war, waren bei den Besetzungen weniger Menschen vor Ort, als notwendig gewesen wären, um das Haus besetzt halten zu können. Grund dafür kann die spontane Aktionsform oder die geschlossene Mobilisierung gewesen sein. Im Nachhinein gab es deshalb großen Diskussionsbedarf über das Konzept eines solchen Zentrums und die Möglichkeit der Beteiligung. Denn um wirklich Stärke und Relevanz zu entwickeln, braucht es die Teilnahme vieler Gruppen und Zusammenhänge sowie Partizipationsmöglichkeiten Einzelner. Nur gemeinsam lassen sich die Ziele eines solchen Projekts entwickeln und auch die politischen Gründe klar benennen.

Um dem näher zu kommen, initiierten wir am 5. März 2016 in Berlin eine Konferenz, auf der in verschiedenen Arbeitsgruppen über Unterbringung, Bedarf, Bildung, Beratung und Partizipation diskutiert wurde. Weit über 100 Menschen nahmen teil und eine unglaubliche Dynamik entstand, nachdem klar wurde, dass es die Teilnehmer*innen selbst sind, die das Konzept und die Idee eines solchen Zentrums entwerfen. Wir hatten uns dafür die Utopie-Workshops des Leipziger SocialCenter 4all als Vorbild genommen. Herausgekommen ist ein Konzept, welches durch die Beiträge aller nicht nur umfangreich geworden ist, sondern auch von allen getragen wurde. Als netten Abschluss der Konferenz eigneten sich Unterstützer*innen spontan ein Haus in Berlin Kreuzberg an, im welchem weiter diskutiert und gefeiert wurde. Obwohl die Polizei das Gebäude nach einer Stunde abriegelte, ließen sich die Leute im Haus nicht die Laune verderben. Zwischen den Plena wurde gelacht und getanzt. Da das Haus nur für diesen Abend angeeignet wurde, verließen die „Besetzer*innen“ das Gebäude, als klar wurde, dass der Eigentümer sich auf keine Verhandlungen einlassen würde. Der Tag war auch so ein Erfolg: Es wurden gemeinsam Erfahrungen in Theorie und Praxis gesammelt.

Als nächstes musste die Umsetzung folgen und die Frage war: Wie können wir ein Haus für Geflüchtete aneignen, in einer Stadt, in der Leerstand zum Spekulationsobjekt oder zu Ferienwohnungen wird. Dazu sollte die politische Zielsetzung im Vorfeld klar sein: Es bedarf einer anderen Art von Gesellschaft, um eine wirkliche Willkommenskultur zu schaffen - einer Gesellschaft, die alle Menschen eines geografischen Raumes einschließt und in der aus den gemeinsamen Erfahrungen das Zusammenleben erwächst.

Wir sind sowohl gegen das Lager- und Registrierungssystem als auch gegen die Kategorisierung von Menschen, also die Einteilung Schutzsuchender nach ihrer Verwertbarkeit. Den Menschen muss klar werden, dass wir mittelfristig einen Systemwechsel brauchen. Eine Gesellschaft der Solidarität und des Miteinanders steht im klaren Gegensatz zur Verwertungslogik des Kapitals und ihrer rassistischen Praxis.

Um dieses im Kleinen zu ermöglichen, bedarf es in Berlin einer Vernetzung. Wir brauchen einen Ort, an dem Geflüchtete, Unterstützer_innen, Anwohner_innen, emanzipatorische und kämpfende Gruppen zusammenkommen können. Er wird benötigt, um die Voraussetzungen für direkte Solidarität und Austausch auf Augenhöhe zu schaffen. Es geht um einen Ort, an dem Unterstützung nicht staatlich beeinflusst wird und die Bewegungsfreiheit der Menschen im Vordergrund steht; einen Ort, an dem auch radikale Praxis ihren Platz hat und Kämpfe vereint werden können.

Alle Menschen haben ein Recht auf Bewegungsfreiheit und ein emanzipiertes Leben. Die Wiederherstellung dieser Rechte sollte der zentrale Ansatz sein. Wo der Staat versucht die Geflüchteten in Lager zu stopfen und einen Kontakt mit der Bevölkerung verhindert, muss unser Ansatz dezentrale Unterbringung heißen. Wir sollten alles daran setzen, dies zu ermöglichen und Strukturen der Unterstützung jenseits der staatlichen Strukturen aufzubauen.

Wenn wir über die Grenzen Berlins hinwegsehen, finden wir Vorbilder. In Rom werden Häuser angeeignet, um Hilfsangeboten einen Raum zu geben, die der Staat sonst nicht zulässt. Auch in Griechenland gibt es immer mehr Projekte dieser Art. Nun gibt es auch in Deutschland immer mehr Zusammenschlüsse, um das Recht auf einen Raum der Vernetzung und Solidarität einzufordern: Lübeck, Göttingen und Halle haben es bereits geschafft — und wir können daraus lernen, Leipzig, Dresden und Frankfurt werden folgen.

In Berlin gibt es sehr viele Gruppen aus verschiedenen politischen Spektren, die Solidaritätsarbeit mit oder für Geflüchtete machen. Es fehlt an einigen Stellen der einigende Punkt über das aktuelle Thema hinaus. Würden wir uns auf einen politischen Konsens besinnen und daraus Einigkeit und Stärke ziehen, wäre es viel einfacher, staatliche Maßnahmen zu verhindern und eigene Alternativen aufzubauen. Ob Suppe am Lageso ausschenken oder Druck auf die Ausländerbehörde ausüben: Wir müssen zusammenkommen und zusammen etwas aufbauen! Das SC4A könnte der Ort und ein Teil davon werden. •

https://socialcenter4all.blackblogs.org

ANTIFA

Vier Jahre sind vergangen seit dem tödlichen Angriff, bei dem Burak Bektaş am 5. April 2012 vor dem Krankenhaus Neukölln in Berlin erschossen und zwei seiner Freunde lebensgefährlich verletzt wurden. Vier lange Jahre voller Schmerz, Trauer und Wut für die Familie und Freund*innen. Vier Jahre, in denen es der Polizei nicht gelang, den Fall aufzuklären — bis heute gibt es laut den ermittelnden Berliner Behörden „keine Spur zum Täter".

Mord an Burak Bektaş

Rassismus als Motiv?

INITIATIVE FÜR DIE AUFKLÄRUNG DES MORDES AN BURAK

Der tödliche Angriff auf Burak und seine Freunde hatte sich nur wenige Monate nach Auffliegen des NSU ereignet und zeigt im Tathergang Parallelen zur neonazistischen Mordserie: Es gab keine Beziehung und keinen vorherigen Kontakt zwischen den Opfern und dem Täter — die Schüsse erfolgten für die Opfer vollkommen unvermittelt. Laut Aussagen der Überlebenden handelte es sich bei dem Täter um einen 40-60jährigen weißen Mann. Die Opfer waren Neuköllner Jugendliche, deren äußere Merkmale sie möglicherweise zur Zielscheibe rassistischer Zuschreibung werden ließen.

Kampf um Aufklärung

Die Familie von Burak kämpft seit der Tat für Aufklärung, die Festnahme des Täters und für eine angemessene Form des Gedenkens an Burak im öffentlichen Raum. Wir als Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş arbeiten als Zusammenschluss verschiedener antifaschistisch und antirassistisch organisierter Aktivist*innen seit Sommer 2012 daran, die Familie zu unterstützen, den ungeklärten Fall im öffentlichen Bewusstsein zu halten und die ermittelnden Behörden unter Druck zu setzen. Im Rahmen von Veranstaltungen, Pressearbeit, eigenen Veröffentlichungen, monatlich stattfindenden Mahnwachen und jährlichen Demonstrationen fordern wir seit unserer Gründung konsequente Ermittlungen in Richtung eines möglichen rassistischen Tatmotivs. Wichtig ist uns dabei die enge Zusammenarbeit mit der Familie und auch den Freund*innen von Burak.[1]

Weiterer Mord in Neukölln — mutmaßlicher Täter schon in den Akten zu Burak

In der Nacht zum 20. September 2015 wurde in der Neuköllner Ringbahnstraße der 31-jährige britische Jurist Luke Holland erschossen — nach bisherigem Kenntnisstand hatte es zuvor wie auch bei dem tödlichen Angriff auf Burak und seine Freunde keinen Kontakt zwischen Täter und Opfer gegeben. Am darauf folgenden Abend wurde als mutmaßlicher Mörder der 62jährige Rolf Z. festgenommen. Dieser war unmittelbar nach dem Mord dabei beobachtet worden, wie er sich mit der Tatwaffe verhältnismäßig ruhig vom Tatort entfernte. Die Tatwaffe wurde später in seiner Wohnung beschlagnahmt, die in direkter Nachbarschaft des Tatortes liegt. Personen aus seinem Umfeld gaben an, dass Rolf Z. schon längere Zeit im Besitz von Schusswaffen gewesen sei. In der Tatnacht hatte er sich in der Bar, vor der der Mord geschah, klagend und abfällig über die „Ausländer" dort geäußert und dass dort keine_r mehr richtig Deutsch sprechen könne. Erst durch die Presseberichterstattung wurde bekannt, dass im Zuge seiner Verhaftung in seiner Wohnung auch Nazi-Devotionalien beschlagnahmt worden waren.[2] Die Behörden halten sich in ihren Angaben diesbezüglich bedeckt. Auch wenn Rolf Z. bisher weder Antifa-Recherchegruppen noch den Behörden als organisierter Rechter bekannt ist, stellt sich mit Blick auf den am 14. März 2016 begonnenen Prozess die drängende Frage, ob er analog zu rechten Terror-Konzepten wie etwa dem des Lone Wolf als rechter Einzeltäter gemordet haben könnte. Rolf Z. sitzt seit September 2015 in Untersuchungshaft und schweigt zu den Vorwürfen.

Nach Hinweis unserer Initiative auf Parallelen zwischen den beiden Morden stießen die Anwälte Onur Özata, Mehmet Daimagüler und Ogün Parlayan, letztere auch Anwälte von Famile Bektaş sowie Nebenklagevertreter im Münchener NSU-Verfahren, darauf, dass Rolf Z. bereits in der Akte zum Mordfall Burak Bektaş als möglicher Tatverdächtiger erfasst worden war: Ein Hinweisgeber hatte Ende 2013 Rolf Z. als möglichen Täter benannt, weil dieser ihn einige Jahre zuvor nach scharfer Munition

gefragt hatte. Zudem habe der Hinweisgeber Rolf Z. damals in die Nähe des Krankenhauses Neukölln gefahren, wo sich dieser mit seinem Bruder „zum Rumballern" habe treffen wollen.



Mythos des angeblichen „fehlenden Neukölln-Bezugs"

Im Mordfall Burak Bektaş ist die zuständige Mordkommission unter ihrem Leiter Alexander Hübner dem Hinweis auf Rolf Z. nicht angemessen nachgegangen: So sei Rolf Z. zwar, so heißt es laut den Anwälten vage in der Akte, erneut „überprüft" worden. Es hatte aber weder eine Vorladung noch eine Hausdurchsuchung gegeben. Die Polizei stellte diesen Teil ihrer Ermittlungen mit der Kommentierung ein, Rolf Z. habe keinen Bruder in der Nähe des Krankenhauses, zudem sei eine „Verbindung nach Neukölln" nicht feststellbar. Jenseits der Überlegung, ob nicht auch ein Täter aus einem anderen Bezirk oder gar von außerhalb Berlins infrage kommen könnte, ist der Mythos des fehlenden Neukölln-Bezugs bereits kurze Zeit später durch journalistische Recherchen widerlegt worden: Rolf Z. ist seit vielen Jahren in der von ihm bewohnten Wohnung in der Neuköllner Ringbahnstraße gemeldet, zudem wohnte ein Bruder Rolf Z.'s in der Nähe des Krankenhauses Neukölln — und damit in unmittelbarer Umgebung des Tatortes. Dieses Beispiel macht deutlich, dass der leitende Ermittler Hübner eben nicht, wie öffentlich mehrfach behauptet, „jeden Stein umdreh[t]". Als Initiative unterstellen wir vielmehr einen mangelnden Aufklärungswillen und fordern personelle Konsequenzen.

Gegenüberstellung verweigert

Einer von Buraks schwer verletzten Freunden erfragte nach Bekanntwerden der Festnahme von Rolf Z. im Mordfall Luke Holland auf eigene Initiative bei der Polizei eine Gegenüberstellung oder Lichtbildvorlage. Dies wurde abgelehnt — ihm wie auch dem Anwalt der Familie Bektaş zufolge mit dem Hinweis, dass keiner der Überlebenden in seiner Zeugenaussage den Täter als Bartträger beschrieben habe. In diesem Umgang mit einem der Überlebenden des Angriffs offenbart sich der strukturelle Rassismus der Behörden: Ein derart zynischer und respektloser, jegliche Empathie vermissen lassender Umgang mit einem Menschen, der einen Mordanschlag nur knapp überlebt hat, scheint gegenüber einem nicht von strukturellem Rassismus betroffenen Opfer nur schwer vorstellbar.

Im Januar 2016 kritisierten die Anwälte im Rahmen einer Pressekonferenz gemeinsam mit den Familien Bektaş und Holland die bisherigen Ermittlungen in Richtung eines rassistischen Tatmotivs nach Aktenlage grundsätzlich als vollkommen unzureichend.

Zudem verwiesen die Anwälte darauf, dass ihnen erst im Sommer 2015 eine Operative Fallanalyse (OFA)[3] zugänglich gemacht wurde, die bereits im Sommer 2012 zu dem Ergebnis gekommen war, dass beim Angriff auf Burak und seine Freunde ein extrem rechter Hintergrund nicht auszuschließen sei. Der zuständige Berliner Staatsanwalt, Dieter Horstmann, hatte in einem Antwortschreiben vom Sommer 2014 an die Anwälte, die sich explizit nach einer Operativen Fallanalyse erkundigt hatten, deren Existenz mit dem Hinweis geleugnet, dass der Fall dafür nicht geeignet sei. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Absetzung Horstmanns im Fall Burak Bektaş.

Die Ermittlungen im Fall Burak Bektaş müssen neu aufgerollt werden!

Grundsätzlich ist noch in vielen Punkten offen, wie die zuständigen Behörden bei ihren bisher „ergebnislos" und bisher „in alle Richtungen" verlaufenen Ermittlungen eigentlich vorgegangen sind. Um diesbezüglich Transparenz einzufordern, wurden zuletzt im Februar 2016 auf Landes- und Bundesebene Parlamentarische Anfragen4 gestellt. Eine Veröffentlichung der Antworten ist in Kürze zu erwarten. Vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen fordern wir eine Neuausrichtung der Ermittlungen im Mordfall Burak Bektaş mit Blick auf ein mögliches rassistisches Tatmotiv! •

1 Ausgangspunkt unserer Initiative war auch eine Selbstreflexion antifaschistischer und antirassistischer Politik: Nach Aufdeckung der NSU-Morde setzte sich die Erkenntnis durch, dass sich Strategien insbesondere im Hinblick auf Solidarisierung mit Opfern rassistischer Gewalttaten verändern müssen. Dazu ist auch die Überwindung der rassistischen Spaltung innerhalb der Linken eine Voraussetzung. 2 Vgl. Kröger, Martin: War das Mordmotiv an Briten in Berlin Ausländerhass?, in Neues Deutschland vom 28. Oktober 2015 (https://www.neues-deutschland.de/artikel/989261.war-das-mordmotiv-an-briten-in-berlin-auslaenderhass.html?sstr=Burak) 3 Eine Operative Fallanalyse ist laut Bundeskriminalamt eine Methode, die insbesondere bei Tötungsdelikten darauf zielt „auf der Grundlage von objektiven Daten und von möglichst umfassenden Informationen zum Opfer (...), ermittlungsunterstützende Hinweise zu erarbeiten" (Quelle: www.bka.de/DE/ThemenABisZ/OperativeFallanalyse/Begriff/begriffOfa__node.html?__nnn=true). 4 Bundestag: Drucksache 18/7442; Abgeordnetenhaus Berlin: Drucksachen 17/17924 bis 17/17928

RASSISMUS

Vom Wandel der „Willkommenskultur"

CHRISTIAN JAKOB

Im Sommer 2015 verkündete die Bundesregierung, dass sie mit 800.000 Asylanträgen im laufenden Jahr rechne. Das waren fast doppelt so viele wie im bisherigen „Rekordjahr" 1992 — eine Dimension, mit der bis dahin niemand gerechnet hatte. Auch die Reaktionen der Medien hatte niemand erwartet: Am Tag nach der Veröffentlichung der Prognose „entlarvt" die Bild-Zeitung „die sieben größten Lügen über Asylbewerber": Sie weist darauf hin, dass diese niemandem einen Job wegnehmen, nicht besonders häufig kriminell seien und Deutschland sich „diese Art der Zuwanderung nicht nur finanziell leisten kann, wir brauchen sie sogar!" Einen Tag später heißt die Bild-Titelschlagzeile „Flüchtlingen helfen! Was ich jetzt tun kann", ihr Chefredakteur ersetzt sein eigenes twitter-Profilbild mit einem „Refugees Welcome!"-Logo.

Manche sprechen daraufhin dem Blatt das diskursmoralische Recht ab, Solidarität mit Geflüchteten zu üben. Zu oft hatte die Bild in der Vergangenheit schließlich gegen Flüchtlinge gehetzt. Andere wundern sich über den Sinneswandel. Doch nicht die Zeitung hatte sich geändert. Geändert hatte sich die Gesellschaft, die Bild hatte die Stimmung bloß erspürt und gespiegelt, wie es ihr Geschäft ist.

Das war die Zeit, in der der „Refugees Welcome"-Hype zur dominierenden sozialen Bewegung angeschwollen war: Solizimmer, Benefizparties, Deutschkurse, Kinderbetreuung, Behördenbegleitung, Anhörungs-Coachings — unzählige Hilfsinitiativen hatten sich im Laufe des vergangenen Jahres gebildet und aufgefangen, was die zusammengebrochene staatliche Infrastruktur nicht leistete. Hätten sich die Schöpfer des „kein mensch ist illegal"- und des „Refugees welcome"-Logos diese einst schützen lassen, sie hätten sich eine goldene Nase an all den T-Shirts, Pullovern, Taschen und Aufklebern verdient. Flüchtlingssolidarität war von einem Nischenthema autonomer und kirchlicher Gruppen zum popkulturellen Phänomen geworden.

Ein paar Monate später sah die Sache dann wieder anders aus: Nach den sexuellen Übergriffen in der Silvesternacht in Köln lautete eine Bild-Schlagzeile: „Abgelehnte Asyl-Bewerber beim Kölner Sex-Mob dabei". Einen Tag später „enthüllte" die Bild, „warum die Polizei nicht immer die ganze Wahrheit sagen darf" — dass nämlich 71 Asylbewerber an dem Abend von der Bundespolizei „kontrolliert" worden waren. Oder: „Die schlimmen Übergriffe der Sex-Mobs in Köln und anderen deutschen Städten erschüttern das Land. Jetzt kommen immer mehr Straftaten von Flüchtlingen und Migranten ans Tageslicht."

Jede_r kann von dem Blatt halten, was er_sie will, aber es ist ein guter Seismograf für die Stimmung im Land. Und die hatte sich verändert. Deutschland waren die Geflüchteten plötzlich nicht mehr geheuer. Viele Bürger, die mit Teddybären, Brezeln und Wasserflaschen in die Flüchtlingsheime gezogen waren oder zumindest nichts dagegen gesagt hatten, dass andere dies tun, schienen nun bitter enttäuscht: Die, die da gekommen waren, waren zu unqualifiziert, zu religiös, zu jung, zu alt, zu ungehorsam, nicht verfolgt genug, oder, am schlimmsten: Sie stellten Forderungen. Sie waren undankbar. Immer öfter hieß es nun, die Geflüchteten könnten selbst der Bundeskanzlerin ihr Amt kosten. Je radikaler und rassistischer die AfD sich gibt, desto besser scheinen ihre Umfragewerte zu werden.

Die Erfahrung, dass das geflüchtete Subjekt der Solidarität nicht so ist, wie es erwünscht wäre — hat die antirassistische Bewegung bereits gemacht. Es lohnt in diesen Zeiten, daran zu erinnern.

Der Ismen-Codex in der linken, antirassistischen Szene ist verhältnismäßig klar: Neben Rassismus gehören zu den gemeinsam geteilten Tabus üblicherweise Nationalismus, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus. Im Regelfall wird auch die Befürwortung des Kapitalismus, religiöser Fundamentalismen und dogmatischer Lehren abgelehnt. Nun gibt es, zweifellos, Flüchtlingsorganisationen und -subjekte, die nach weiß-deutsch-linken Maßstäben als fortschrittlich durchgehen.

Es gibt aber ebenso Exilorganisationen und Individuen, bei denen das anders ist. Wer sich mit den Liberation Tigers of Tamil Eelam, der Socialist Party of Iran, der Maoist Party of Nepal, dem Rassemblement du Peuple Togolais oder vielen anderen befasst, wird feststellen, dass ihre Programmatik teils bürgerlich, prokapitalistisch, nationalistisch, antisemitisch, stalinistisch, amerikafeindlich oder mehrere von diesen Dingen sind. Trotzdem sind oder waren sie lange Bezugspunkte und Beteiligte an antirassistischen Organisierungen und Kampagnen — zurecht!



Foto: Willkommen in Löbtau

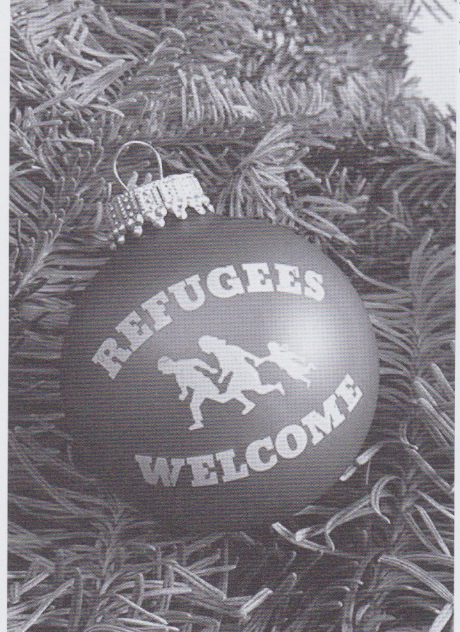


Foto: Facebook

Wer mit Flüchtlingen spricht, der_m kann es passieren, dass er_sie Menschen begegnet, die den Kolonialismus mit dem Argument verteidigen, Weiße seien nun mal von Natur aus klüger und müssten deshalb Afrika führen — am besten auch heute, oder die Genitalverstümmelung für eine begrüßenswerte Praxis halten. Es gibt darunter Fans von Diktatoren, Bewunderer von Hitler oder des Kapitalismus, Israel- und Amerika-Hasser oder Islamisten.

Kurzum: Flüchtlinge sind per se nicht nur nicht links. Sie verletzen linke Glaubenssätze und Überzeugungen mindestens genauso oft wie alle anderen auch. Warum sollte es auch anders sein? Geflüchtet zu sein hat vor allem mit Zwang, nicht mit Gesinnung zu tun. Und die meisten wollen nichts anderes als eine konventionelle bürgerliche Existenz.

Dem Verhältnis zwischen Geflüchteten und Unterstützer_innen ist die Asymmetrie, die Ungleichheit, als Grundkonstante eingeschrieben. Jeder Wunsch nach Solidarität muss damit umgehen. Das gilt nicht nur für den gesellschaftlichen, den historischen Rassismus, der das Feld für alle Interaktionen absteckt oder für die materielle Ungleichheit, es gilt auch für ideologische Differenzen.

„Die Deutschen haben versucht, unsere Sprache zu disziplinieren", erinnert sich etwa der Gründer von „The Voice", Osaren Igbinoba: „Sagt nicht 'Apartheid'. Sagt nicht 'Lager'! Sagt nicht 'konzentrieren'!, haben sie gesagt." Viele linke Deutsche empfinden diese Begrifflichkeit als Relativierung der Shoah. Die Flüchtlinge hatten dafür oft kein Verständnis. Auch den Slogan „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört", hätten linke Deutsche kritisiert: „Es geht nicht um Fluchtgründe, sondern um Bewegungsfreiheit als Grundrecht, haben sie gesagt", so Igbinoba.

In solchen Konstellationen ist die Gefahr von Paternalismus, von Brüchen, Verletzungen und Konflikten riesig. Die Idee, zu einem „gemeinsamen Wir", wie die Gruppe „transact!" es nennt, zu kommen, scheint da geradezu utopisch. So gab es immer wieder Versuche, getrennte Wege zu gehen, die von beiden Seiten ausgingen. Die einen betrieben Antirassismus ohne Geflüchtete, die anderen erklärten ihn zu einer exklusiven Veranstaltung von Leuten mit schwarzer Haut oder ohne Aufenthaltsrecht. Aber die Geschichte des Verhältnisses von Geflüchteten und deutschen Aktivist_innen zeigt auch den Wunsch, Achtung und Solidarität möglich zu machen. Und so wurden Differenzen immer wieder erstaunlich produktiv gewendet — in einer ganzen Reihe stabiler gemeinsamer Organisierungen.

Die Folge von Differenzen kann also nicht sein, nur noch mit denen gemeinsame Sache zu machen, mit denen Einigkeit herrscht. Es braucht das Bewusstsein dafür, dass es verschiedene politische Perspektiven, Positionen und Biografien gibt, die respektiert werden müssen. Es folgt daraus ein Gebot der kritischen Solidarität. Es ist nicht immer leicht, aber es ist möglich, sich gemeinsam zu organisieren und politische Schnittmengen zu bestimmen, die die Unterschiede nicht ignorieren.

Ähnliches gilt nun auch für die Gesamtgesellschaft und ihre „Willkommenskultur". Es gibt keinen Grund, an Geflüchtete andere Maßstäbe anzulegen, als an jede_n andere_n auch. Sie brauchen sich den Anspruch auf Schutz und Solidarität nicht erst durch konformistisches Verhalten zu verdienen. Er erwächst nicht aus geteilten Überzeugungen, sondern aus dem, universellen Recht, dort ein gutes Leben suchen zu dürfen, wo dafür die beste Chance gesehen wird. •

Im März erscheint von dem Autor: „Die Bleibenden" — eine Geschichte der Flüchtlingsbewegung in Deutschland von 1994 bis 2016 im Christoph Links Verlag. (250 S., 18 EUR)

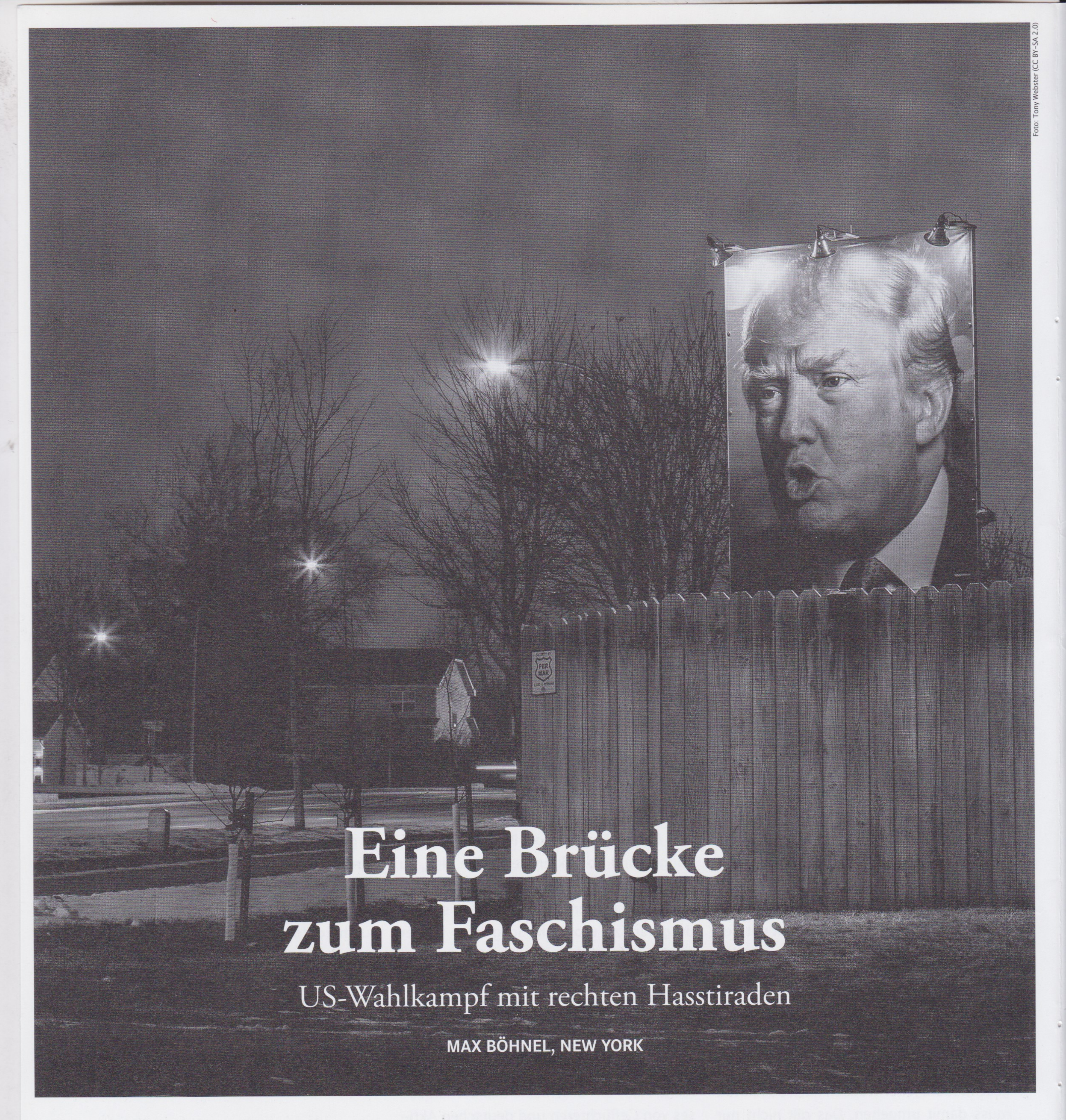


Foto: Tony Webster (CC BY-SA 2.0)

Eine Brücke zum Faschismus

US-Wahlkampf mit rechten Hasstiraden

MAX BÖHNEL, NEW YORK

■ Seit der New Yorker Immobilienmogul und Multimilliardär Donald Trump in den US-Wahlkampf eingestiegen ist, steigt seine Popularität in den Teilen der amerikanischen Bevölkerung, die sich auf keinen Fall eine Hillary Clinton oder einen Bernie Sanders, sondern unbedingt einen starken Republikaner ins Weiße Haus wünschen. Seit Monaten steht Trump im Rennen der Republikanerkandidaten um die Nominierung für die Präsidentschaftskandidatur weit vorne. Das hat auch damit zu tun, dass nach dem Stand von Mitte März das Feld hinter ihm reichlich zersplittert ist. Eine „beängstigende Phase für diejenigen von uns, die die bürgerlichen Rechte und Freiheiten und die Demokratie selbst verteidigen", nannte der bekannte linke Linguist Noam Chomsky den Vorwahlkampf mit Blick auf den „Trumpismus". Im Juni 2015 sagte Trump bei einer seiner ersten Wahlkampfreden vor Tausenden, Mexiko sei „nicht unser Freund. Sie killen uns an der Grenze, und auch in Bezug auf Arbeitsplät-

ze und Handel. Kämpft!“ Einen Monat später: „Die mexikanische Regierung drängt ihre am meisten unerwünschten Leute in die USA ab. Das sind in vielen Fällen Kriminelle, Drogenhändler, Vergewaltiger etcetera.“ Unangenehmen Fragen einer TV-Reporterin nach seinem Sexismus wich er zunächst aus, um sie dann später als unzurechnungsfähiges Opfer ihrer eigenen Menstruation abzufertigen. Im September bezeichnete er die USA als „Müllhalde für den Rest der Welt“ und schlug die Abschiebung von 11 Millionen undokumentierten Immigrant_innen, einschließlich ihrer Kinder vor, selbst wenn diese die US-Staatsbürgerschaft hätten. Mit einer Reihe von ebenso polternden wie widersprüchlichen Äußerungen forderte er später die flächendeckende Überwachung von Muslimen und Flüchtlingen. Kurz darauf schlug Trump die Kennzeichnung und Registrierung von Muslimen in einem Bundesregister vor — eine Maßnahme, die so sehr an den Nationalsozialismus erinnerte, dass er sie auf einen Aufschrei in der Öffentlichkeit hin zu einer von mehreren „Möglichkeiten“ herunterredete. Auf einer Registrierung von Flüchtlingen aus Syrien blieb er allerdings bestehen. Die Liste des Trump'schen Nach-Unten-Tretens ging weiter: Auf einer Veranstaltung äffte er den behinderten „New York Times“-Reporter Serge Kovaleski nach. Mehrmals machte er sich über Zwischenrufer und „Störer“ seiner Tiraden lustig. Das ging bis zum Aufruf zur Gewalt: „Zur Hölle raus mit ihm, schmeißt ihn raus“, rief er im frühen Winter seinen Anhängern zu, als ein junger Afroamerikaner ein Protestschild hochhielt. Vor laufenden Kameras umringten ihn daraufhin weiße Männer mittleren Alters, bevor sie ihn zu Boden traten und schlugen. Trump schwieg den Vorfall nicht tot, sondern rechtfertigte ihn vielmehr im rechten Fernsehsender Fox mit den Worten „Vermutlich musste er aufgemischt werden, denn es war abolut ekelhaft, was er tat.“

Egal, welche sexistischen, rassistischen, antiislamischen und Einwanderer feindlichen Tiraden Trump absondert — seine aus Sicht der fassungslosen Mainstream-Republikaner kontraproduktiven Geschmacklosigkeiten stoßen in wichtigen Wählersegmenten der USA auf Zustimmung. Dabei handelt es sich häufig um Menschen, die sich schon um das Jahr 2010 herum (Obama war zwei Jahre im Amt) als rechte „Tea Party“-Bewegung ihre Wut, ihre Verschwörungstheorien und ihren Rassismus auf die Straßen trugen. Der langjährige Mitarbeiter des antifaschistischen „Southern Poverty Law Center“ Mark Potok beschrieb in der jüngsten Publikation der Organisation dieses Milieu der „radikalen Rechten“ (von „hate groups“ a la KuKluxKlan über regierungsfeindliche bewaffnete Milizen wie jüngst die „Besetzer“ eines Nationalparks in Oregon bis eben zu Besuchern von Trump-Wahlkampfveranstaltungen) folgendermaßen:

„Die weiße Arbeiterklasse in Amerika steht immer mehr unter Druck. Die Reallöhne sinken seit Jahren, die Selbstmordrate und die Zahl der Drogentoten steigen dagegen weiter an. Für Lohnabhängige mit einem niedrigen Bildungsstand ist es schwierig geworden, sich einen Lebensunterhalt zu erarbeiten. Die Einkommensungleichheit befindet sich auf einem historischen Hoch. Natürlich gilt dies für nichtweiße Minderheiten in einem noch schärferen Ausmaß. Aber der Druck auf Weiße, die historisch gesehen im Vergleich zu Minderheiten privilegiert waren, erzeugt eine echte Wut“.

Die Medien lassen Trump, je mehr Vorwahlerfolge er mit seiner Sündenbock-Rhetorik einheimst, inzwischen als „Teil des demokratischen Wahlprozesses“ gewähren und konfrontieren ihn nur noch gelegentlich mit bohrenden Nachfragen. Da Trump im Gegensatz etwa zu Silvio Berlusconi in Italien die Medien nicht kontrolliert, wäre es ein Leichtes für sie, gegen ihn eine koordinierte Kampagne nach dem Motto „Widerstand der Anständigen“ zu organisieren. Aber das wird nicht einmal diskutiert.

Das Phänomen Trump steht jedoch nicht alleine. Auch andere namhafte Republikaner heizen die rechte Stimmung immer wieder an. Laut Mark Potok „speisen Trump und andere Kandidaten immer mehr rechte Hass-Tiraden in den Wahlkampf ein, je weiter die Establishment-Republikaner ihre Kritik zurückhalten“. Andere springen auf den Trump-Zug auf. So äußerte etwa Ben Carson, er halte den Begriff „Waffenkontrolle“ für „weitaus verstörender“ als eine von Kugeln durchsiebte Leiche. Ted Cruz behauptete, bei dem rechten Mörder von drei Angestellten einer Abtreibungsklinik handele es sich um „einen linken Transgender-Aktivisten“. Das Wahlkampfbüro in Alabama von Marco Rubio wird von einem Mann geleitet, der der Meinung ist, Obamas Vater sei ein „kommunistischer Kinderschänder“.

Egal, ob die Rhetorik von Frontrunner Trump und Konsorten faschistisch oder rechtspopulistisch genannt wird, egal ob und wie die Grenzen des bürgerlichen Geschmacks immer wieder überschritten werden — mit seinen Auftritten vor Anhängern und Neugierigen verschafft sich Donald Trump mit Ausfällen gegen „die Eliten“, „die Politiker“ und „das korrupte System“ am meisten Applaus.

Cas Mude, ein Sozialwissenschaftler von der University of Georgia, der sich auf internationale rechte Bewegungen spezialisiert hat, beschrieb den Trumpismus in der „Washington Post“ als eine typische Form von Rechtspopulismus amerikanischer Ausprägung. Seine Ideologie und Rhetorik sei mit der niederländischen „Partei für die Freiheit“ von Geert Wilders, Le Pens „Front National“ und der „Dänischen Volkspartei“ zu vergleichen. Sie würden alle mit extrem rechten Themen flirten, seien aber trotz ihrer Rhetorik, die das „Andere“ ausschließt, trotz ihres Nationalismus und ihrer „nativistischen“ Slogans (eine angeblich glorreiche Vergangenheit, die von der Regierung, den Muslimen, den Mexikanern und einer homosexuellen Kulturhegemonie zersetzt und bedroht werde) keine ausgeprägten neofaschistischen Bewegungen. Cas weiter: „Die Schlüsselelemente der rechtsextremen populistischen Ideologie — Nativismus, Autoritätsfixiertheit und Populismus — entstammen der Mainstream-Ideologie und einem massenhaft verankerten Bewusstsein.“ Am Besten beschreibt man sie wohl als Radikalisierung von Werten des bürgerlichen Mainstreams und eine Brücke zum Faschismus. •

GESELLSCHAFT

Seit den massiven sexuellen Übergriffen an Silvester in Köln und anderen Orten scheint es in Deutschland einen feministischen und anti-sexistischen Grundkonsens zu geben, der nur Tage vor deren Bekanntwerden nicht einmal zu erahnen war. Die Übergriffe werden allerdings in den gesellschaftlichen Debatten hauptsächlich zum Vorantreiben der Asylrechtsverschärfung instrumentalisiert, was zur Folge hat, dass die Übergriffe selbst und die gravierenden Folgen für die Betroffenen in den Hintergrund rücken.

Feministische Intervention von rechts?

Wie mit vermeintlichem Antisexismus Stimmung gegen Asylsuchende gemacht wird

EIN FEMINISTISCH-ANTIFASCHISTISCHER ARBEITSKREIS AUS BERLIN

Nordafrikanisch gleich muslimisch gleich terroristisch?

In den Tagen nach Köln kamen die Betroffenen* selten zu Wort, der mediale Fokus lag auf den Tätern*[2] bzw. deren vermeintlicher Nationalität. Diese seien überwiegend „nordafrikanisch", diagnostiziert die Presse, und dementsprechend zugeschrieben muslimisch. Wichtigstes Täter*merkmal also: Sie sahen fremd aus. Die alte Mär vom Fremden, der draußen schutzlosen Frauen* auflauert und diese angreift, wurde in der medialen Aufarbeitung der Ereignisse von Köln bedient. Das geht an der gesamtgesellschaftlichen Realität vorbei. Der Großteil sexualisierter Gewalt gegen Frauen* geschieht im persönlichen Umfeld, in der Beziehung, in der Familie, im Freundeskreis. Doch das interessiert die aufgebrachte Öffentlichkeit in diesem Zusammenhang wenig. Die Angst vor den vermeintlich Fremden, die in Deutschland mit Terrorismus, „Antisemitismus und Frauenverachtung im Gepäck"[3] einsickern würden, ist groß wie nie. So ziert ein „Focus"-Cover zum Thema eine junge, weiße Frau mit schwarzen Handabdrücken auf ihrem nackten Körper. Die Frau hält sich schützend ihre Hände vor die Brüste, den Mund leicht geöffnet. Vermutlich wirft sie dem*der Betrachter*in einen lasziven Blick zu, doch ist ihr Gesicht oberhalb der Mundpartie abgeschnitten. Dieses Cover erotisiert sexualisierte Gewalt. Es zeigt zudem, dass für die deutsche Öffentlichkeit enorm wichtig ist, wer von den Angriffen betroffen war und von wem: deutsche, weiße Frauen* von nicht-deutschen, nicht-weißen Männern*.



Die häufigsten Opfer von sexualisierter Gewalt sind Sexarbeiter*innen, und Frauen*, die im Gefängnis sitzen oder in Lagern leben müssen. Die aktuellen Bekanntmachungen von Übergriffen auf geflüchtete Frauen* in Asylunterkünften zeigen, dass gerade die Unterbringung in Massenunterkünften für geflüchtete Frauen* ein enormes Risiko darstellt. Der Fokus der Medien und gesellschaftlichen Akteur*innen auf sexualisierte Gewalt gegen weiße Frauen* zeigt, dass auch auf der Seite der Betroffenen nach Herkunft sortiert wird. Der International Women Space, einer Initiative von geflüchteten Frauen* innerhalb des Refugee-Protestes in Berlin macht darauf auf-

merksam: „Geflüchtete oder Ausländer*innen im Allgemeinen werden beschuldigt, als hätte es in Deutschland keine vorherigen Fälle sexualisierter Gewalt gegen Frauen* gegeben, als seien deutsche Männer harmlos. Seht euch an, wie Geflüchtete



Frauen* in Lagern leben und mit wie viel Aufmerksamkeit die selben Medien und die selben Autoritäten reagieren, wenn über einen Übergriff dort berichtet wird. Das ist ein klarer Fall von Rassismus."[4]

Berichterstattung in einer neuen Dimension?

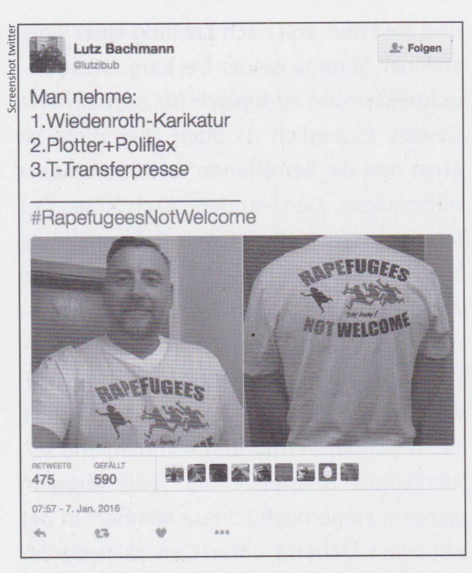
Einige Tage nach den Übergriffen gab es ein breites Medienecho, inzwischen haben die Ereignisse in Köln einen eigenen Wikipedia-Eintrag. Alle großen Parteien Deutschlands gaben ein Statement ab und schlugen in die gleiche, rassistische Kerbe. Selbst Sarah Wagenknecht von der Linken ließ verlauten, wer sein Gastrecht missbrauche, habe sein Gastrecht verwirkt. Auch zahlreiche Antifeminist*innen meldeten sich zu Wort. So hält beispielsweise Birgit Kelle, Autorin der antifeministischen Schmähschrift „Dann mach doch die Bluse zu" Köln möglicherweise für „ein Zeitdokument dramatisch gescheiterter Integration".[5] Auch in der internationalen Berichterstattung wurden die Übergriffe meist in direktem Zusammenhang mit Geflüchteten gestellt. So griff der US-amerikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump das Thema auf und führte den Vorfall auf Merkels seiner Meinung nach fehlgeschlagene Flüchtlingspolitik zurück. In einigen europäischen Zeitungen wurden die Ereignisse in einem Atemzug mit den Anschlägen in Paris genannt. Der damalige Kölner Polizeipräsident Albers sprach von Straftaten in einer völlig neuen Dimension. Er findet: „Es ist ein völlig unerträglicher Zustand, dass solche Taten mitten in der Stadt begangen werden."[6] Dabei sind Übergriffe und Vergewaltigungen entgegen der medialen Darstellung leider alltäglich, sodass es fraglich bleibt, ob Albers die Übergriffe ebenso unerträglich finden würde, wenn diese nicht in Sichtweite eines solch symbolträchtigen Ortes wie dem Kölner Dom stattfinden.

Anzeigen gegen sexualisierte Gewalt laufen häufig ins Leere und können vielfach eine enorme psychische Belastung darstellen, sodass viele Betroffene* die Täter* nicht anzeigen. Neu in dem Kölner Fall ist die hohe Zahl der Anzeigen — die durch die hohe Zahl der Übergriffe zustande kam und vielleicht, weil die Betroffenen* ausnahmsweise dazu ermutigt wurden und sich ernst genommen fühlen konnten. Die Diskussion darüber, wie viele Anzeigen es jährlich auf dem Oktoberfest gibt und wie hoch wohl die Dunkelziffer sein mag, wurde in den Medien breit geführt und ist müßig. Jeder sexualisierte Übergriff ist einer zu viel und nicht durch Vergleiche zu relativieren. Fakt ist, dass sie zu oft verharmlost wird, wie sich am Oktoberfest zeigen lässt. Dies zeigt beispielsweise ein Ausschnitt aus dem Polizeibericht der Münchener Polizei vom Oktoberfest 2015 („Wiesn-Report"): „Ein spaßig gemeinter Griff unter den Rock seiner amerikanischen Wiesn-Bekanntschaft endete für einen 20-jährigen Deggendorfer äußerst schmerzhaft. Die 'Rockbesitzerin' drehte sich mit samt Maßkrug um und das Trinkgefäß landete wuchtig auf dem Kopf des kecken Burschen." Darauf folgte der Hinweis, dass es sich um eine gefährliche Körperverletzung handle und die Frau* erst nach Zahlung einer vierstelligen Summe wieder frei kam. Diese Berichterstattung ist typisch für sexualisierte Gewalt: Eigentlich ist doch alles nicht so ernst und die Betroffenen* sind zumindest mitschuldig. Ganz anders nach Köln. Der Justizminister Heiko Maas z.B. bezeichnete die Angriffe auf Frauen* in Köln als einen Zivilisationsbruch und bemühte somit einen Terminus, der meist im Zusammenhang mit dem Holocaust benutzt wird. Während weiße Männer* also in den Genuss der Unschuldsvermutung kommen und sexualisierte Übergriffe als Spaß abgetan werden, stehen geflüchtete Männer* in der aktuellen Debatte unter Generalverdacht. So verteilten männliche* Geflüchtete in verschiedenen deutschen Städten Rosen an Passant*innen, um sich von den Übergriffen zu distanzieren und sich kollektiv zu entschuldigen. Die rassistische Verknüpfung von Sexismus und Gewalt mit Hautfarbe und/ oder Herkunft stellt diese Menschen unter Generalverdacht. Durch diesen verstärkt sich die existenzielle Angst vor einer Abschiebung oder gewalttätigen Angriffen.

Von der Debatte zur Asylrechtsverschärfung

Innenminister De Maizière sprach sich dafür aus, die Abschiebung straffällig gewordener Asylbewerber*innen zu erleichtern und darüber zu reden, die Regel zu ändern, nach der nur eine Haftstrafe von drei Jahren oder mehr sich auf das Asylverfahren negativ auswirken solle. Diese Forderung, so widerlich sie ist, entlarvt die aktuelle Debatte als puren Populismus. Denn selbst wenn man diesem Gedanken nicht kritisch gegenübersteht, ist die dahinter stehende Argumentation alles andere als schlüssig. Beispielsweise ist das Problem der Frauen*feindlichkeit der Täter* mit der Abschiebung eines verurteilten Sexualstraftäters* nicht gelöst, da dieser in dem Land, in welches er abgeschoben wird, vermutlich nicht aufhören wird, Frauen* zu belästigen. Dies wird in der Debatte um Asylrechtsverschärfung völlig außer acht gelassen.

Zudem ist das deutsche Sexualstrafrecht täter*freundlich. Es ist extrem schwer, eine Verurteilung aufgrund eines Übergriffs zu



Der PEGIDA-Frontmann Lutz Bachmann bringt mit seinem T-Shirt den rassistischen Rundumschlag nach Köln auf den Punkt.

erreichen und an das Verhalten der Betroffenen* werden hohe Anforderungen gestellt: Hat die Betroffene* sich nicht in juristisch ausreichendem Maße gewehrt, ist der Täter* nicht schuldig. Zudem gilt die Unschuldsvermutung und meist steht Aussage gegen Aussage. Übergriffe, die keine Vergewaltigungen sind, gelten höchstens als sexuelle Nötigung, der Strafrahmen ist gering. Die wenigsten Täter* von Köln könnten nach geltendem Recht überhaupt verurteilt werden. Die Empörung über Köln ist lediglich ein guter Aufhänger für eine rassistische und menschenverachtende Verschärfung des Asylrechts. In der ZDF-Talkshow „Maybrit Illner" wurden die Anschläge in der Türkei und die Übergriffe in Köln zusammen behandelt, Thema: „Leben mit Angst und Terror". Der Tenor auch hier klar, Geflüchtete bringen Sexismus und Terror nach Deutschland. Antisexismus ist über Nacht zur deutschen Leitkultur geworden.

Instrumentalisierung von sexualisierter Gewalt durch Konservative und Rechte

Es ist erstaunlich, wer sich seit Jahresbeginn für die Selbstbestimmung von Frauen* einsetzt. Mit dabei viele Akteur*innen, die sich in ihrer politischen Vergangenheit nicht durch feministische Interventionen, sondern durch reaktionäre, hetero-sexistische und frauen*verachtende Ansichten hervorgetan haben. Vorne mit dabei sind Politiker*innen der CDU/ CSU und ihr lautester Vertreter Horst Seehofer. Dieser und 130 Abgeordnete, unter ihnen Erika Steinbach, Volker Kauder und Peter Ramsauer, hatten 1997 noch gegen ein Gesetz gestimmt, nach dem Vergewaltigung in der Ehe strafbar werden sollte. Das Gesetz trat in Kraft, sicherlich nicht zur Freude der benannten Politiker*innen. Nun fordert Seehofer eine Verschärfung der Strafen und ein härteres Vorgehen gegen straffällige Migrant*innen und empört sich lautstark über die Vorgänge in Köln. Deutlich zeigt sich in diesem Meinungsumschwung, dass sexualisierte Gewalt nur dann ein Problem für die Christdemokrat*innen ist, wenn sie von nicht-weißen, nicht-deutschen Männern* ausgeübt wird. Neben der vermeintlichen bürgerlichen Mitte versuchen auch Rechtspopulist*innen und Neonazis schon länger, sich auf die Selbstbestimmung von Frauen* als Legitimation ihrer politischen Ziele zu beziehen. So warnte der Fraktionsvorsitzende der AfD in Thüringen Björn Höcke davor, weiße Frauen* könnten sich in Deutschland durch zu viel Zuwanderung nicht mehr sicher fühlen. Die AfD-Vorsitzende Frauke Petry gibt der Flüchtlingspolitik die Schuld an den Übergriffen. So kritisiert sie Grüne und Linkspartei: „Sie nehmen bewusst in Kauf, einer frauenfeindlichen und fundamental religiös motivierten Gesellschaftskultur den Weg nach Deutschland und Europa zu ebnen und gefährden damit die über Jahrhunderte seit der Aufklärung erkämpften Frauenrechte und unsere freiheitlich demokratische Grundordnung."[7] Dabei sind die geschlechter- und familienpolitischen Positionen der AfD selbst frauen*feindlich und fundamental religiös. Beatrix von Storch, stellvertretende Vorsitzende der Partei, sieht in der Homosexualität eine Bedrohung der „Familie als nationale Keimzelle" und beteiligt sich jährlich am „Marsch für das Leben" in Berlin in vorderster Reihe. Dieser ist eine Demonstration mit weit über 5000 Teilnehmenden, die christlichen Fundamentalist*innen als Plattform dient, sich u.a. gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch zu positionieren.

Die „Junge Alternative" verwendet gern sexistische Plakate, auf denen u.a. mit nackten Frauen*körpern geworben wird. Ihr Vorstandvorsitzender Markus Frohnmaier warf der Grünen-Politikerin Claudia Roth vor, sie habe in Köln durch ihre Position in der Debatte um Asyl „mittelbar mit vergewaltigt". Besonders erhellend in Hinblick auf die emanzipatorischen Qualitäten der Jugendfraktion der AfD war 2014 eine Kampagne auf Facebook, bei der sich verschiedene Mitglieder mit Plakaten ablichten ließen. Auf die Plakate hatten sie geschrieben, warum sie kein*e Feminist*innen seien. Unter anderem mit dem wohl überlegten Statement: „Ich steh auf Frauen, die den Feminismus ablehnen, weil ich wahre Weiblichkeit wunderschön finde." So weit dazu. Mit einem Bild, auf dem Lutz Bachmann, führender Akteur bei PEGIDA, ein T-Shirt trägt, auf dem „Rapefugees not welcome" steht, schafft es dieser dem rassistischen Rundumschlag gegen Geflüchtete nach den Übergriffen von Köln einen traurigen Höhepunkt zu geben.

Nach den Übergriffen an Silvester versuchen die Rechtspopulist*innen, an feministische Diskurse Anschluss zu finden, um sie für ihre rassistische Hetze zu benutzen. Sie scheitern dabei vorhersehbar an ihren eigenen frauen*feindlichen und heterosexistischen Positionen. Neben der AfD instrumentalisieren auch andere rechtspopulistische, neonazistische und rassistische Akteur*innen die sexuelle Gewalt gegen Frauen* für ihre politischen Ziele.

Rechte Mobilisierung nach Köln

Am 9. Januar rief ein Zusammenschluss von Pro NRW und Pegida NRW in Köln zu einer Kundgebung auf. Dabei versammelten sich ca. 1300 Personen in Bahnhofsnähe. Anmelder war Dominik Roessler von Pro NRW, der bereits die Hogesa-Demonstration im Oktober 2014 angemeldet hatte. Pro NRW bewarb die Demonstration auf ihrer Internetseite als „Mahnwache anläßlich der unfaßbaren Sex-Ausschreitungen" und verharmlost mit der Wortwahl die stattgefundene sexualisierte Gewalt, ohne jedoch darauf zu verzichten, diese für ihre rassistische Hetze zu instrumentalisieren. Die anschließende Demonstration von einem überparteilichen Bündnis bestehend aus Pro NRW, Pedida NRW, NPD und Die Rechte wurde aufgrund von gewalttätigen



Auseinandersetzungen mit der Polizei zunächst eingekesselt und dann aufgelöst. Die Mobilisierung tat trotzdem ihre Wirkung. Nur einen Tag später, am 10. Januar, wurden in Köln mehrere nicht-weiße, nicht-deutsche Personen von Rassist*innen durch die Stadt gejagt und verletzt. Die Antifa Koordination Köln und Umland (AKKU) informiert auf ihrer Internetseite über die Angriffe auf mindestens 12 Personen.[8]

Die unter dem Motto zur „Verteidigung und zum Schutz deutscher Frauen" bei facebook gegründete Gruppe „Kölner Bürgerwehr" und zahlreiche ähnliche Gruppen bundesweit legitimieren und organisieren solche Angriffe. Die erst genannte ruft dazu auf, gemeinsam „tägliche Patrouillen mit Kampferfahrenen [sic!] Leuten durch no go Areas durch[zu]führen." Kommentare auf der Facebookseite, die über 5000 likes hat, zeigen deutlich, in welche Richtung die Mobilisierung der Gruppe geht: „Wir kommen. Wir schlagen die Asylanten KO! Und die ganzen Ausländerparasiten gleich mit. Wir setzen ein Zeichen."[9]

Eine weitere von vielen Demonstrationen rechter Akteur*innen fand am 23. Januar 2016 in Berlin statt. Aufgerufen hatte der „Internationale Konvent der Russlanddeutschen" und wurde dabei tatkräftig von der NPD, „Bärgida", „Pro-Deutschland" und Reichsbürgern unterstützt. Hierbei ging es um eine vermeintlich durch Geflüchtete vergewaltigte Minderjährige aus Berlin. Anmelder der Demonstration war Genrih Grout, der bereits öfters durch Verbindungen zur NPD auffiel und 2006 für die rechtspopulistische „Offensive D", vormals Schill-Partei, im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf kandidierte. Zuvor hatte es in Marzahn bereits eine NPD-Kundgebung unter dem Motto „Männer schützt eure Frauen" gegeben, an der 30 Neonazis teilnahmen.

Die konservative, rechtspopulistische und neonazistische Bezugnahme auf die Selbstbestimmung von Frauen* verfehlt jeden emanzipatorischen Anspruch. Denn der Fokus auf die Herkunft der Täter*, die Verortung von sexueller Gewalt auf der Seite der „Anderen" und die weitere Tabuisierung von sexueller Gewalt in der weißen, deutschen Gesellschaft, in der durch strukturellen Sexismus und Homophobie sexualisierte Gewalt und Übergriffe auf Frauen*, Homosexuelle*, Trans* und Inter* produziert und legitimiert wird, helfen den Betroffenen* nicht. Ihnen wird eine passive Rolle zugeschrieben, sodass nun ein weißer, meist männlicher* Mob meint, sie beschützen zu müssen und dabei die ihnen widerfahrene Gewalt für dessen Zwecke instrumentalisiert. •

1 Die Übergriffe in Köln haben eine breite Debatte in den Medien ausgelöst, die viele und auch uns als aktive Feminist*innen in ihrem rassistischen Ausmaß schockiert hat. Der folgende Artikel soll eine linksradikale, feministische und antirassistische Perspektive auf die gesellschaftlichen Reaktionen bieten, dabei ist es uns wichtig zu erwähnen, dass wir selbst nicht von Rassismus betroffen sind. **2** Weil es mehr als zwei Geschlechter gibt und wir keine Person einem solchen zuordnen wollen, benutzen wir das *. Da sexualisierte Gewalt meist von Cis-Männern ausgeht und um diesen Umstand sichtbar zu machen, haben wir das Wort Täter nicht zusätzlich durch die weibliche Form gegendert. Cis bedeutet, dass sich die Personen, mit dem Geschlecht, das ihnen bei der Geburt und ihrer Sozialisierung zugesprochen wurde, identifizieren. **3** Alice Schwarzer auf aliceschwarzer.de **4** Übersetzt von den Verfasser*innen, Original: https://iwspace.wordpress.com/2016/01/18/sexualized-violence-and-the-recent-debate-in-germany/ **5** Gastbeitrag im Focus vom 09. Januar. 2016. **6** Die Zeit am 4. Januar 2016. **7** www.alternativefuer.de/2016 /01/06/petry-massenhafter-missbrauch-von-frauen-in-koeln-erinnert-an-rechtlose-zustaende-zum-kriegsende **8** https://antifakoeln.noblogs.org/koelner-zustaende-am-10-januar **9** www1.wdr.de/themen/aktuell/buergerwehr-bei-facebook-100.html

GESELLSCHAFT

Die parlamentarische Linke in der BRD nähert sich in weiten Teilen mit Riesenschritten dem rechten Zeitgeist in der Flüchtlingspolitik an. Frühere Positionen werden gegen „realistischere" eingetauscht anstatt konsequenten Widerstand gegen die rassistischen Zustände zu leisten.

Die Anbiederung an den rechten Zeitgeist

Die parlamentarische Linke und die Flüchtlingspolitik

MICHAEL LAUSBERG

Bündnis 90/Die Grünen waren für die erneute Asylrechtsverschärfung im Winter 2015 mitverantwortlich. Die Asylrechtsverschärfung sieht unter anderem vor, dass Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive früher an Sprachkursen teilnehmen "dürfen". Der Bund nimmt Ländern und Kommunen zudem einen größeren Teil der Gesamtkosten ab. Im Gegenzug dazu werden Abschiebungen erleichtert und die Balkanstaaten Albanien, Kosovo und Montenegro zu „sicheren Herkunftsstaaten" erklärt. Die Erstaufnahmeeinrichtungen sollen statt Taschengeld künftig verstärkt Sachleistungen ausgeben, etwa in Form von Wertgutscheinen.

Obwohl die Verschärfung innerhalb der eigenen Partei umstritten war, stimmten auch grün regierte Länder im Bundesrat dafür, so dass das Gesetzespaket zum 1. November in Kraft treten konnte. Während die Mehrheit der Länder mit "Ja" stimmte, enthielten sich die Koalitionen aus Bremen, Niedersachsen (beide Rot-Grün), Brandenburg (Rot-Rot) und Thüringen (Rot-Rot-Grün). Die Regierungen hatten sich nicht auf eine gemeinsame Linie einigen können.

Im Bundestag hatte dem Gesetzespaket lediglich eine Abgeordnete zugestimmt, während der Großteil der Fraktion sich enthielt. Im Bundesrat stimmten dagegen mehrere Länder mit grüner Regierungsbeteiligung zu, darunter Baden-Württemberg. Deren Ministerpräsident Winfried Kretschmann sagte vor der Abstimmung, sein Land stoße „wegen der Flüchtlingszahlen an seine Grenzen". Mit den Gesetzesänderungen wolle er der Bevölkerung zeigen, „dass wir als Politik in der Lage sind, geschlossen zu handeln". Nur so könne man „den breiten gesellschaftlichen Konsens" für die Aufnahme von Flüchtlingen erhalten.[1]

Besonders Kretschmann steht für „die neuen Grundlinien grüner Flüchtlingspolitik in Zeiten der Massenzuwanderung."[2] Er sprach sich für einen „pragmatischen Humanismus" aus, der „Kompromisse" erforderlich mache. Am 1. Oktober 2015 tönte er im Landtag, dass es „ein Fehler, vor allem der politischen Linken, gewesen", sei, „zu tolerant gegenüber Verhaltensweisen zu sein, die mit den Werten der Verfassung nicht vereinbar seien. Die Lehre daraus ist: Wer zu uns kommt, den müssen wir auch fordern."[3]

Diese Linie Kretschmanns wurde nur in Teilen der Partei, u.a. von Claudia Roth und Volker Beck, kritisiert. In Rheinland-Pfalz trat ein Abgeordneter wegen der Flüchtlingspolitik aus seiner Partei aus. In Hessen verließ die grüne Integrationsbeauftragte die Fraktion im Landtag.

Kretschmann warb auch um „Verständnis" für Maßnahmen im eigenen Bundesland, die Beschlüssen der Partei zuwider laufen: Auf eine Ausweitung der Wohnfläche pro Flüchtling verzichtet Baden-Württemberg, ebenso auf den Grundsatz, Flüchtlinge dezentral in kleinen Einheiten unterzubringen. Stattdessen wird dort künftig mit einer zentralen Registrierungsstelle in Heidelberg die Aufnahme besonders straff organisiert.

Rechtspopulismus in der Linkspartei

Auch die LINKE konnte sich nicht dazu durchringen, dem rechten Zeitgeist die Stirn zu bieten und geschlossen gegen die Verschärfung zu stimmen. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow nannte die Enthaltung seines Landes eine „Erinnerung daran, dass ein besseres Gesetz möglich gewesen wäre".[4] Er kritisierte unter anderem, dass die Gesetzesänderung ein dauerhaftes Arbeitsverbot für geduldete Menschen aus „sicheren Herkunftsstaaten" vorsehe. Die Maßnahme treibe die Geduldeten „in die Illegalität und die soziale Stigmatisierung".

Wenige Tage, nachdem die Große Koalition beschloss, das Asylrecht weiter zu verschärfen, forderte Oskar Lafontaine (LINKE), die Zahl der Flüchtlinge, denen in der BRD Schutz gewährt wird, durch „feste Kontingente in Europa zu begrenzen und dafür den hier Aufgenommen zu ermöglichen, ihre Ehepartner und Kinder nach zu holen".[5] In rechtspopulistischer Manier behauptete er, „ein stetig ansteigender Zuzug" hätte „zwangsläufig zur Folge, dass der Nachzug von Familienmitgliedern be-

grenzt werden müsste. (...) Eine entsprechende klare Aussage der Bundeskanzlerin Angela Merkel fehlt bisher. Nach Auffassung führender Politiker in Europa ist sie daher mittlerweile mit verantwortlich für die stetig ansteigenden Flüchtlingszahlen und das Erstarken rechter Parteien in Europa."[6]

Mit seinen populistischen Thesen stellte sich Lafontaine offen in eine Reihe mit der CSU und anderen rassistischen Scharfmacher_innen. Lafontaine startete auch den Versuch, ärmere Deutsche gegen Flüchtlinge auszuspielen: „Die Kosten dürfen nicht diejenigen tragen, die ohnehin schon benachteiligt sind, nämlich die Geringverdiener, Arbeitslosen, Rentner und Familien."

Gerade Lafontaine zählt zu den „Pionieren der reaktionären deutschen Flüchtlingspolitik".[7] Er war im August 1992 zusammen mit dem damaligen SPD-Vorsitzenden Björn Engholm für die „Petersburger Wende" verantwortlich, der Radikalisierung der SPD in der Asyl- und Außenpolitik. Sarah Wagenknecht bekräftigte die Aussagen Lafontaines zu „europäischen Kontingenten" in der Flüchtlingspolitik. In einem Interview am 7. Dezember 2015 stellte sie fest: „Wir können nicht jedes Jahr eine Million Menschen aufnehmen. Deshalb muss Deutschland viel mehr dafür tun, dass nicht mehr so viele Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Die Kriege sind ja die Fluchtursache Nummer eins."[8] Weiterhin versuchte sie Teile der Wähler_innen der Linkspartei, die mit den Forderungen von PEGIDA sympathisieren, vom Vorwurf des Rassismus freizusprechen: „Ich halte es genauso für falsch, jeden, der Probleme anspricht, die wir infolge der Flüchtlingskrise haben, oder der sich Sorgen macht wegen steigender Mieten oder Kürzungen an anderer Stelle, in die PEGIDA-Ecke zu stellen."[9]

Wagenknechts und Lafontaines Linie in der Flüchtlingspolitik ist keine Randerscheinung in der Linkspartei. Teile der Basis scheinen nicht nur in diesen Punkten übereinzustimmen, sondern insgesamt eine „härtere" politische Gangart wie die CSU zu fordern. Ein Beleg für diese Stimmung sind die Aussagen von Thomas Holtey, einem von zwei Kreissprechern der Linkspartei in Solingen, die er in einem Interview im September 2015 mit dem Renegaten Jürgen Elsässer für das rechte Magazin „Compact" machte.

Holtey ist „unzufrieden" mit der politischen Führung der Linkspartei und sieht „beim Thema Asyl dringenden Diskussionsbedarf".[10] Dazu bemerkte er: „Was mich nervt ist (...), dass bei meinen Genossen gegenüber Asylbewerbern so gut wie immer die Unschuldsvermutung gilt. Das bezieht sich sowohl auf das Thema des tatsächlichen oder angeblichen Asylgrundes, als auch auf das Thema der Kriminalität (...), Das Thema Abschiebung ist für viele Linke schlichtweg „böse" und für sie wahrscheinlich ein Zeichen dafür, wie ‚menschenverachtend' unser Staat sei. Dabei könnte man das Agieren dieses Staat tatsächlich als menschenverachtend bezeichnen, jedoch gegen das eigene Volk, schließlich habe ich noch nicht davon gehört, dass die Bürger in punkto Asylpolitik einbezogen werden."[11]

Die sexuellen Übergriffe an Silvester 2015/16 in Köln und anderswo beherrschten die Medienlandschaft in der BRD mehrere Wochen lang. In diesem Zusammenhang stellte Sarah Wagenknecht fest: "Wer sein Gastrecht missbraucht, der hat sein Gastrecht eben auch verwirkt."[12] Deshalb musste sie sich gegen ungewöhnlich heftige Kritik der von ihr geführten Bundestagsfraktion wehren. Nur sechs Parlamentarier ergriffen Partei für sie, ansonsten sprach sich nahezu die gesamte Fraktion gegen ihre Vorsitzende aus. Jan van Aken schrieb auf Twitter, Wagenknechts Aussage sei keine linke Position. Seit der Silvesternacht hätten, laut Wagenknecht, viele Menschen in Deutschland die Befürchtung, dass in der Bundesrepublik „rechtsfreie Räume" entstanden seien. Seit Jahren seien Stellen bei der Polizei abgebaut worden, so dass die Sicherheitsbehörden „der Probleme nicht mehr Herr" würden. Sie forderte eine Kurskorrektur und die Aufstockung der Dienststellen bei der Polizei.[13]

Als Reaktion auf Wagenknechts Äußerungen verabschiedete die Fraktion eine Acht-Punkte-Erklärung, in der sie auch weiterhin Asylrechts- und Strafrechtsverschärfungen konsequent ablehnte: „Für die Linke ist das Prinzip des Rechtsstaats unverhandelbar. Straftaten müssen für alle Menschen die gleichen Rechtsfolgen — unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Äußerem oder Herkunft — haben." Die Fraktion sei solidarisch mit Flüchtlingen und verstehe sich als parlamentarischer Arm von den Hunderttausenden von ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer_innen. Die Fraktion lehnte auch die von Lafontaine ins Spiel gebrachten Obergrenzen für die Flüchtlingszahlen ab: „Die Bundestagsfraktion der Linken lehnt Debatten über Obergrenzen ab. Grundrechte kennen keine Obergrenze".[14]

Insgesamt gesehen führen die Uneinigkeit, fehlende Konzepte und die teilweise Übernahme von rechten Parolen dazu, dass die parlamentarische Linke keinen Gegenpol zur aktuellen rassistischen Politik darstellen kann. Linke Politik muss darin bestehen, mit allen Mitteln dem rechten Zeitgeist entgegenzutreten und konstruktive Antworten im gegenwärtigen Diskurs zu bieten, ohne sich diesem anzubiedern. „Verständnis" für die „Sorgen der PEGIDA-Anhänger_innen" zu haben, ist nichts anderes als Rassismus zu tolerieren. •

Zum Autor: Michael Lausberg, Dr. phil (Politikwissenschaften), studierte Pädagogik, Philosophie, Politikwissenschaften und Neuere Geschichte sowie den Aufbaustudiengang Interkulturelle Pädagogik an den Universitäten Aachen, Köln und Amsterdam." Seit 2007 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) und zudem als freier Publizist tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Theorie, extreme Rechte, Rassismus, Antiziganismus sowie Migration. Regelmäßige Veröffentlichungen im Migazin, in hagalil, Netz gegen Nazis, im DISS-Journal, bei Kritisch Lesen und in der Tabula Rasa.

1 www.taz.de/!5239482 **2** www.spiegel.de/politik/deutschland/winfried-kretschmann-zur-asylpolitik-fordern-und-foerdern-a-1055749.html **3** Ebd. **4** Ebd. **5** www.linksfraktion-saarland.de/nc/presse/pressemitteilungen/detail/zurueck/presse-4/artikel/oskar-lafontaine-fluechtlings-zuzug-begrenzen-um-in-deutschland-den-familiennachzug-zu-ermoeglichen **6** Ebd. **7** www.wsws.org/de/articles/2015/11/11/lafo-n11.html **8** www.spiegel.de/politik/deutschland/sahra-wagenknecht-militaerische-interventionen-des-westens-helfen-dem-is-a-1066246.html **9** Ebd. **10** www.compact-online.de/compact-magazin-september-2015 **11** Ebd. **12** www.spiegel.de/politik/deutschland/sahra-wagenknecht-zum-asylrecht-die-gast-rechte-a-1071614.html **13** Ebd. **14** www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand-2014-2016/beschluesse/kein-gast-oder-gnadenrecht-asylrecht-ist-menschenrecht/

SPANIEN

In Spanien verbündeten sich vor 80 Jahren Sozialisten und Kommunisten mit bürgerlichen Kräften zur Volksfront. Den Faschismus konnten sie dennoch nicht aufhalten.

Sieg der Volksfront

FLORIAN OSUCH

Am 16. Februar 1936 gewann in Spanien ein Bündnis aus Sozialisten, Kommunisten und bürgerlich-liberalen Republikanern die Parlamentswahlen. Unterstützt wurden sie von Anarchisten und Anhängern der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung.

Es war ein ungewöhnliches Bündnis, das den Namen Volksfront (spanisch Frente Popular) trug. Trotz ideologischer Unterschiede und obwohl sich einige der beteiligten Organisationen in der Vergangenheit feindlich gegenüber standen, hatten sie doch allesamt eingesehen, dass man die Gefahr des Faschismus in ihrem Land nur gemeinsam abwehren könne. Im Nachbarland Portugal hatte 1933 António Salazar den faschistischen „Estado Novo" ausgerufen, in Italien herrschte Mussolini und in Deutschland war Hitler die Macht übertragen worden. Wie real die faschistische Bedrohung auch in Spanien war, sollte sich mit dem Putsch unter General Franco nur ein halbes Jahr nach dem Sieg der Volksfront zeigen.


Foto: Google Cultural Institut cc-by-sa/PD-US

Wie kam es nun zu diesem historischen Bündnis? Nachdem in Spanien 1931 der König gestürzt und eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie gebildet worden war, wechselten sich republikanisch geführte Regierungen und solche der klerikal-monarchistischen Rechten ab. Zentrale Fragen in jener Zeit waren die Belange der Arbeiterklasse, eine Reform der auf Adel und Großgrundbesitz ausgerichteten Landwirtschaft, die Trennung von Kirche und Staat sowie Autonomierechte für die Regionen Katalonien, Galicien und dem Baskenland. Ab 1933 waren die Rechten am Zug. Sie gingen hart gegen zaghafte Versuche einer Demokratisierung vor und nahmen erste Reformen in den genannten Bereichen wieder zurück. Das Regime stütze sich wieder auf die alte Herrschaft aus Oligarchen, Adel, Kirche, Monarchisten, Militärs und aufstrebenden faschistischen Kräften. Dieser Koalition stand ein weitgehend zersplittertes Lager von Liberalen, Sozialisten, Republikanern, Kommunisten und Regionalparteien gegenüber.

Viele Arbeiter in Spanien trotzten der rechten Zentralregierung. Es kam zu Massenmobilisierungen und Streiks. 1934 revoltierten Arbeiter in Asturien in Nordspanien. Temporär überwanden dort Sozialisten, Anarchisten und Kommunisten ihre Streitigkeiten. 8.000 Bergleute besetzten die Provinzhauptstadt Ovideo. Eine proklamierte Arbeiter- und Bauernmacht hielt neun Tage. Die Regierung ließ Francisco Franco die Revolte niederschlagen. Mehr als 2.000 Arbeiter wurden getötet, 40.000 Personen verhaftet. Die Repression traf nicht nur die Arbeiterparteien, sondern auch bürgerliche Liberale und Republikaner. Folglich setzte man sich gemeinsam für die Freilassung der Inhaftierten ein.

Der kommunistischen Bewegung, in Spanien durch die PCE vertreten, kam in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu. Auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale im Sommer 1935 in Moskau wurde beschlossen, Sozialisten, Sozialdemokraten und linksbürgerlichen Kräfte fortan nicht mehr als Feinde zu betrachten. José Díaz, Generalsekretär der PCE, rief zur Einheit aller Antifaschisten auf. Doch die bürgerlichen Kräfte trauten den Kommunisten zunächst nicht, denn deren revolutionäre Basis wollte die parlamentarische Demokratie durch einen demokratischen Zentralismus sowjetischer Prägung ersetzen.

Wegen eines Korruptionsskandals geriet die rechte Regierung ins Wanken und Neuwahlen wurden angesetzt. Nach kurzen und zähen Verhandlungen schlossen sich die antifaschistischen Kräfte am 15. Januar 1936 zur Volksfront zusammen. Ihr gehörten gemäßigten Republikaner, bürgerliche Liberale, die sozialistische PSOE, die Kommunisten sowie die kleine linkssozialistische POUM an. Unterstützung kam von der führenden Kraft in Katalonien, der Repu-

1 Dolores Ibárruri: Der einzige Weg. Erinnerungen. Dietz Verlag, Berlin 1964.



Foto: Google Cultural Institut cc-by-sa/PD-US

blikanischen Linken ERC, und auch vom führenden Gewerkschaftsverband UGT. Bedeutsam war zudem, dass die anarchistische CNT erstmals nicht zum Wahlboykott aufrief.

Doch das Misstrauen der bürgerlichen Parteien gegenüber den Kommunisten — und selbst gegenüber den Sozialdemokraten — war groß. Liberale und Republikaner setzten durch, dass bei einem Wahlsieg nur sie allein die Regierung stellen würden. Angesichts der „unmittelbaren bevorstehenden Drohung" durch den Faschismus, wie die spätere Vorsitzende der PCE Dolores Ibárruri in ihren Erinnerungen[1] schrieb, traten die Kommunisten der Frente Popular bei. Bei den Wahlen am 16. Februar 1936 konnte die Volksfront einen historischen Sieg erringen. Sie kam auf 277 der 441 Sitze im Parlament, auf rechte Parteien kamen 132 Mandate, 32 Sitze gingen an das sogenannte Zentrum.

Der Sieg des antifaschistischen Blocks hatte die revolutionär eingestellten Wähler euphorisiert, darunter viele Anarchisten, die sich erstmalig an einer Abstimmung beteiligt hatten. Noch bevor die neue Regierung vereinbarungsgemäß ein Dekret für die Freilassung politischer Gefangenen unterzeichnet hatten, stürmten bereits Arbeiter dutzende Gefängnisse und befreiten ihre Mitstreiter. Auf dem Land warteten die Bauern nicht auf Maßnahmen ihrer Regierung, man ging zur direkten Aktion über. Ausgehend von Extremadura im Südwesten Spaniens startete eine Welle von Landbesetzungen. Derlei Aktivitäten zwangen die Regierung, ihre geplante Agrarreform unverzüglich vorzunehmen. Es wurden fast 800.000 Hektar Land verteilt, davon waren 100.000 Hektar ohne Vergütung vom Grundadel konfisziert worden. So mancher Großgrundbesitzer wurde von seinem Gut verjagt, Andere setzten sich ins Ausland ab.

Auch die Entmachtung der Kirchen ging Einigen nicht schnell genug. Im ganzen Land wurden Kirchen und Klöster in Brand gesetzt. Binnen weniger Monate ließ die Regierung 7.000 weltliche Schulen errichten und konnte so das Bildungswesen zumindest teilweise aus den Händen des Klerus reißen. Auch die Katalanen nahmen ihre Zukunft selbst in die Hand ohne auf Weisung aus Madrid zu warten. Sie proklamierten ihre Autonomie und die abgesetzte Regionalregierung nahm ihre Arbeit wieder auf. Für Galicien und das Baskenland wurden eigene Autonomiepläne verwirklicht.

Die spanische Rechte hatte ihre Niederlage zügig verarbeitet. Monarchisten, verbliebene Großgrundbesitzer, Industrielle, Adelige, Vertreter der Kirche und des Militärs sowie Bürgerlich-Konservative im Bündnis mit Faschisten setzten alles daran, das Land zu destabilisieren und die Volksfront zu stürzen. Die berüchtigte Polizeitruppe Guardia Civil ging gegen revolutionäre Bauern vor. Konzernherren schlossen ohne ersichtlichen Grund zahlreiche Fabriken, die Arbeitslosigkeit stieg. Faschistische Gruppierungen setzten auf Straßenterror, der vor allem Kommunisten, Sozialisten und Liberale traf. Kein Tag verging ohne Tote. Politiker, Journalisten, Richter und Kulturschaffende wurden ermordet. Frühzeitig wurde die faschistische Bewegung aus Deutschland unterstützt. Die NSDAP verfügte im April 1936 bereits über 50 Stützpunkte im ganzen Land und auch die Gestapo hatte ihre Arbeit bereits aufgenommen.

Vor allem die Kommunisten warnten, die Gefahr des Faschismus sei mit der Übernahme der Regierung keineswegs gebannt. Sie forderte unter anderem, rechte Militärs zu entlassen, doch dazu kam es nicht. Francisco Franco war mittlerweile Oberbefehlshaber der Armee und wurde als Militärgouverneur auf die kanarischen Inseln versetzt. Im Hintergrund wurden bereits Pläne für einen Umsturz geschmiedet.

Am 17. Juli 1936 putschten Militärs unter der Führung von Franco. Die Rechten errangen bald die Kontrolle über die Städte Sevilla, Cádiz, Córdoba, Zaragoza, Burgos sowie über die Regionen Galicien, Mallorca und Navarra. Die bevölkerungsreichen Provinzen Madrid, Valencia und Barcelona blieben bis fast zum Ende des Spanienkrieges unter Kontrolle der Volksfront. Das nationalsozialistische Deutschland unterstützte seinen Verbündeten: Bereits im November 1936 trafen die ersten 5.000 Wehrmachtssoldaten in Spanien ein, Ende November weitere 7.000 Soldaten der Legion Condor. Antifaschisten aus ganz Europa und Übersee gingen nach Spanien und bildeten die Internationalen Brigaden. Doch auch sie konnten die Putschisten nicht aufhalten. Am 1. April 1939 erklärte Franco den Sieg über die Spanische Republik. Er führte das Land in eine klerikal-faschistische Diktatur und stand bis zu seinem Tod 1975 an der Spitze des Staates. •

ZUM WEITERLESEN

Peter Rau: Der Spanienkrieg 1936—39, PapyRossa Verlag, Köln 2012

Silke Hünecke: Überwindung des Schweigens — Erinnerungspolitische Bewegung in Spanien, Edition Assemblage, Münster 2015

VENEZUELA

Am 11. Juli 2014 wurde Bernhard Heidbreder in Mérida, Venezuela, festgenommen und zwei Wochen später nach Caracas gebracht. Dort sitzt er bis heute in Haft. Ein Ende ist (nicht) absehbar.

Über 19 Monate Haft und kein Ende absehbar

SILKE STUDZINSKY

Grundlage für Bernds Festnahme war ein internationaler Haftbefehl. Deutschland hatte seine Auslieferung beantragt. Die Bundesanwaltschaft wirft Bernd und zwei weiteren Personen vor, Mitglieder in einer terroristischen Vereinigung, dem K.O.M.I.T.E.E., gewesen zu sein und 1994 einen Brandanschlag auf das Kreiswehrersatzamt in Bad Freienwalde begangen und 1995 einen Sprengstoffanschlag auf das damals im Bau befindliche Abschiebegefängnis in Berlin-Grünau vorbereitet zu haben.

Die Aktion des K.O.M.I.T.E.E. in Bad Freienwalde richtete sich gegen die militärische, politische und ökonomische Zusammenarbeit Deutschlands mit der Türkei, die ihrerseits militärisch gegen die Kurden vorging. Der geplante Anschlag auf das Abschiebegefängnis in Grünau zielte auf die deutsche Abschiebepolitik und zwar unter anderem von Kurdinnen und Kurden in die Türkei, wo ein Bürgerkrieg herrschte.

Diese Themen sind heute wieder von höchster Aktualität: Die deutsche und europäische Flüchtlingspolitik rüstet auf gegen Geflüchtete. Die NATO ist im Kampf gegen Schleuser — und damit im Kampf gegen Geflüchtete — im Mittelmeer eingesetzt. Mehr und mehr Grenzzäune werden errichtet. Gesetzesverschärfungen, die internationale Übereinkommen und die Europäische Menschenrechtskonvention verletzen, werden in Deutschland und europaweit im Schnellverfahren eingeführt. Abschiebungen von Menschen, die Schutz und Aufnahme in Deutschland suchen, sollen vermehrt durchgeführt werden. Mit der Türkei wird verhandelt. Sie soll zum sicheren Drittstaat erklärt werden, während in der Türkei neben zahlreichen Menschenrechtsverletzungen im Südosten ein kaum beachteter massiver militärischer Einsatz gegen Kurden und Kurdinnen stattfindet, begleitet von inzwischen monatelangen Ausgangssperren.

Zurück nach Caracas:
Das zuständige Gericht in Caracas, Tribunal Supremo de Justicia (TSJ), entschied mit einer Verzögerung von acht Monaten schließlich am 23. Oktober 2015, dass Bernd nicht ausgeliefert werden darf. Am 13. Januar 2015 fand vor der Strafkammer in Venezuela eine Anhörung im Auslieferungsverfahren statt. Obwohl die Kammer 15 Werktage nach der mündlichen Verhandlung zwingend eine Entscheidung treffen muss, entschied sie erst am 23. Oktober 2015. Es gibt keine gesetzliche Grundlage für diese Verzögerung.

Die Strafkammer begründete die Ablehnung der Auslieferung damit, dass die vorgeworfenen Straftaten in Venezuela verjährt sind. Das Prinzip der gegenseitigen Strafbarkeit erfordert, dass nur dann ausgeliefert werden darf, wenn in dem Staat, der die Auslieferung beantragt und in dem Staat, wo sich die betroffene gesuchte Person befindet, die vorgeworfenen Straftaten strafbar und (noch) verfolgbar sind.

Fragwürdig ist bereits, dass die Bundesanwaltschaft überhaupt die Auslieferung aus Venezuela beantragte. Ein Blick in das venezolanische Strafgesetzbuch hätte bereits genügt um zu erkennen, dass die vorgeworfenen Straftaten nach dem zum Tatzeitpunkt anwendbaren venezolanischen Strafgesetzbuch von 1964 längst verjährt waren und allein deshalb eine Auslieferung nicht erfolgen konnte. Warum hat die Bundesanwaltschaft trotzdem einen Auslieferungsantrag gestellt?

Die Strafkammer in Venezuela entließ Bernd jedoch nicht aus der Haft, sondern ordnete weiter an, das Verfahren an die dortige Ausländerbehörde SAIME (Servicio Administrativo de Identificación, Migración y Extranjería) zu übergeben, um seinen ausländerrechtlichen Status zu überprüfen, also zu entscheiden, ob Bernd in Venezuela bleiben kann oder ausgewiesen wird. Außerdem liegt es in den Händen der SAIME, über die Haftfrage zu entscheiden und Bernd von der Haft gegen Auflagen zu verschonen. Diese Entscheidung wird derzeit jedoch vom Gefängnis SEBIN blockiert, wel-

1 Durch bestimmte Ermittlungshandlungen kann die einfache Verjährungszeit immer wieder unterbrochen werden. Sie beginnt dann neu zu laufen. Dies kann bis zur maximal doppelten Verjährungszeit gehen, die man als absolute Verjährungszeit bezeichnet. 2 Tateinheit bedeutet, dass durch eine Handlung zwei oder mehrere Straftatbestände erfüllt werden.



Foto: dageblieben.net

ches Bernd entgegen der gerichtlichen Anordnung der Strafkammer bisher nicht an SAIME übergeben hat. Eine Begründung dafür lieferte das Gefängnis bisher nicht. Mit einer weiteren Verzögerung von zwei Monaten, die wiederum keine gesetzliche Grundlage hat, konnten inzwischen immerhin Mitarbeiter von SAIME Bernd im Gefängnis aufsuchen und eine erste Befragung durchführen. Gleichzeitig hat Bernd einen Asylantrag gestellt, über den bisher nicht entschieden wurde.

Da die Haft ohne Grundlage weiter andauert, wurde Anfang Dezember 2015 eine Haftbeschwerde bei dem zuständigen Gericht eingereicht, die jedoch bisher nicht zu einer Entscheidung geführt hat. Selbst die Intervention von der „Defensoria del Pueblo", eine Einrichtung, die auf die Einhaltung menschenrechtlicher Standards achten soll, hat bisher zu keinem Ergebnis geführt.

Wie sieht die Lage in Deutschland aus?
Für die anderen beiden Beschuldigten sind der Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und der Vorwurf der Inbrandsetzung des Kreiswehrersatzamtes bereits verjährt. Ebenso ist die Vorbereitung eines Sprengstoffdelikts in Grünau verjährt. Für Bernd trifft dies auch demnächst zu. Bei ihm ruhte die Verjährung während der Auslieferungshaft bis zur Entscheidung der Strafkammer im Oktober 2015.

Der einzige Vorwurf, der nach Ansicht der Bundesanwaltschaft noch nicht verjährt ist und der eine absolute[1] Verjährungsfrist von 40 Jahren hat, ist die tateinheitlich[2] mit der Vorbereitung des Sprengstoffdelikts (bereits verjährt) vorgeworfene Verabredung (§ 30 Abs. 2 Strafgesetzbuch) zu einem Sprengstoffverbrechen in Grünau. Die Verabredung zu einem Verbrechen wird wie der Versuch der Durchführung dieses Verbrechens bestraft, mit dem einzigen Unterschied, dass beim Versuch die Strafe gemildert werden kann, während bei der Verabredung die Strafe gemildert werden muss. Dies führt zu dem absurden Ergebnis, dass die bloße Verabredung zu dem Sprengstoffdelikt höher bestraft wird, als die tatsächliche Vorbereitung desselben. Kann die gesetzliche Wertung noch durch strafrichterliches Ermessen bei der Festlegung der Strafhöhe abgemildert werden, wird es auf der Ebene der Verjährung dann völlig abwegig: die bloße Verabredung zur Begehung eines Sprengstoffdelikts, also ein viel geringeres Unrecht, verjährt erst in maximal 40 Jahren, während die Vorbereitung des Delikts in maximal 10 Jahren verjährt.

Eine Weiterverfolgung wegen der Verabredung zur Begehung eines Sprengstoffverbrechens halte ich deshalb für verfassungswidrig. Der Straftatbestand ist nicht hinreichend bestimmt. Obwohl die Verabredung zu einem Verbrechen weit im Vorfeld einer Straftat liegt, aber auch weit vor der Vorbereitung und noch weiter dem erst dann folgenden Versuch liegt, soll die Verabredung ebenso wie der Versuch bestraft werden. Ein solcher Straftatbestand ist nicht mit dem im Grundgesetz verankerten Schuldprinzip vereinbar.

Deutlich wird, dass die Bundesanwaltschaft auch nach mehr als zwanzig Jahren einen ungebremsten Verfolgungseifer an den Tag legt:

Einerseits, weil sie einen Auslieferungsantrag an Venezuela gestellt hat, obwohl die vorgeworfenen Straftaten dort schon längst verjährt sind und die dortige Strafkammer die Auslieferung deshalb entsprechend abgelehnt hat; andererseits, weil sich die Bundesanwaltschaft nicht scheut, intensiv nach den beiden anderen Beschuldigten zu suchen — trotz der in Deutschland eingetretenen Verjährung für den Großteil der Delikte. Dabei nutzt sie den einzig verbliebenen Straftatbestand der Verabredung zu einem Verbrechen, welcher meiner Ansicht nach jedoch nicht im Einklang mit der Verfassung steht. Und nicht zuletzt soll erwähnt werden, dass nach über zwanzig Jahren — mal wieder — eine Person aus dem Umfeld der drei zur Zeugenaussage vorgeladen wurde.

Wann Bernd endlich aus der Haft in Venezuela entlassen wird, ist — angesichts der wiederholten Nichteinhaltung von Fristen seitens Gericht und Behörden und der Ignorierung der gerichtlichen Anordnung, Bernd an die Ausländerbehörde zu überstellen schwer einschätzbar. •

Silke Studzinsky, seit 1990 Rechtsanwältin in Berlin, Verteidigerin von Bernhard Heidbreder, von 2008-2012 Internationale Rechtsanwältin beim Khmer Rouge Tribunal in Kambodscha. Von 2013-2015 Legal Adviser beim Trust Fund for Victims beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.

REPRESSION

Zwischen November 2009 und Dezember 2010 gab sich in Heidelberg ein Verdeckter Ermittler (VE) als Student „Simon Brenner“ aus, um politische und persönliche Informationen über linke Aktivist_innen in detaillierter Berichtform an das baden-württembergische Landeskriminalamt (LKA) in Stuttgart und die einsatzanordnende Polizeidirektion Heidelberg weiterzugeben.

Der „Fall Simon Brenner“

Spitzeleinsatz war rechtswidrig

MICHAEL DANDL

■ Der LKA-geführte Beamte konnte sich tiefgehende Einblicke in politische und private Zusammenhänge verschaffen. Nach anfänglicher Mitarbeit in der Hochschulgruppe des Sozialistisch-Demokratischen Studierendenverbandes hatte er vor allem die Kritische Initiative sowie einige, auch überregionale Kampagnenbündnisse und lose Netzwerke ausgespäht. Der VE konnte am 12. Dezember 2010 in der Heidelberger Altstadt enttarnt werden. Sieben von seinem Einsatz Betroffene aus Heidelberg reichten am 8. August 2011 Fortsetzungsfeststellungsklage beim Verwaltungsgericht Karlsruhe (VG KA) ein, um die polizeiliche Repressionsmaßnahme für rechtswidrig erklären zu lassen. Am 26. August 2015 fand die von starkem medialen Interesse begleitete Hauptverhandlung gegen das Bundesland Baden-Württemberg vertreten durch das Polizeipräsidium Mannheim statt. Zwei Monate später erreichte die Beteiligten das schriftliche Urteil: Darin beschließt die 4. Kammer des VG KA, dass der gegen alle Kläger_innen gerichtete Einsatz des Verdeckten Ermittlers formal und materiell rechtswidrig war.

Was war der Hintergrund?

Auf Insistieren der Heidelberger Staatsschutzabteilung ordnete der Leitende Kriminaldirektor ihres Polizeipräsidiums offiziell den auf mehrere Jahre angelegten Einsatz des Verdeckten Ermittlers an, um mit seiner Hilfe ab Mitte November 2009 die gut vernetzte „linksalternative Szene des Rhein-Neckar-Kreises „aufzuhellen“ und im weiteren Verlauf an den „inner circle“ der seit April 1999 existierenden Antifaschistischen Initiative Heidelberg (AIHD) heranzukommen. Simon Bromma, so der Realname des vom LKA Stuttgart nach Heidelberg entsandten Polizei-Spitzels, sollte sich — idealtypisch betrachtet — von den politisch eher unbedarften Rändern dieser „Szene“, in deren Umfeld sich laut Staatsschutz auch vermeintliche linksradikale Politaktivist_innen bewegen, zum „harten Kern“ der militanten Antifa herantasten und dabei von unten nach oben alle Stufen der in Ermittlungskreisen analytisch präferierten „Radikalisierungspyramide“ durchlaufen. Erfolgreich dort angekommen, sollte sich sein vorher „erworbener“ Vertrauensvorschuss soweit entfaltet haben, dass er — im direkten politischen und persönlichen Umfeld seiner beiden aktenkundigen Einsatzziel- und Kontaktpersonen aus der Heidelberger Antifa — jederzeit aus einem Pool an kriminalisierungstechnisch verwertbaren Informationen hätte schöpfen können. Für die mittel- und langfristige Zukunft sollte es vor allem darum gehen, lebens-, sachwert- und vermögenswertbedrohende Angriffe auf „politische Feinde“ auf ihre Ursprungsbefehlsgeber_innen zu rekurrieren und polizeilich zu unterbinden, bevor sie überhaupt hätten realisiert werden können. Nachweislich gelungen ist ihm das beim „Heldengedenken“ auf dem „Ehrenfriedhof“ in Heidelberg, als am 14. November 2010 ein starkes Polizeiaufgebot jeglichen antifaschistischen Widerstand verunmöglichte. Bromma hatte — eigenen Aussagen beim protokollierten Konfrontationsgespräch am 12. Dezember 2010 zufolge — bei einem Telefonat mit der örtlichen Polizeieinsatzleitung empfohlen, die Zugänge zum zentralen Ort des rechtskonservativen Gedenkens für antifaschistische Gegendemonstrant_innen undurchlässig zu machen. Er war der Meinung, seine Zielperson aus der AIHD habe beim persönlichen Mobilisieren für die bereits traditionelle antifaschistische Gegenkundgebung, bei der bisher linke Flugblätter verteilt und antimilitaristische Transparente hochgehalten worden waren, zum Ausdruck gebracht, dass mit „spektakulären militanten Aktionen“ zu rechnen sei...

Warum wurde der VE eingesetzt?

In der Einsatzanordnung der Heidelberger Polizeidirektion wird deutlich: Der behördenintern unter der Codebezeichnung „Operation Morpheus“ laufende Auftrag des proaktiven Einsatzes des VEs lautete, mittels des „von außen“ ins grob gerasterte linke Polit-Milieu eingeschleusten Beamten

„rechtzeitig gegen sich bildende terroristische Vereinigungen einzuschreiten“. Dabei wurde davon ausgegangen, dass die Planung, Organisation und Durchführung politisch motivierter „Straftaten mit erheblicher Bedeutung“ logistisch und materiell direkt in der AIHD zu verorten wären. Im juristischen Diskurs über „unbestimmte Rechtsbegriffe“ müssen solche „Straftaten mit erheblicher Bedeutung“, auch wenn sie eine politische Konnotation haben, mindestens „dem Bereich der mittleren Kriminalität zuzurechnen sein, den Rechtsfrieden empfindlich stören und dazu geeignet sein, das Gefühl der Rechtssicherheit der Bevölkerung erheblich zu beeinträchtigen“. Aus der AIHD sollte demnach eine „gefügte Struktur“ konstruiert werden, die sich — angeleitet von einigen „besonders konspirativ agierenden Führungspersonen“ — in turnusmäßigen Abständen zu geschlossenen, nicht-öffentlichen Gruppen-Treffen zusammenfinde, um dabei gemeinsame, strafrechtlich relevante „Aktionen im Bereich des Antifaschismus“ zu planen. In der „Feststellung der Rechtswidrigkeit des Einsatzes eines Polizeibeamten als Verdeckter Ermittler“ des VG KA heißt es hierzu: „Ein Ziel [der AIHD] sei die Bekämpfung des Faschismus insbesondere in Heidelberg und Umgebung, da nach Auffassung dieser Gruppe diese Bekämpfung auf staatlicher Seite nicht energisch genug betrieben werde. Im Zuge dieser Bekämpfung werde auch die Konfrontation mit rechten Gruppierungen und einzelnen rechts stehenden Personen gesucht.“ Damit reiht sich die „Causa Brenner“ in eine lange Geschichte staatlicher Kriminalisierungswellen gegen die antifaschistische Bewegung ein, deren spektakulärste Fälle die in den 1990er Jahren angestrengten §129a-Verfahren gegen Passauer und Göttinger Antifa-Strukturen waren (vgl. AIB 52).

Die Methode ermittlungsbehördlicher „Aufklärungsarbeit“

Auch wenn im Heidelberger Fall die Strafprozessordnung außen vor gelassen und stattdessen § 22 des baden-württembergischen Landespolizeiaufgabengesetzes als Ermächtigungsgrundlage herangezogen wurde, und hier aktentechnisch nur zwei konkret benannte Zielpersonen und deren jeweilige Kontaktpersonen ins VE-Visier genommen wurden: Die Methode solcher



ermittlungsbehördlicher „Maßnahmen zur Lageerhellung“ ist letzten Endes immer dieselbe. In Staatsschutzkreisen wird für eine bestimmte Stadt, eine bestimmte Region oder ein bestimmtes Bundesland ein eklatanter Anstieg „links motivierter Gewalttaten“ konstatiert, der mit mutmaßlichen empirischen Daten unterfüttert wird. Im Heidelberger Fall stellten die für „Gefahrenprognosen“ mitverantwortlichen Staatsschutzabteilungen der Kriminalpolizeien in Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsbehörden fest, dass im Jahr 2009 in Baden-Württemberg ein Anstieg „links motivierter Gewalttaten“ zu verzeichnen sei, auf den unbedingt „reagiert“ werden müsse. Nehme die messbare Rate solcher „Gewalttaten“ staatlich unbeantwortet weiter zu, so drohten der Bestand und die Sicherheit eines Bundeslandes in eine gefährliche Schieflage zu geraten.

Was bedeutet das für die Antifa?

Verbindlich und kontinuierlich arbeitende Antifa-Gruppen, deren politisches Engagement im emanzipatorischen Sinne über die derzeit herrschenden Verhältnisse hinausweist, müssen staatliche Repression in all ihren präventiven, reaktiven und proaktiven Ausformungen mitdenken und in die Reflexionsprozesse ihrer theoretischen und praktischen Ambitionen mit einbauen, ohne sich dabei in schubweiser Paranoia oder binnenstruktureller Panik zu verfangen! Unter panoptischen Prämissen ist davon auszugehen, dass bei staatlich legitimierten, subventionierten und letztlich physisch organisierten Überwachungsmaßnahmen implizit immer auch mitschwingt, dass die einzelnen Disziplinargesellschaftssubjekte automatisch ein zu regelkonformem Verhalten zwingendes „Sich-Überwacht-Fühlen“ internalisieren und es dadurch in ein individuell handlungsleitendes Moment übersetzen lassen.

Das Problem mit der Rechtsstaatskonformität

Das Problem bestand im Heidelberger Fall für die VE-einsetzenden Behörden darin, dass die Rechtsstaatskonformität mit einer formal und materiell rechtswidrigen „Datenerhebungsmaßnahme“ erzeugt werden sollte, in deren Verlauf unzählige rechtsstaatliche Mindeststandards über Bord geworfen wurden, ohne dass dies zu personellen Konsequenzen im vollziehenden Gewaltapparat geführt hätte. Die Heidelberger Polizeibehörde mutierte hier zur politischen Akteurin, die unter umfassender Anwendung personalisierter geheimdienstlicher Methoden „Aufhellungsarbeiten“ in der antifaschistischen Szene durchführte. Überraschenderweise sieht dies das Verwaltungsgericht Karlsruhe genauso: Es hat mit Nachdruck festgehalten, dass sich das „nachgeordnete Vollzugsorgan“ Polizei hier in einen von Willkürmaßnahmen geprägten rechtsfreien Raum begeben und die im demokratischen Rechtsstaat BRD verbürgten Grundrechte einer sehr großen Anzahl von Menschen für einen bedeutenden Zeitraum ausgehebelt habe — und das ohne das Wissen der Betroffenen. Trotzdem ist davon auszugehen, dass die jeweiligen Landeskriminalämter und Landespolizeidienststellen auch in Zukunft nichts unversucht lassen werden, die vom staatlichen Gewaltmonopol getragene Rechtsstaatskonformität hegemonial werden zu lassen. Auch wenn die dabei angewandten Methoden nachträglich als rechtswidrig eingestuft werden.

Infos unter: spitzelklage.blogsport.de

POLEN

Nach dem Wahlsieg der nationalkonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit" (PiS)[1] von Jaroslaw Kaczynski wird das Land autoritär umgestaltet. Der neuen Regierung dient Viktor Orbáns Ungarn als Vorbild. Während sich die Neonazi-Szene ermutigt sieht, fürchten Linke und fortschrittliche Zivilgesellschaft den sich vollziehenden gesellschaftlichen Wandel. Wir haben Magdalena Swider, LGBTQ-Aktivist_in in Warschau um ihre Einschätzung gebeten.

Im nationalistischen Taumel fällt Polen nach rechts

MAGDALENA SWIDER

Offensive von rechts: Auf der Straße...
An dem Tag, an dem ich für diesen Artikel angefragt wurde, erreichte mich die Nachricht von einem Angriff auf das Lambda-Büro in Warschau. Lambda ist eine Organisation der LGBTQ-Community. In die hölzerne Eingangstür des Büros wurde neben einem Keltenkreuz und dem Schriftzug „White Power" auch die Forderung nach einem „Verbot des Rumgeschwules" geritzt. Dies ist nur einer der vielen Vorfälle, die eine eindeutige Botschaft senden: Wir haben euch im Visier!

...und im politischen Diskurs
Seit dem Amtsantritt der neuen Regierung im Oktober letzten Jahres hat rassistische, antisemitische und homophobe Hetze Konjunktur. Hass und Vorurteile vor allem gegen Flüchtlinge, LGBTQs und Linke dominieren den öffentlichen Diskurs. Mit der Normalisierung der Hetze geht auch ein Anstieg rechter Gewalttaten einher. Angeheizt wird das Klima von der Regierungspartei PiS, jedoch stehen andere rechte Parteien ihr in nichts nach. Die rechtspopulistische Kukiz-Bewegung, die 2015 erstmals bei den Parlamentswahlen antrat, brachte auf ihrem Ticket Aktivisten der extremen Rechten ins Parlament, beispielsweise aus dem Nationalradikalen Lager (ONR)[2]. Sie wollen ein weißes, heterosexuelles, katholisches Polen und es von Minderheiten säubern. Zu Beginn der „Flüchtlingskrise" war es nicht nur der PiS-Vorsitzende Kaczyński, der rassistische Ressentiments bediente. Auch Präsident Duda sprach von Epidemien, die angeblich von MigratInnen eingeschleppt werden könnten.[3]

In einem offenen Brief an Duda, Ministerpräsidentin Szydło und den Parlamentspräsidenten Kuchciński warnten Psycholog_innen vieler polnischer Universitäten vor den sozialen Folgen des von den Politiker_innen gewählten aggressiven Tonfalls. Ihnen ging es dabei nicht allein um die Hetze gegen religiöse, ethnische und nationale Minderheiten, sondern auch um die Brandmarkung und den sprachlichen Ausschluss politischer Positionen, die von der PiS abweichen. Als Beispiel für diese „Sprache der Spaltung" nannten sie Kaczyński. Er hatte gesagt, dass diejenigen, die im Ausland ihr Land anschwärzen, zu der schlechteren Sorte von Polen gehörten.

Machtabsicherung per Schockstrategie
Die ersten Zeichen des neuen Autoritarismus waren die Auswechslung der von der Vorgängerregierung berufenen Mitglieder des Verfassungsgerichts, das Installieren von Parteimitgliedern an den Spitzen der Nachrichtendienste und die Berufung teils völlig inkompetenter aber loyaler Funktionäre in Spitzenämter. Ein Beispiel ist der neue Verteidigungsminister Antoni Macierewicz, der vor einigen Jahren erklärt hatte, er halte die „Protokolle der Weisen von Zion" für „sehr interessant" und mit seinen Erfahrungen übereinstimmend.[4] Mit einem Trick entledigt sich die PiS-Regierung auch zivilgesellschaftlicher Kritik im Parlament: Neue Gesetze werden nicht mehr von der Regierung beantragt, sondern als „Privatinititative" einzelner Abgeordneter. So umgeht man das Recht auf öffentliche Anhörungen vor Gesetzesverabschiedungen und NGOs haben kein Mitspracherecht mehr.

Linke und Zivilgesellschaft zwischen Angst und Trotz
All dies bringt Menschen auf die Straße. Was als Graswurzelkampagne im Netz begann, wuchs zu einer breiten sozialen Bewegung heran, dem Komitee zur Verteidigung der Demokratie (KOD)[5], unter dessen Schirm sich vor allem Linke und Liberale jeden Alters gegen die autoritäre Politik der neuen Regierung engagieren. In allen großen Städten organisiert KOD regelmäßige Demonstrationen. Dort sind neben polnischen und EU-Flaggen immer wieder auch Regenbogenbanner zu entdecken. Die rechten Medien beschimpfen die Teilnehmenden als Kommunisten, Staatsfeinde und Diebe, die nur ihre durch den Regie-



Foto: DrabikPany (CC BY 2.0)

Kaum jemand störte sich daran, dass Präsident Duda offiziell zum Unabhängigkeitsmarsch am 11. November — dem jährlichen Großereignis der extremen Rechten — eingeladen war. Er lehnte die Teilnahme ab, mutmaßlich um nicht mit den zur Routine gewordenen Ausschreitungen in Verbindung gebracht werden zu können.

rungswechsel verlorene Macht und Einfluss betrauern würden. Dennoch waren sie von der großen Anzahl der Teilnehmenden überrascht: Sie behaupteten deshalb, diese seien von der Opposition bezahlt und in Bussen herangekarrt worden.

Es geht eine tiefe Spaltung durch die polnische Gesellschaft, das eigentliche Problem ist aber die Schwäche der polnischen Linken. „Lewak“ (Linker) ist das neue Schimpfwort für alle, die die hegemoniale rechte Ideologie nicht teilen. So gelingt es der Rechten auch, die Diskurshoheit über die polnische Geschichte zu erlangen, die immer mehr verdreht und verfälscht wird. In den Augen der Rechten sind alle, die nicht mit ihnen übereinstimmen, entweder ideologisch verblendet oder vom ausländischen Kapital gekauft, also antipolnische Verräter. Unter diesen Bedingungen hat niemand mehr Scheu, seine autoritäre und extrem rechte Ideologie offen zu zeigen. Es ist davon auszugehen, dass extrem rechte Gruppierungen wie das Nationalradikale Lager und die Allpolnische Jugend[6] in der momentanen Situation einen deutlichen Zulauf verzeichnen werden. Die polnische Linke ist angesichts der Ereignisse ratlos und die Mehrheit der Bevölkerung unterschätzt die Bedrohung, die die neue Regierung nicht nur für Minderheiten und deren Verbündete darstellt. Die Stimmung unter den zivilgesellschaftlichen Initiativen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ist dementsprechend von Angst geprägt — vor allem unter denen, die Minderheiten und ihre Rechte repräsentieren. Sie haben Angst, dass sie nach der Übernahme des Verfassungsgerichts, der Spezialeinheiten, der öffentlichen Verwaltung und der Medien der nächste Punkt auf der Agenda der Regierung sind.

Was kommt als nächstes?

Ein möglicher nächster Schachzug könnte eine Änderung des Vereinsgesetzes sein, die gravierende Folgen für NGOs hätte: Bisher wurde ein Prozent der Steuereinnahmen an gemeinnützige Organisationen ausgeschüttet. Würde diese Praxis beendet, stünden gerade die LGBTQ-Organisationen auf einmal ohne einen Złoty an staatlicher Unterstützung da. Denkbar wäre auch ein Vorgehen nach ungarischem Vorbild, wo von Organisationen die Rechner beschlagnahmt und die Bankkonten eingefroren wurden, weil sie Spenden aus Norwegen erhalten hatten. Das einzige worüber wir derzeit froh sein können ist, dass sich die neue Regierung von den militanten Rechten wie dem Nationalradikalen Lager und der Allpolnischen Jugend zu distanzieren scheint. Eine offizielle Unterstützung von Neonazis wäre sicher ein Schritt zu weit. Die jetzige Situation ist jedoch bereits sehr angespannt und es ist unklar, in welche Richtung sich Polen entwickelt. Was die Regierung gerne hätte, daraus macht sie kein Geheimnis: ein zweites Ungarn. Es ist aber auch klar, dass Polen in der EU und einer globalisierten Welt keine absoluten Alleingänge machen kann. Für einen isolationistischen Kurs ist es nicht mächtig genug. •

1 Prawo i Sprawiedliwość, dt.: Recht und Gerechtigkeit, https://de.wikipedia.org/wiki/Prawo_i_Sprawiedliwo%C5%9B%C4%87 2 https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalradikales_Lager 3 www.politico.eu/article/toxic-news-refugees-migrants-eu 4 Rafał Pankowski (2010): The Populist Radical Right in Poland: The Patriots, S.121f.; Polish defence minister condemned over Jewish conspiracy theory, The Guardian, 10 November 2015 www.theguardian.com/world/2015/nov/10/polish-defence-minister-condemned-over-jewish-conspiracy-theory 5 https://de.wikipedia.org/wiki/Komitet_Obrony_Demokracji 6 https://de.wikipedia.org/wiki/Allpolnische_Jugend

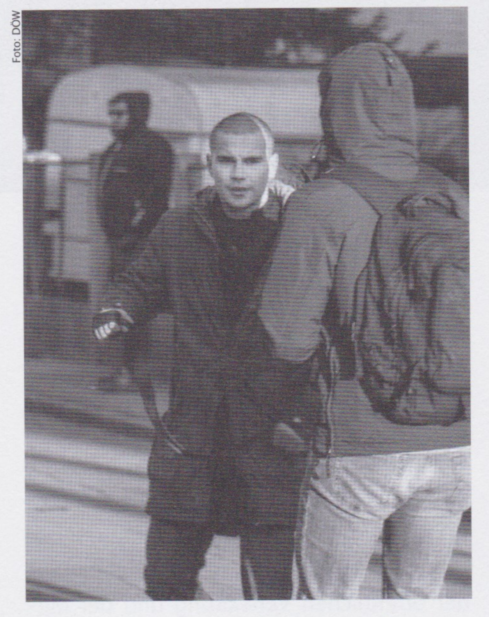
ÖSTERREICH

In Österreich radikalisiert sich die „Identitäre Bewegung" zunehmend und greift gewaltsam ihre politischen Gegner an.

Identitäre Gewalt in Wien

AUTONOME ANTIFA [W]

Österreich im Jahr 2016: Die österreichischen Regierungsparteien der konservativen ÖVP und der Sozialdemokraten haben eine „gemeinsame Linie" in der sogenannten „Flüchtlingskrise" gefunden und überbieten sich seitdem mit immer neueren Vorschlägen zum Umgang mit Flüchtenden. Man müsse die Sorgen und Ängste in der Bevölkerung ernst nehmen und den Zuzug von Flüchtenden stoppen. Das Boot sei voll. Der „Kurswechsel" der Regierung ist Wasser auf die Mühlen der extremen Rechten. Diese verlieren sich gerade in einem hyperaktiven Kundgebungs- und Demonstrationsmarathon. Beinahe täglich finden rassistische und extrem rechte Kundgebungen in ganz Österreich statt. Diese Entwicklung ist neu für Österreich. Die extrem rechte FPÖ, welche gute Kontakte zum Neonazismus pflegt und rechts neben sich keinen Platz lässt, konnte den Rassismus und Autoritarismus für ihre Wahlerfolge kanalisieren. Auf der Straße war die extreme Rechte schon lange nicht mehr so präsent wie heute, dafür aber im Parlament. Nun drängen neonazistische Gruppen auf die Straße, auch weil sie den Rückenwind spüren, den das gesellschaftliche Klima in Österreich erzeugt. Am erfolgreichsten konnten sich neben der FPÖ als parlamentarischen Arm der extremen Rechten die „Partei des Volkes" (PDV) um ihren Obmann Tomi Kirsch (Thomas Kirschner) und die extrem rechte „Identitäre Bewegung" (IB) etablieren. Die „Identitären" haben sich in den letzten Jahren viel Mühe gegeben, eine Fassade des gewaltlosen Aktivismus aufzubauen. Engagierte Antifaschist_innen haben in der Vergangenheit bereits erfahren müssen, wie es um die vermeintliche Gewaltlosigkeit der „Identitären" steht.


Foto: DÖW

Der IB-Ordner Dominik H. bewaffnet mit einem Gürtel.

Nach einer antirassistischen Kundgebung Mitte Januar in Graz, die sich gegen eine Demonstration der „Identitären" vor einer geplanten Geflüchtetenunterkunft richtete, wurde eine Gruppe von Antifaschist_innen, die sich gerade auf dem Heimweg befand, von führenden Mitgliedern der „Identitären" brutal angegriffen und überfallen. Dabei setzten die Angreifer einen Teleskopschlagstock, einen Gürtel mit Eisenschnalle und mit Quarzsand verstärkte Handschuhe ein. Die Betroffenen berichteten in der Tageszeitung „der Standard", dass die Täter sie bereits bei der davor stattfindenden antirassistischen Kundgebung im Visier gehabt hatten. Einer der Angegriffenen berichtet dort: „Die haben uns aufgelauert, einer von ihnen ist während der Kundgebung immer wieder durch unsere Reihen marschiert, hat sich unsere Gesichter eingeprägt, und ein anderer hat uns auch fotografiert". Der bewaffnete Überfall konnte von einer angegriffenen Antifaschistin fotographisch dokumentiert werden. Unter den Angreifern befanden sich demnach: Fabian Rusnjak (mit Teleskopschlagstock), der als Kassierer der „Identitären Bewegung Österreich" fungiert; Dominik H. (mit Gürtel) der schon als Ordner bei Demonstrationen der „Identitären" aufgefallen ist; Phillipp Huemer, welcher als Redner bei verschiedenen Kundgebungen auftrat; Maximilian M. und Richard Sch., die auch dem Umfeld der „Identitären" zuzuordnen sind.

Extrem rechts, neonazistisch, „identitär"?

Der organisierte, bewaffnete Überfall stellt eine neue Stufe der Radikalisierung der extrem rechten Gruppe dar. Ähnlich wie in Frankreich[1] gründeten sich die „Identitären" nach den Repressionsschlägen gegen die österreichische Neonazibewegung im Zusammenhang mit der Seite alpen-donau.info. Der inhaltliche und ideologische Schwenk der „Identitären" muss vor allem als Strategie wahrgenommen werden, einerseits den eigenen Einfluss zu vergrößern und anschlussfähiger zu werden, andererseits eine Form des Aktivismus zu wählen, der nicht sofort mit behördlicher Repression und dem Verbotsgesetz kon-





Foto: DOW

Foto: DOW

Der IB-Kassierer Fabian Russniak bewaffnet mit einem Teleskopschlagstock.

frontiert ist. Dennoch sind die Verbindungen der „Identitären" zum neonazistischen Spektrum mehr als augenscheinlich. Der Großteil der „Identitären" rekrutiert sich aus dem deutsch-völkischen Burschenschaftermilieu und aus dem organisierten Neonazispektrum. So tummelten sich jetzige Mitglieder der „Identitären" vor nicht allzu langer Zeit im Umfeld des Neonazis Gottfried Küssel (VAPO, alpen-donau.info), wie zum Beispiel Martin Sellner, einer der führenden Köpfe der „Identitären". Damit will man aber heute nichts mehr zu tun haben. Man gibt sich wahlweise als harmloser Heidegger Lesekreis aus oder als aktivistische Freizeitbeschäftigung für Kulturanthropologen. Mangels positiver intellektueller Vordenker, welche nicht gleich in Verbindung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen gebracht werden können, beruft man sich auf die „Konservative Revolution" oder den italienischen Faschismus. Die Ideen und politischen Vorstellungen der sogenannten „Konservativen Revolution" sind aber nicht unabhängig oder gar als widerständig gegenüber dem Nationalsozialismus zu fassen, sondern als dessen Vordenker und Wegbereiter.

Old Shit — New Style

Die Tatsache, dass die Anhänger_innen der „Konservativen Revolution" nicht ausnahmslos hinter Hitler und dem Nationalsozialismus standen, werden von den "Identitären" bewusst dazu genutzt, um eine klare Trennung zwischen ihren großen Vorbildern und den Nazis zu argumentieren. Die Absicht dahinter war und ist die Freisprechung der „Konservativen Revolutionäre" von jeglicher Beteiligung an der ideologischen und kulturellen Etablierung des Nationalsozialismus, um sich — ohne Auschwitz denken zu müssen — auf den Faschismus beziehen zu können. Thomas Mann bezeichnete in einer Tagebuchnotiz den Nationalsozialismus als „politische Wirklichkeit jener konservativen Revolution". Und über den Lieblings-Theoretiker der „Identitären" schlechthin, bemerkte Adorno: „Heideggers Einordnung in den Hitlerschen Führerstaat war kein Akt des Opportunismus", sondern folgte aus einer Philosophie, die „bis in ihre innersten Zellen faschistisch" sei.

Was von den „Identitären" selbst als Ethnopluralismus bezeichnet wird, ist nichts anderes als Rassismus und der Versuch, einen gesellschaftlich werbefähigen Begriff für eine völkisch-nationale Ideologie zu finden, der nicht in Zusammenhang mit dem NS und seinen Verbrechen gesehen wird. Anstelle des verpönten Wortes „Rasse" tritt der Begriff der Kultur - gemeint ist damit aber der gleiche rassistische Herrschaftsanspruch. In ihrer Inszenierung als Krieger für die „ursprüngliche Kultur und ursprünglichen Werte" bedient die „Identitäre Bewegung" eine Symbolik, deren Projektionsquelle eine romantisierte Vergangenheit irgendwo zwischen Mittelalter und Nationalsozialismus darstellt.

Im Hamsterrad der Abwehrkämpfe?

Angesichts der gesellschaftlichen Stimmung in Österreich, welche geprägt ist durch die Wahlerfolge der extrem rechten FPÖ und dem Erstarken neonazistischer Gruppen auf der Straße, gilt es neue Strategien zu finden. In Hinblick auf die Aktivitäten der „Identitären" gilt es ihre öffentlichen Auftritte mit antifaschistischem Protest zu konfrontieren. Durch die Normalisierung extrem rechter Positionen, welche die FPÖ erreicht hat, werden neonazistische Gruppen aber allgemein nicht als die Gefahr wahrgenommen, die sie wirklich sind, sondern sogar in das staatliche Fernsehen als normale Diskussionspartner zu Sendungen eingeladen. Rassistische Mobilmachungen auf der Straße haben ein nicht zu unterschätzendes Politisierungspotential, das die Hemmschwelle zu tätlichen und gefährlichen Angriffen entscheidend herabsetzt. Aus diesem Grund gilt es dem rassistischen Mob keine ruhige Minute zu geben, antifaschistische Strukturen — gerade in ländlichen Regionen — zu stärken und den gesellschaftlichen Rechtsruck in ganz Europa zu begegnen. •

Die vollständige Version des Artikels findet sich online auf www.antifainfoblatt.de

1 www.antifainfoblatt.de/artikel/die-europ%C3%A4ische-%C2%BBidentit%C3%A4re-bewegung%C2%AB

Strategie der Spannung

Mit dem Auffliegen des NSU ist auch der deutsche Rechtsterrorismus vor 1990 wieder in die Erinnerung zurückgekehrt. Seit den 1990er Jahren verbinden wir mit rechter Gewalt vor allem rassistischen Straßenterror, weniger jedoch konspirativ organisierte Bombenanschläge, die wahllos auch die „eigene Bevölkerung" treffen können. Die Bundesanwaltschaft hat die Ermittlungen zum Oktoberfestattentat erneut aufgenommen. Dieser Bombenanschlag im Vorfeld der Bundestagswahl 1980 gilt als deutsches Pendant zur italienischen „Strategie der Spannung" (strategia della tensione). Diese wurde in den späten 1960er über die 1970er Jahre bis 1980 in Italien zur Diskreditierung der stärker werdenden Linken von rechten Kreisen aus den Sicherheitsapparaten mit Hilfe von Faschisten und Mafiosis verfolgt. Parlamentarisch wurde die Kommunistische Partei Italiens regierungsfähig, während auf der Straße und in den Fabriken die außerparlamentarische linke Bewegung eine Stärke entfalten konnte, von der heute nur geträumt werden kann. Bei Bombenanschlägen sollten möglichst viele Menschen getroffen werden, um so ein Klima der Unsicherheit zu schaffen. Entweder sollten die Taten direkt militanten Linken bzw. Anarchisten in die Schuhe geschoben oder die Menschen eingeschüchtert werden vor den unabsehbaren Folgen eines Erstarkens der Linken. So sollte der Ruf nach einem starken Staat mit samt seiner Sicherheitsbehörden gefördert werden.

Es zündelten also diejenigen, die sich danach als Feuerwehrleute zum Löschen des Brandes anboten. Mittlerweile gibt es zumindest zum italienischen Teil der „Strategie der Spannung" recht viel Literatur, genauso zu den Verwicklungen von Rechtsterroristen und ihres Umfelds zu Geheimdiensten. Langjährige LeserInnen des Antifaschistischen Infoblatts werden sich sicher an den einen oder anderen Artikel erinnern können. Wenig findet sich aber dazu, was damals radikale Linke hierzu veröffentlichten.

Deshalb ist es umso erfreulicher, dass in der letzten Zeit zwei ganz unterschiedliche Agitationsmaterialien aus den 1970er Jahren wieder herausgekramt wurden und nun in deutscher Sprache zugänglich sind.

Beide beschäftigen sich mit dem 12. Dezember 1969. Das Datum gilt als Auftakt der „Strategie der Spannung". An diesem Tag explodierte in einer Mailänder Bank eine Bombe, die 17 Menschen in den Tod riss und 80 weitere Personen verletzte. Als Täter wurde von der Polizei schnell der Anarchist Giuseppe Pinelli präsentiert, der während seines Aufenthalts im Polizeipräsidium aus dem Fenster stürzte und dabei starb.

Die Graphic Novel aus dem Jahr 1975 mit dem Titel „Die Strategie der Spannung. Ein Bündel Bomben" von Alfredo Castelli, Mario Gomboli und Milo Manara wurde in einer Auflage von 600.000 Stück in ganz Italien in Umlauf gebracht. Sie sollte auf einfache und verständliche Weise über die Hintergründe und Methodik des ersten Anschlags am 12. Dezember 1969 in Mailand aufklären. Erzählt wird die Geschichte des Journalisten Moretti, der im Vorfeld von dem Attentat erfährt und versucht, dieses mit Hilfe eines Polizeinspektors zu verhindern. Beide bekommen dabei Knüppel zwischen die Beine geworfen, so dass die Bombe explodiert.

Pier Paolo Pasolinis Film „12 Dicembre" aus dem Jahr 1972 zeichnet hingegen ein weiteres Panorama und bildet die gesellschaftlichen Kämpfe des damaligen Italiens ab. Italiens bekanntester Filmemacher hat diese Dokumentation gemeinsam mit der linksradikalen Gruppe „Lotta Continua" erstellt. Im ersten Teil wird sich direkt dem Bombenanschlag an der Piazza Fontana gewidmet und eine filmische Verteidigung des im Polizeigewahrsam verstorbenen Anarchisten Pinelli aufgeführt. Im weiteren Verlauf ist der Film eine Anklage der italienischen Verhältnisse dieser Zeit.

Der Film war lange verschollen und fehlt deshalb auch in vielen Werklisten über Pasolini. Dem Laika-Verlag ist es zu verdanken, dass er nach einer Restauration und deutschen Untertitelung nun wieder zu sehen ist. (FK) •

Alfredo Castelli, Mario Gomboli, Milo Manara (2015):
„Die Strategie der Spannung. Ein Bündel Bomben"
(Graphic Novel).bahoe books.
8,80 Euro



Pier Paolo Pasolini (1972):
„12 Dicembre".
140 Minuten. Laika-Verlag



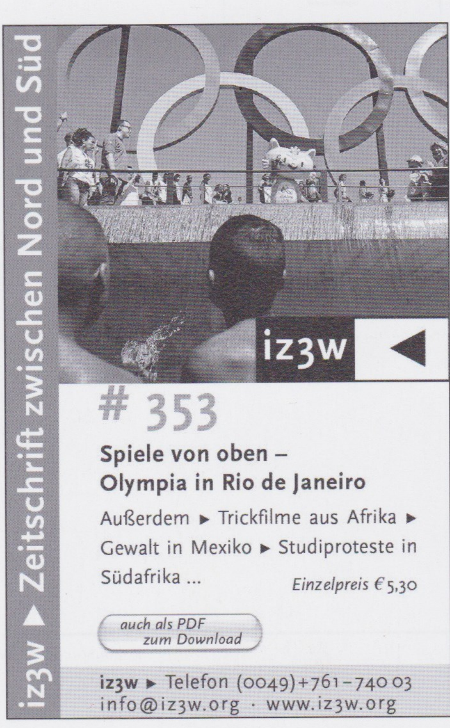
Charlie Kaufhold
In guter Gesellschaft?
Geschlecht, Schuld & Abwehr in der Berichterstattung über Beate Zschäpe

Kaufhold widmet sich der Analyse von Presseberichten über den NSU und untersucht diese unter Geschlechteraspekten. Hierbei arbeitet Kaufhold unter anderem heraus, dass die Berichterstattung über Beate Zschäpe zumeist entweder dämonisierend oder bagatellisierend (also: verharmlosend) ausfalle. Aufgerufen werden dabei Vorstellungen von Weiblichkeit, die bereits bei der medialen und juristischen Auseinandersetzung mit nationalsozialistischen Täterinnen auffällig waren. Die KZ-Aufseherinnen etwa wurden entweder als „Teufel" oder harmlose Opfer der Umstände präsentiert. Zschäpe wird nun unter der Schlagzeile „Der Teufel hat sich schick gemacht" porträtiert oder als unpolitische „Diddl-Maus", die keine aktive Rolle im NSU gehabt habe. Diese sexistischen Stereotype verhindern eine sachkundige Auseinandersetzung mit dem Rechtsterrorismus und weiblichen Täterinnen wie Zschäpe. Kaufhold beabsichtigt keine schlichte Medienschelte, sondern bietet mit Blick auf die post-nationalsozialistische deutsche Gesellschaft die Schuldabwehr als Erklärungsansatz für derlei Darstellungen an. Wenn die KZ-Aufseherinnen und Zschäpe teuflische Heimsuchungen sind, erübrigt sich die Frage nach gesellschaftlicher Schuld und Verantwortung — falls sie passiv und harmlos sind ebenso. •

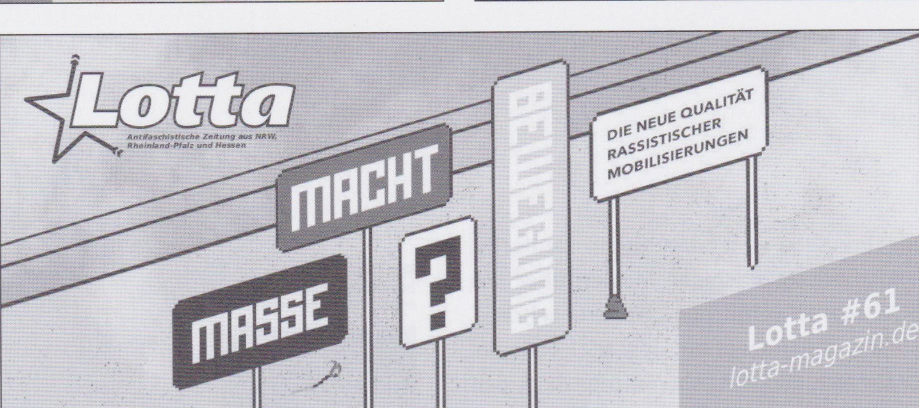
Sebastian Friedrich / Regina Wamper/ Jens Zimmermann (Hg.)
Der NSU in bester Gesellschaft?
Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat

Der Sammelband macht es sich nicht nur zur Aufgabe, die gesellschaftlichen Bedingungen des Entstehens des NSU sowie den politischen, juristischen und medialen Umgang mit diesem nach Bekanntwerden der rechtsterroristischen Taten zu beleuchten. Auch fragt er nach den Konsequenzen die sich daraus für eine zukünftige antifaschistische Theorie und Praxis ergeben. Dementsprechend bringt er eine Vielzahl von unterschiedlichen Perspektiven und Themen zusammen. Es finden sich Artikel zu Organisationen der Neonazi-Szene der 1990er und zum deutschen Einwanderungsdiskurs der damaligen Zeit. Daneben wird das Versagen bzw. Wegschauen von anderen Polizeien in Europa in vergleichbaren Fällen geschildert, der Verlauf des Münchner NSU-Prozesses hinterfragt und die Presseberichterstattung in deutsch- und türkischsprachigen Medien über die NSU-Morde verglichen. Weitere Beiträge stellen die Rezeption des NSU-Falls in Österreich und die gegenwärtige Sicht der extremen Rechten auf den NSU dar. Einen Ausblick in die Zukunft bietet ein Artikel, der Strategien vorstellt, die Betroffene als Zeug_innen und Nebenkläger_innen im NSU-Prozess anwenden. Diese könnten die Möglichkeit für die längst überfällig gewordene gesellschaftliche Auseinandersetzung und eine angemessene Art der Erinnerung eröffnen. Den Abschluss bildet ein Artikel, der eine Debatte um antifaschistische Politik und Konsequenzen aus dem NSU-Fall anregen will — nicht als Aufgabe „der Antifa", sondern der gesamten radikalen Linken. •




iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd
iz3w
353
Spiele von oben –
Olympia in Rio de Janeiro
Außerdem ▶ Trickfilme aus Afrika ▶ Gewalt in Mexiko ▶ Studiproteste in Südafrika ...
Einzelpreis € 5,30
auch als PDF zum Download
iz3w ▶ Telefon (0049)+761-740 03
info@iz3w.org · www.iz3w.org


W&F
Wissenschaft und Frieden ■ 1/2016
Forschen für den Frieden
Kritische Friedens- und Konfliktforschung
Dekoloniale Perspektiven in der FuK
Naturwissenschaftliche FuK in Gefahr
Mehr zivile Intervention?
Was ist Friedens- und Konfliktforschung, wem dient sie, der Friedensbewegung und/oder der Politik? W&F lud AutorInnen ein, das Thema näher zu beleuchten.
Im Dossier: »Deutsche Rüstungsexporte – Skandale und Reförmchen«.
Infomationen und Bestellungen:
www.wissenschaft-und-frieden.de


Lotta
Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen
MACHT
BEWEGUNG
DIE NEUE QUALITÄT RASSISTISCHER MOBILISIERUNGEN
MASSE
?
Lotta #61
lotta-magazin.de


bull·brigade
VITA LIBERTA
LOR3LEI
MOSCOW DEATH BRIGADE
HOODS UP
WWW.FIREANDFLAMES.COM
Fire and Flames

Abonniert
das Antifaschistische Infoblatt

KONTAKT
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF 8DC1
51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM
Antifaschistisches Infoblatt
29. Jahrgang
Nummer 110 | 1.2016

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. Ulrike Müller
(Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

ABOKONDITIONEN

Preise*

• 5 Ausgaben im Abonnement	17,50 Euro
• 10 Ausgaben im Abonnement	35,00 Euro

Weiterverkauf

• ab 3 Exemplaren je	3,50 Euro
• ab 5 Exemplaren	20% Rabatt
• ab 50 Exemplaren	25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 109

TITEL
Welcome? Zum Umgang mit Geflüchteten in Deutschland

NS-SZENE
Tot eines Spitzels

ANTIFA
Antifaschistische Aktion: Für die konsequente Intervention

INTERNATIONAL
Militanter Neonazismus in Griechenland



AIB 108

TITEL
Aufstand der Wutbürger

NS-SZENE
„Manneszucht" in Leipzig. PEGIDA und die Hooligans

BRAUNZONE
Die AfD nach der Wahl

INTERNATIONAL
Rumänien: „Countering the racist discourse"

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe [ ]
für 5 ○ 10 ○ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle [ ] Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

[ ]

Datum, Unterschrift

Empfänger_innen

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin



FCK NZS

ANTI FASCIST ACTION

(turn left) »smash right«

161 CREW

LOVE TATTOOS ★HATE FASCISM

IM NAMEN DER TOLERANZ SOLLTEN WIR DAS RECHT BEANSPRUCHEN,

DIE INTOLERANZ NICHT ZU TOLERIEREN.

TRUE★REBEL

www.true-rebel-store.com

ABSOLUT ANTIFA



Store Hamburg | Große Bergstraße 193 | 22767 Hamburg-Altona

Onlineshop Schweiz | www.true-rebel.ch